

1977, meine Damen und Herren, gab es immerhin 196 Olalarne, wobei 500.000 Liter wassergefährdende Chemikalien vom Eindringen in den Boden bzw. überhaupt daran gehindert wurden das Erdreich zu verseuchen.

Meine Damen und Herren, Ihnen allen, die sie alljährlich diese Dotationen beschließen, möchte ich bei diesem Ansatz entsprechend der Wichtigkeit sehr herzlich danken. Es wurden auch in diesem Jahr von der Steiermärkischen Landesregierung rund 800.000 Schilling freigegeben, um allen unseren steirischen Feuerwehren Olbindepulver zukommen zu lassen, damit jeder einzelne Unfall, wo immer er sich in unserem Lande ereignen möge, entsprechend sofort bekämpft werden kann.

Auch dem Zivilschutz wird, das wissen wir, im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung durch laufende Schulungen und eine ständig erweiterte Aufklärung das erforderliche und ihm gebührende Interesse von allen zuständigen Stellen geschenkt. Unsere in jeder Hinsicht hervorragende Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring mit ihrer, ich glaube das darf man auch sagen, bestmöglichen und erstklassigen Ausstattung und Führung erweist sich gerade auch im Hinblick auf den Zivilschutz sowie überhaupt als Schulungszentrum für Gemeindegeminare, für Feuerwehrlehrgänge sowie für Übungen, aber auch für internationale Symposien und Erfahrungsaustauschbegegnungen, jüngst auch mit Ministern, mit Verantwortlichen aus europäischen und außereuropäischen Staaten als besonders zweckmäßig. Eine dringend notwendige flächen- und baumäßige Erweiterung dieses bedeutungsvollen Stützpunktes hier in der Steiermark erscheint, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, notwendig und absolut gerechtfertigt, aber es werden diese geplanten Maßnahmen, das möchte ich ebenfalls sagen, wie andere im außerordentlichen Haushalt angeführte Projekte eben nur den budgetären Möglichkeiten entsprechend realisiert werden können.

Als besondere Schwerpunkte des heute hier zur Behandlung stehenden Budgetkapitels darf ich im Hinblick auf das steirische Feuerwehrwesen vor allem den weiteren Ausbau des Feuerwehrfunknetzes nennen. Besonders in Gebirgsregionen gibt es noch einzelne Orte, die funkmäßig noch nicht erreichbar sind. Ich darf die Funksirenensteuerung nennen. Programmgemäß muß im Jahre 1978 die zweite Ausbaustufe der Funksirenensteuerung in Angriff genommen werden, so daß zumindest alle F- und B-Bereitschaften solcher Art sofort alarmiert werden können. Im herankommenden Jahr, meine Damen und Herren, werden, als weiterer Schwerpunkt des Feuerwehrlöschfahrzeugprogramms, 56 derartige Geräte im Zuge eines Vierjahresprogramms bis 1980 neu zu beschaffen sein, das heißt 14 pro Jahr. Es wird dieses Programm ebenso realisiert werden, wie das 1975 begonnene und seitdem laufende Sonderprogramm Atemschutz, wo in diesem Jahr drei weitere Stützpunkte, und zwar in den Bezirken Judenburg, Feldbach und Liezen errichtet wurden. Zur Sicherheit der Einsatzkräfte ist es allerdings notwendig, über den Atemschutz hinaus nun auch Schutzkleidungen für alle Einsatzarten zur Verfügung zu haben. Ich meine

hier insbesondere Hitzeschutzanzüge, ich meine Gasschutzanzüge und auch chemikalienbeständige Schutzbekleidung deren Anschaffung auch im Jahr 1978 realisiert werden soll.

Ebenso macht die zunehmende Gefahr beim Transport gefährlicher Güter, etwa in unserem Bezirk des Chlorgases von Thalheim nach Pöls, eine umgehende Erweiterung der Ausrüstung der Olalarmstützpunkte erforderlich.

Meine Damen und Herren! Im verstärkten Ausmaß werden aber auch Großgeräte, wie unsere Rüstfahrzeuge, Drehleitern, Bergegeräte angekauft werden müssen, um unseren Feuerwehren jene technische Ausrüstung und jenes Rüstzeug in die Hand zu geben, mit Hilfe dessen sie die zahlreichen überaus schwierigen Anforderungen bewältigen können.

Hier nun etwas sehr Erfreuliches, nämlich die Entwicklung unserer Feuerwehrjugend, die letztlich der Garant dafür ist, daß der mehr als 36.000 aktive Wehrmänner umfassende Stand auch in Zukunft in der Steiermark gehalten werden kann. Ich darf Ihnen mitteilen, daß allein im Jahr 1977 aus Landesmitteln 686 Jugendliche neu eingekleidet wurden. Ich darf Ihnen ebenfalls sagen, es wurden und werden diesen jungen Idealisten, über die wir uns alle aufrichtig freuen dürfen, zahlreiche Entfaltungsmöglichkeiten — etwa bei Wettkämpfen, in Jugendlagern, bei Schulungen — geboten, um sie nämlich optimal auf den kommenden aktiven Feuerwehrdienst vorzubereiten. Für uns ist dies aber auch darüber hinausgehend ein erfreulicher Beweis dafür, daß der weitaus größte Teil der Jugend von heute, über die so oft gesprochen und diskutiert wird, eben auch den Zeitumständen entsprechend ganz einfach gefordert werden will und daß diese Jugend durchaus bereit ist, Aufgabenstellungen — mögen diese bisweilen auch schwierig sein — mit Idealismus, mit Leistungswillen und mit Opferbereitschaft zu bewältigen. Zahlreiche Jugendliche suchen in unserer Zeit und in unserem Land nach Vorbildern. Die finden sie, das dürfen wir dankbar anerkennen, bei selbstlosen, mutigen und hilfsbereiten Männern der Feuerwehr, des Roten Kreuzes, der Bergrettung, der Bergwacht, wie in vielen anderen, der Allgemeinheit dienenden Persönlichkeiten und Gemeinschaften. Derzeit, meine Damen und Herren, das ist vielleicht ganz interessant, zählt die steirische Feuerwehrjugend 2988 Mann, das sind 8 Prozent des Gesamtmannschaftsstandes. Mit Ende dieses Jahres 1977 können wieder 1046 Jugendliche in die Aktivfeuerwehr eingekleidet werden.

Als weitere Schwerpunkte, die vom zuständigen Referat der Landesregierung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung unter der umsichtigen und fachkundigen Leitung des Hofrates Doktor Helmut Kreuzwirth mit seinen hervorragenden Mitarbeitern und in engster Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrkommando geplant sind bzw. forciert werden, darf ich noch anführen den Ausbau des Bezirks sirenen systems. Im Jahre 1976/77 wurden bereits 58 Anschlüsse in der 1. Ausbaustufe realisiert. 1978, meine Damen und Herren, werden es 100 Sirenenanschlüsse, und zwar je 10 in den Bezirken Liezen, Murau, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Mürzzuschlag, Hartberg, Fürstenfeld, Feld-

bach und Bad Aussee sein. Die Gesamtkosten für diese Stufe betragen 4,5 Millionen Schilling. Die Kostenaufteilung erfolgt, wie üblich zu einem Drittel mit dem Bund, dem Land und den Gemeinden. Das Endziel, meine Damen und Herren, in der Steiermark werden in 5 Ausbaustufen 1200 Sirenenanschlüsse bis zum Jahre 1982 sein, was immerhin einen Aufwand von insgesamt 68,5 Millionen Schilling erfordern wird.

Derzeit, das ist auch interessant, sind in der Steiermark 15 Sirenenanschlüsse angeschlossen. Ferner müssen, wie die Erfahrung aus dieses Jahres gezeigt hat, vor allem dem Hubschrauberwassercontainer zur Waldbrandbekämpfung, der Förderung der Wasserrettung, dem Zivildienst — für den es in der Steiermark 50 Einrichtungen gibt —, desgleichen aber auch der Haushaltsbevorratung und der Errichtung von Hoftankstellen ebenso aber der weiteren Ausstattung der Bergrettungs- und Suchdienste und der Errichtung der ersten Lawinenwarnanlage Österreichs in der Kleinsölk besondere Beachtung geschenkt werden. Ebenso dem Landesfeuerwehrgesetz, dessen Entwurf und das möchte ich heute hier auch sagen, mit dem die Organisation unserer steirischen Wehren geregelt wird, wobei besonders berücksichtigt wurde, wie sehr sich die Aufgaben — denken sie an die technischen und einsatzmäßigen Bedingungen — für die Feuerwehren geändert haben, bereits Ende November dieses Jahres der Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt wurde. Wir glauben, es wird ein gutes Gesetz werden. Wir haben es wohl überlegt und wir haben es nicht im Huch-Pfusch-Verfahren gemacht. Es erfolgt damit aber auch eine Anpassung des Feuerwehrgesetzes 1950 hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Gemeinde unter Bedachtnahme auf die Bundesverfassungsgesetznovelle 1962. Desgleichen soll demnächst die örtliche Feuerpolizeiordnung durch eine neue Feuerpolizeiordnung abgelöst werden. Bei diesem Gesetz werden auch die Fragen des vorbeugenden Brandschutzes berücksichtigt. Außerdem soll dieses Gesetz eine wesentliche Ergänzung zum Landesfeuerwehrgesetz, der Steiermärkischen Bauordnung und auch zu den Baunebengesetzen darstellen.

Ein besonderer Schwerpunkt, auch das möchte ich betonen, auf den ich absichtlich hinweisen möchte, ist der Brandschutz in Hochhäusern, dem seitens der zuständigen Stellen besonderes Augenmerk geschenkt wird. Und zwar durch die Förderung von Hochhausrettungseinrichtungen, zum Beispiel Konstruktion einer Durchstiegslucke, aber auch Erprobung diverser Hilfsgeräte, wie Rettungsschläuche, Sprungmatten usw. sowie durch die Durchführung von Spezialseminaren in Lebring mit theoretischer als auch praktischer Schulung von sogenannten Hochhausbeauftragten oder wenn sie wollen, Hausbesorgern, und zwar Spezialseminare über die Entstehungsbrandbekämpfung primär. Auch wurden unter Mitwirkung von Experten der Branddirektion in Graz, sowie der Brandverhütungsstelle die Möglichkeiten zur Hebung des Brandschutzes erörtert. Es erscheint nun zweifellos sinnvoll, in allen Hochhäusern eine sogenannte Selbstschutzgruppe oder Brandschutzgruppe zu installieren. Diese soll nicht nur technisch geschult sein, sondern auch

psychologisch, um auf alle übrigen Personen entsprechend beruhigend einzuwirken und dadurch eine Panik zu verhindern.

Eine solche Gruppe mit etwa 50 Personen existiert bereits in der neuen Handelskammer in der Grabenstraße. Überdies, meine Damen und Herren, sind durch die Bauordnungsnovelle 1976 besondere bauliche Vorschriften betreffend Hochhäuser in Kraft gesetzt worden. Es wurde hiemit erstmals, das darf ich auch betonen, in dieser Novelle auch die Möglichkeit geschaffen, nachträglich Vorkehrungen zu treffen, welche die Sicherheit oder Gesundheit der Bewohner von Hochhäusern zum Inhalt haben. Was uns allen noch besonders am Herzen liegt, das möchte ich last not least hier betonen, ist der umfassende Versicherungsschutz für unsere Feuerwehrmänner, vor allem auch im Hinblick — das möchte ich sehr deutlich sagen — auf deren Familien. Ich habe bereits im Vorjahr von dieser Stelle aus erläutert, welche Feuerwehrmänner es primär betrifft und Sie meine Damen und Herren aller Fraktionen waren und sind hier — glaube ich — einer Meinung, daß es hier keinerlei Unterschied geben darf, da ja auch der Einsatz und die Leistung jedes einzelnen Feuerwehrmannes allen Menschen und deren Hab und Gut gleichermaßen zuteil wird.

Jetzt noch ein Wort dazu: Die Verhandlungen mit dem Bund führten, obwohl immer mehr Aufgaben auf Bundesstraßen usw. zu erfüllen sind, noch nicht zum gewünschten Ergebnis. Es wird aber, das möchte ich auch sagen, auf dieser Ebene weiterverhandelt und wir hoffen, daß es — wenn auch der Weg dahin etwas länger als erwartet ist — doch noch zu einem bundesweiten einheitlichen Konsens kommen. Ungeachtet dieser unabhängigen Bemühungen des Bundesfeuerwehrverbandes, dem alle unsere Herren Landeskommendanten angehören, können wir, meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Wichtigkeit einer positiven Lösung nicht mehr zuwarten in der Steiermark. Daher haben wir einen Resolutionsantrag eingebracht, mit dem wir den Bund einmal mehr auffordern, den notwendigen Versicherungsschutz, und zwar den umfassenden für alle unsere Feuerwehrmänner sicherzustellen. Ich weiß, daß Sie diese Initiative gleichermaßen begrüßen werden, wie Sie auch mit mir stets übereinstimmen, wenn es galt allen Feuerwehrmännern unseres Landes vom überaus initiativen neuen Landeskommendanten Strablegg mit seinem Mitarbeiter- und dem Landesfeuerwehrinspektorat angefangen bis hinaus zu jedem einzelnen Angehörigen dieser großartigen Einrichtung, eingeschlossen auch die Leitung, Mitarbeiter der zuständigen Referate der Landesregierung, im besonderen die Hofräte Kreuzwirth und Zwitter, sowie dem allzeit mit ehrlichem und echtem Engagement für diese Belange arbeitenden Ressortchef Anton Peltzmann, nicht zuletzt allen Mitarbeitern und Mitgliedern des Roten Kreuzes, der Berg- und Wasserrettung, der Exekutive und des Bundesheeres, aber auch deren Frauen und Familien sowie den zahlreichen freiwilligen Helfern in Stadt und Land aufrichtig zu danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, in der Zielgeraden darf ich sagen die Aktiven dieser Hilfsorganisatio-

nen bieten uns, so glaube ich, alle Tage ein Vorbild an Opferwillen, an Einsatzbereitschaft und auch an Nächstenhilfe, die wir glaube ich, gar nicht hoch genug schätzen und bewerten können. Daher, meine Damen und Herren, sind auch der einhellige und besondere Dank sowie die Anerkennung aller diesem Hohen Hause angehörenden Damen und Herren Abgeordneter an diese Frauen und Männer und an die Familien namens unserer steirischen Heimat wirklich gerechtfertigt und wir sprechen die herzliche Bitte aus, daß sie diesen Geist der Hilfe und Entschlossenheit zum Einsatz für unsere Gemeinschaft und für jeden einzelnen Steirer auch weiterhin zur obersten Maxime Ihres Handelns machen. In diesem Sinne wollen wir das Lied vom braven Mann verstanden wissen und auch von dieser Stelle aus dieser Elite der Hilfsbereitschaft ein herzliches „Gut Heil“ zurufen. Meine Damen und Herren ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Karrer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Nach dem umfangreichen Bericht meines Vorredners ist es etwas schwierig, hier nicht den Sinn und die Bedeutung der Feuerwehren herauszustellen, sondern ich meine mit den Zahlen, die doch vom Referat zur Verfügung gestellt werden, aufzuwarten. Deshalb habe ich, weil ich mir gedacht habe, so etwas wird kommen, mich gar nicht bemüht, Zahlen nachzugehen sondern meinen heutigen Beitrag zur Gruppe 1, Kapitel Feuerwehr, Zivilschutz und Bergrettung darin zu sehen, daß diese Organisationen freiwillige Hilfestellungen erbringen, daß sie letzten Endes sehr viel an sich arbeiten um für den Ernstfall gerüstet zu sein.

Sehen sie, wenn es heißt Ernstfall, dann beginnt schon das Dilemma, daß ja die seinerzeitige Bedeutung der Feuerwehren sich ja grundlegend in ihrem Einsatz und ihrer Einsatzbereitschaft geändert hat. Hier stehen ja leider Gottes aufgrund der Entwicklung die Verkehrsunfälle an erster Stelle und auch hier hat der Kollege Marczik gesprochen, wie umfangreich und wieviel Öl unsere Umwelt verunreinigt, so daß ich sagen kann, es war notwendig, daß vor Jahren mit der Bearbeitung auf diesem Sektor begonnen wurde und daß wir heute an einem Stand angelangt sind, wo wir sagen können nun gut, wenn in den Bezirken oder auf den Straßen solche Unfälle, solche Ölverunreinigungen passieren, dann ist die Feuerwehr zumindest technisch in der Lage, sie raschest zu bekämpfen oder Abhilfe zu schaffen.

Noch etwas: Auch bei Wasserkatastrophen werden unsere Feuerwehren zu Hilfe gerufen, genauso wie beim Brandschutz oder bei der Vorbeugung von Brandschutzmaßnahmen. Ich glaube, das ist fast noch wichtiger, denn die Erfahrung der Feuerwehrmänner in den Orten, in ihren Organisationen bei Bekanntsein, wo letzten Endes doch Gefahr besteht, setzt sie auch in die Lage Schutzvorkehrungen zu treffen und das geschieht ja auch im Verlauf eines Jahres sehr umfangreich. Die Aufgabe nach dem alten Grundsatz der Feuerwehr, daß sie kulturelle

Werte, daß sie Lebewesen in erster Linie in Schutz nehmen müssen und so glaube ich, liebe Damen und Herren, ist der Aufgabenkatalog der Feuerwehren so umfangreich geworden, daß man heute sicher viel darüber sprechen könnte.

Mir vielleicht etwas unverständlich, daß gerade in dieser Post Feuerwehr beim Haushalt von 54 Millionen Schilling auf 53 Millionen Schilling zurückgegangen ist. Sicher ist das Geld immer etwas, was zu wenig ist, das stimmt, aber ich glaube, wenn man die Bemühungen der Feuerwehren in sich betrachtet, dann tut einem das Herz weh, noch dazu wo ich genau weiß, wie diese Gelder bei den Feuerwehren zusammengekratzt und zusammengetragen werden. Sie verwenden es für ihre Ausbildung, für die Hebung ihrer Schlagkraft, sie verwenden es für den Kameradschaftsteil und sie verwenden es, das darf man doch hier sagen, weil sie auch innerlich bestrebt sind, wenn sie ihrer Verpflichtung nachkommen wollen, daß sie auch technisch auf dem laufenden sind. So sind sie gezwungen, verschiedene Veranstaltungen zu machen, sei es nun bei Bällen in der Faschingszeit, aber wenn man den Sommer durch die Lande fährt, sieht man immer wieder, daß die Feuerwehren die sogenannten Volksfeste veranstalten, um hier einige Schillinge, um hier finanzielle Zuluße leisten zu können für die Ausgestaltung ihrer technischen Notwendigkeiten und das machen sie, meines Erachtens nach, in einer sehr vorbildlichen Weise.

Die technische Entwicklung geht sehr rasch vor sich und hier müssen sie eben am laufenden sein und bleiben. Der Kollege Marczik hat hier von einem neuen Aufgabengebiet in den Hochhäusern gesprochen. Auch ich habe mir das vorgemerkt, und zwar mit der Überlegung, daß im ganzen Land heute Hochhäuser gebaut werden, daß aber die Feuerwehren zum Teil nicht in der Lage sind, helfend einzugreifen, wenn sie nicht dementsprechend technisch ausgerüstet sind. Die Gemeinden sind bereit, bei der Ausgestaltung und Finanzierung der Aufgaben der Feuerwehren mitzuhelfen. Sie sind aber nicht in der Lage, bei diesen gigantischen Summen, die die Feuerwehr benötigt, helfend eingreifen zu können.

Wenn man bedenkt, daß eine Leiter Millionen Schilling kostet, dann sieht man, daß von den Feuerwehren oder Gemeinden solche Summen nicht aufgebracht werden können. Ich weiß schon, auch das Land wird es in einem oder zwei Jahren nicht schaffen, hier abzuhefen.

Was ich meine ist, meine lieben Feuerwehrmänner hier im Saal, daß draußen in den Gemeinden sogenannte Regionalübereinkommen zustande kommen, damit hier größere Verbände bei den Anschaffungskosten behilflich sind. Dann wird es auch gelingen, Abhilfe zu schaffen. Es darf sich kein Mensch einbilden, daß solche technischen Geräte einfach zu bedienen sind und funktionieren. Das gibt es einfach nicht. Es bedarf einer umfangreichen Schulung und einer fast wöchentlichen Bereitschaft, mit zutun am Training, um für den Ernstfall gerüstet zu sein.

Bei den Hochhäusern, Herr Kollege Marczik hat es schon ausgeführt, gehören noch eine Menge kleinerer Ausrüstungsgegenstände dazu, die einfach not-

wendig sind, um die, in diesen Hochhäusern wohnenden Menschen zu schützen.

Das neue Gesetz ist seit Oktober 1976 im Entwurf. Ich habe eine Aussendung aus dem Vorjahr, die mir das Referat zur Verfügung gestellt hat. In diesem Gesetz werden eine Menge moderner Gesichtspunkte aufgezählt. Ich darf doch bitten, daß die alte Feuerlöschordnung aus dem Jahre 1883 abgelöst wird durch eine moderne Gesetzgebung. In der seinerzeitigen Ausführung ist punktweise aufgezählt, was noch zu leisten ist. Es geht in diese Richtung, daß das Land den Gemeinden beistehen muß, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Man kann die Feuerwehren nicht ihrem Schicksal überlassen und sie, wenn sie um Hilfe gerufen werden, aus technischen Mängeln nicht helfen können.

Noch ein Punkt. Die Zusammenarbeit der Feuerwehren zum Beispiel mit dem Zivilschutz oder der Bergrettung ist bewundernswert und nachahmenswert. Wenn der Zivilschutzgedanke noch nicht so tief in der Bevölkerung Platz gegriffen hat, ist dies darauf zurückzuführen, daß der Zivilschutz in der Bevölkerung noch nicht jenen Platz einnimmt, der notwendig wäre. Aber bei gewissenhafter, zielstrebigem und hartnäckiger Verfolgung dieses Zieles wird es im Laufe der Zeit schon möglich sein. Man muß nur die Geduld aufbringen. Hier darf man, wie bei der Jugend, den Glauben nicht verlieren, daß die Bevölkerung auch auf diesem Sektor mit-tun wird.

Nun darf ich den Feuerwehren auch von meiner Warte aus und im Namen meines Klubs den herzlichsten Dank aussprechen für die verschiedensten Dienste, die sie für die Mitmenschen erbringen; für ihren selbstlosen Einsatz, der oft so weit geht, daß sie ihr Leben opfern. Darauf sollte auch die Gesetzgebung Rücksicht nehmen.

Nun lassen sie mich Dank sagen den Feuerwehrmännern für ihre Kameradschaft, die sie der steirischen Bevölkerung gegenüber beweisen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als letztem Redner in der Gruppe 1 erteile ich dem Herrn Landesrat Peltzmann das Wort.

**Landesrat Peltzmann:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Noch nie seit der Beendigung des zweiten Weltkrieges war die Sicherheit des Staatsbürgers so stark und entscheidend im Gespräch wie im heurigen Jahr. Die weltweiten Terrorszenen, die weltweiten Katastrophen haben das mit sich gebracht, daß jeder Mensch in unserer Gemeinschaft sich fragt, wie weit für seine Sicherheit vorgesorgt ist. Hier spielen unsere Feuerwehren und unsere freiwilligen Einsatzorganisationen Rotes Kreuz, Bergrettung, Flugrettung, Tauchrettung eine bedeutende Rolle.

Ich darf meinen hochgeschätzten Vorrednern für ihre lobenden Worte danken und es freut mich, daß es in der Gruppe 1 keine Auseinandersetzung gibt. Hier ist das steirische Klima spürbar. (Abg. Ing. Turek: „Weil der Referent so friedfertig ist!“) Herr

Kollege, Sie hätten sich auch zu Wort melden können. (Landesrat Bammer: „Feuerrot, rauchschwarz!“)

Nun darf ich zunächst doch eine ganz kleine Korrektur anbringen, Kollege Karrer. Bei den Feuerwehren — es ist das das Kapitel 16 — haben wir um über 2 Millionen Schilling mehr im Voranschlag als im Jahr 1977. Das ist nicht meiner Tätigkeit zuzuschreiben, sondern hier habe ich ihnen Dank abzustatten. Sie haben vor Jahren den Beschluß gefaßt, daß die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer rein diesem Zweck zugeführt werden müssen. Das ist mein Vorteil. Das ist ein Landtagsbeschluß der hält und da kann mir auch der Finanzreferent keinen einzigen Schilling wegknappern. Das muß unseren Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden. (Landesrat Bammer: „So gut geht es mir beim Spital nicht!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Dafür gibt es dort verschiedene Klassen, Herr Landesrat!“)

Herr Kollege Bammer, das Spital ist für den Betroffenen ja auch eine Art Feuerwehr. Unsere Feuerwehren erhalten sich mit der zweckgebundenen Steuer selbst. Hier müssen wir den Feuerwehren und in erster Linie auch den Gemeinden Dank sagen. Die Gemeinden, die verfassungsmäßigen Träger des Feuerwehrwesens, nehmen natürlich große Aufgaben auf diesem Sektor auf sich. In zweiter Linie ist den Einsatzorganisationen zu danken und hier als stärkster den steirischen Feuerwehren, die selbst fast ein Drittel der Beträge aufbringen, die zur Erhaltung, zur Ausrüstung unserer Feuerwehren aufgewendet werden. Wie oft hört man, die Feuerwehren feiern ihre Feste. Wenn sie ein bißchen herumschauen, dann merken sie erst warum sie diese Feste feiern. Sie selbst, die jederzeit bereit sind, wenn ihre Hilfe gefordert wird, und meist tut die ganze Familie mit, um so ein Fest zum Erfolg zu führen. Der größte Teil kommt nicht in die Kameradschaftskassa, sondern er wird dazu verwendet um Beiträge bereitzustellen, die benötigt werden, um Geräte anzuschaffen, die gebraucht werden, um den Schutz des einzelnen zu gewährleisten. Anders liegen die Dinge bei den nicht gebundenen Beiträgen. Herr Kollege Karrer, Du hast ganz kurz die Gruppe 5 gestreift, dort liegt es etwas anders. So haben wir dem Roten Kreuz im Vorjahr noch 1,9 Millionen und heute nur noch 1,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Und das gleiche gilt auch für den Bergrettungs- und Suchdienst. Hier haben wir 250.000 Schilling statt 316.000 Schilling. Gerade dort, glaube ich, brauchen wir noch zusätzliche Mittel, um auch diesen Idealisten die modernen Geräte in die Hand zu geben, die sie befähigen noch bessere Hilfsleistungen und — was meiner Ansicht immer wieder in den Vordergrund zu stellen ist — auch das eigene Leben der im Einsatz Befindlichen größtmöglich geschützt werden kann. Aber ich hoffe, daß es mir durch Einsparungen bei anderen Posten gelingen wird, diese Erfordernisse auch für das Jahr 1978 zur Verfügung stellen zu können.

Wir haben aber auch in unserer Zivilschutzschule die Bergrettung und alle Einsatzorganisationen zusammengefaßt, um dort die Möglichkeit einer echten Ausbildung und Weiterbildung sicherstellen zu



können. Es ist uns auch gelungen die nötigen Grundflächen, die wir zum weiteren Ausbau dieser Schule benötigen, anzukaufen und aufzukaufen, während das Baugeschehen durch die Budgetlage ein gewisser Verzögerungseffekt erfolgt, das heißt wir werden mit der Planung 1978 beginnen, aber natürlich mit einem Baubeginn, glaube ich, ist 1978 nicht zu rechnen.

Bei den Feuerwehren, das wurde heute schon gesagt, haben wir das Programm bezüglich des schweren Atemschutzes großteils abgeschlossen. Abgeschlossen wird es eigentlich nie sein, denn es kommen immer wieder neue technische Erkenntnisse, es werden uns immer wieder neue Geräte angeboten und wir haben voriges Jahr mit dem Tanklöschfahrzeugprogramm begonnen und hoffen, daß die heuer vorgesehenen 14 Fahrzeuge zusätzlich neu angeschafft werden können. Nicht im Konzept ist der sogenannte Ersatz der auslaufenden Fahrzeuge, das heißt wir müssen zusätzliche Mittel aufbringen für Geräte, die eben aus Altersgründen oder anderen Beschädigungen ausgeschieden werden müssen. Das Warn- und Alarmkonzept ist von meinem Vorredner kurz angezogen worden. Ich hoffe, daß wir hier auch die zweite Tranche ebenso erfolgreich über die Bühne bringen wie die erste. Und wenn sie hier im Landesbudget nur einen Erinnerungsansatz finden, dann darf ich ihnen mitteilen, daß das Land selbstverständlich zu seiner Verpflichtung steht, das heißt ein Drittel Bund, ein Drittel Gemeinden, ein Drittel Land, aber wir, weil wir noch nicht wissen, was der Bund in der Lage ist, zur Verfügung zu stellen, eben aus diesem Grund keine Zahlen einsetzen konnten.

Ich darf aber zum Voranschlag vielleicht noch sagen, weil dem Herrn Berichtstatter ein kleiner Irrtum entstehen könnte bezüglich Einnahmen und Ausgaben. Die Einnahmen der Feuerschutzsteuer sind hier nicht auf der Seite 20, sondern finden ihren Niederschlag in der Gruppe 9 bei den landeseigenen Einnahmen, so daß hier praktisch der Betrag, der für das Feuerwehrwesen ausgegeben wird, auch über die Feuerschutzsteuer selbst aufgebracht wird.

Der technische Fortschritt bringt es mit sich, daß immer mehr gefährliche Güter per Achse auf der Straße, per Achse auf der Schiene oder auch in der Luft befördert werden und hier, glaube ich, müssen wir doch vorsorgen und hier gibt uns die Technik immer wieder neue Erkenntnisse, neue Erfindungen. Neue Gefahren bringen auch wieder neue Abwehrmöglichkeiten und hier glaube ich, daß wir den Weg, den wir mit den Ölalarmstützpunkten gegangen sind, richtig eingeschlagen haben und wir können jederzeit diese Stützpunkte ausbauen, um die Bekämpfung solcher Gefahren auch im Lande sicherzustellen.

Zum Thema Hochhäuser haben meine Vorredner schon gesprochen. Ich hoffe, daß das gute Beispiel, das die Handelskammer Steiermark gegangen ist, in dem sie 50 Mitarbeiter geschult und eben für den inneren Schutz ihrer eigenen Baulichkeiten zur Verfügung gestellt hat, auch in anderen Gemeinschaften, in anderen Hochhäusern realisiert werden kann, weil die Bekämpfung der Entstehung ist noch immer

die sicherste. Wenn es einmal lichterloh brennt, werden die Dinge immer schwieriger.

Nun, über Versicherungsschutz ist schon gesprochen worden. Ich weiß, daß das ein Tauziehen ist, ein Tauziehen auf Bundesebene, ein Tauziehen teilweise auf Länderebene, aber nicht in der Steiermark. Bis jetzt haben wir in jedem einzelnen Fall, wir hatten leider Gottes in den letzten 10 Jahren zehn Todesopfer bei den Feuerwehren zu beklagen, zusätzliche Mittel diesen Hinterbliebenen zur Verfügung gestellt, was die Steiermärkische Landesregierung bisher immer einstimmig beschlossen hat. Um was dreht es sich, meine Damen und Herren? Diese Feuerwehrleute haben ein Recht darauf, glaube ich, daß das kein Geschenk, kein Almosen, keiner Zufälligkeit unterworfen ist, sondern sie haben ein Recht, daß ihre Familien über den Gesetzgeber abgesichert werden, sofern dem einzelnen etwas geschehen sollte — wir hoffen, daß es nie geschehen möge. Aber soll die Sicherheit haben, wenn ihm wirklich etwas passiert, dann ist für die Hinterbliebenen vorgesorgt. (Allgemeiner Beifall.)

Ich darf Ihnen auch noch ganz kurz sagen, daß der Mitgliederstand unserer Jugendfeuerwehren, und zwar sind es junge Steirer im Alter von 14 bis 17 Jahren, zur Zeit 2988 Mann beträgt und wenn ich es so richtig im Kopf habe, sind es rund 8000 die bereits von der Jugend in den Aktivstand überführt wurden. Sie sehen wenn man versteht die Jugend anzusprechen, wenn man der Jugend ein Ideal gibt, wenn man der Jugend als Vorbild vorlebt, dann ist sie auch begeisterungsfähig. Diese jungen Menschen sind immer wieder bereit in die Fußstapfen von uns Älteren zu treten. Fragen sie einmal einen Einsatzkommandanten unserer Feuerwehr, wie schwierig er es hat nicht die Jugend heranzuführen, sondern die Jugend von einem Einsatz abzuhalten. Die jungen Leute wollen helfen, helfen und wieder helfen, wenn sie sehen, daß anderer Menschen Hab und Gut in Gefahr ist.

Ich darf Ihnen aber auch berichten, daß wir auf anderem Gebiet nicht unfähig waren. Wir haben seit Oktober 1975 115 Lawinenwarnkommissionen in 34 Gemeinden installiert und weitere sechs Wettermeldestationen miteingebunden und die Meldungen gehen an den Flughafen Thalerhof. Vor dort können sie jederzeit telefonisch abgerufen werden.

Ja, das habe ich schon kurz gestreift, Feuerwehr- und Zivilschutzschule, daß es leider Gottes nicht möglich ist, mit dem Zubau 1978 zu beginnen und ich sage Ihnen auch nur eine einzige Zahl. Wir hatten heuer 335 Kurse und Seminare und Führungen mit fast 12.000 Teilnehmern und sind meist im Spätherbst eines Jahres für das nächste Jahr ausgebucht, das heißt für 1978 dringliche Seminare unterzubringen macht uns bereits ganz große Schwierigkeiten.

Es wurde auch ganz kurz das neue Landesfeuerwehrgesetz angezogen und hier bitte ich Sie, meine Damen und Herren, es ist heute in der Regierung aufgelegt worden, ich nehme an, daß es in der nächsten Regierungssitzung beschlossen wird und dann dem zuständigen Ausschuß zur Bearbeitung durch den Herrn Präsidenten zugemittelt wird, daß Sie Ihre Gedanken zu diesem Gesetz zum Tragen

bringen. Es kann vielleicht dort und da eine Lücke sein, vielleicht haben wir das übersehen, vielleicht sind wir betriebsblind. Ich würde Sie wirklich um Ihre Mitarbeit bitten, damit dieses Gesetz wieder eine solide Grundlage für das Feuerwehrewesen in der Steiermark darstellt. Der eine oder andere hat gesagt, was brauchen wir ein Gesetz, wir haben ohnehin eines und die neuen Gesetze werden leider Gottes nie besser, sie werden eher schwieriger zu handhaben. Meine Damen und Herren, die Gemeindeverfassungsnovelle 1962 allein hat schon erfordert, daß man hier gewisse neue Überlegungen anstellt. Es war sehr schwierig nicht den örtlichen, diese Dinge sind sehr leicht, sondern den überörtlichen Einsatz unserer Organisationen in Gesetze zu verankern.

Wir geben zu, daß wir das Bundesland Tirol als Vorreiter galoppieren haben lassen, weil wir neugierig waren, was der Bundesverfassungsdienst zu dieser Regelung sagt. Aus der Erkenntnis dieser Gutachten, aus der Erkenntnis dieses Gesetzes haben wir dann versucht, das steirische Gesetz Ihnen in der Form des heute aufgelegten zu unterbreiten.

Ich darf noch kurz zum Roten Kreuz etwas sagen. Ich darf sagen, daß ich seit ich das Ressort übernommen habe, dem Roten Kreuz 10 Millionen Schilling Förderungsmittel zumitteln konnte. Das Rote Kreuz hat vor, in Graz ein Rotkreuzzentrum entstehen zu lassen. Das Präsidium des Roten Kreuzes sagt mir, daß man mit dem Beginn im Mai 1978 rechnen kann. Wir haben in den Jahren 1976 und jetzt 1977 einen Betrag von 8 Millionen Schilling dafür bereitstellen können. Ich hoffe, daß die Mittel, die das Land dazu aufzubringen hat, inden nächsten Jahren aufgebracht werden können.

Innen, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich noch einmal herzlichen Dank sagen. Ich danke als zuständiger Referent meinen Kollegen in der Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl. Ich danke meinen Mitarbeitern in den einzelnen Sektoren, die sich mit dieser Problematik befassen. Ich danke den Steuerzahlern dieses Landes, die letzten Endes all diese Schillinge, die wir heute beschließen, aufbringen, um diesen Aufgabenbereich — hier ist der Katastrophenschutz ein sehr wichtiger Bereich — im nötigen Ausmaß, wie es im Voranschlag festliegt, bedienen können.

Ich möchte aber auch allen Dank sagen, die hier in diesen freiwilligen Einsatzorganisationen Dienst tun; allen, die mitwirken, für ihren Idealismus. Ich danke ihnen für das Wertvollste, da sie uns letzten Endes zur Verfügung stellen, das ist die Zeit. Da kann einer noch so reich oder arm sein, keiner wird sich auch nur eine Minute seines Lebens zurückkaufen können. Diese Frauen und Männer, die hier im Roten Kreuz, in der Bergrettung, im Flugwachdienst, bei den Feuerwehren uns diese Zeit schenken — nicht nur im Einsatz. Denn der Einsatz setzt voraus, daß geübt wird, daß Kenntnisse erworben werden, um mit den Geräten den Einsatz auch bewältigen zu können. Diese Menschen stellen uns immer wieder diese Zeit zur Verfügung. Für das möchte ich mit dem steirischen Wort danken: Vergelt's Gott, allen Steirerinnen und Steirern, die bis jetzt hier mitgeholfen haben. (Allgemeiner Beifall.)

**Dritter Präsident Feldgrill:** Keine weitere Wortmeldung. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Klobasa:** Ich wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Gruppe 1.

**Präsident:** Sollten Sie mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden sein, bitte ich um ein Händezeichen.

Die Gruppe 1 ist angenommen.

## **Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft**

Berichterstatter ist Abgeordneter Heribert Pözl. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

**Abg. Pözl:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 2 beinhaltet Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Die Einnahmen der Gruppe 2 belaufen sich auf 2.752,244.000 Schilling, die Ausgaben auf 3.308,120.000 Schilling und der Sondervermerk Ausgaben auf 54,360.000 Schilling. Die Abschnitte 20 bis 23 — Unterricht — beinhalten die Tätigkeit der 10.999 Pflichtschullehrer in der Steiermark, die 79.750 Volksschüler und 68.000 Hauptschüler, also insgesamt 147.750 Pflichtschüler unterrichten. Hiefür werden 3.023,664.000 Schilling ausgegeben.

Die Abschnitte 24 und 25 beinhalten Kindergärten, Schülerheime, Lehrlingsheime mit Ausgaben in der Höhe von 202,515.000 Schilling.

Der Abschnitt 26, Sport, umfaßt Ausgaben in der Höhe von 20,544.000 Schilling.

Der Abschnitt 27, Erwachsenenbildung, beinhaltet Ausgaben von 16,564.000 Schilling.

Der Abschnitt 28, Forschung und Wissenschaft, umfaßt Ausgaben in der Höhe von 44,833.000 Schilling.

Ich stelle im Namen des Finanz-Ausschusses den Antrag um Annahme.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Stoisser:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 2 beinhaltet alles was unseren jungen Menschen in der Schule und in der Ausbildung an den hohen Schulen für ihr späteres Leben gebracht wird und ist mit 3,3 Milliarden Schilling ein beachtlicher Brocken des steirischen Budgets für 1978.

Der Ansatz 220, berufsbildende Schulen, ist mit 195 Millionen Schilling wesentlich höher als im Vorjahr. Im außerordentlichen Haushalt sind für den Bau und die Ausrüstung der Landesberufsschulen 67 Millionen Schilling in der Gruppe I angegeben, das ist eigentlich um einiges niedriger als im Vorjahr. Wir hatten im Vorjahr einen Berufsschulbauplan, der beinhaltete, daß bis zum Jahr 1980 sämtliche Landesberufsschulen erbaut werden sollten. Mit diesen Zahlen, die wir nun heuer im Budget haben, wird dieser Plan wahrscheinlich nicht erfüllt werden können.

Einige Zahlen: Wir haben in der Steiermark im Schuljahr 1976/77 32.800 Lehrlinge gehabt. Es sind in der Steiermark zur Zeit 30 Berufsschulen, davon sind 14 Landesberufsschulen mit Schülerheim, 6 Landesberufsschulen ohne Schülerheim und wir haben noch 5 Bezirksberufsschulen außerhalb der Stadt Graz. Es wurde mit Beginn dieses Schuljahres die Landesberufsschule Gleinstätten für Kleidermacher und Bäcker eröffnet. Es sind somit 90 Prozent der steirischen Lehrlinge in lehrgangsmäßigen Schulen untergebracht und wir haben beinahe die 100-prozentige Einschulung der Schüler. Es ist nun bedauerlich, daß der Bau der Schulen, die noch notwendig wären, zurückgesteckt werden muß.

Es ist vielleicht noch zu erwähnen, daß seit 1963 rund 1,5 Milliarden Schilling für das berufsbildende Schulwesen in der Steiermark ausgegeben wurden. Das sind nur die Leistungen des Landes.

Ich möchte aber auch auf die Leistungen der Wirtschaft hinweisen, der es auch im Jahr 1977 gelungen ist, nahezu alle Jugendlichen in Lehrstellen unterzubringen. Es ist wieder ein Ansteigen der Lehrlingszahlen zu beobachten. Die genauen Zahlen liegen leider noch nicht vor, da die Lösungen von Lehrverhältnissen noch nicht durchgerechnet wurden. Man kann sagen, daß in den Sektionen Gewerbe, Handel und Fremdenverkehr weitere Zunahmen sind und wir mit Jahresende voraussichtlich um 200 bis 300 Lehrlinge mehr haben werden als im Vorjahr. Die Lehrlingszahlen in der Industrie stagnieren. Es ist damit wieder bewiesen, daß es die kleinen Betriebe sind, die die Beschäftigung der Jugendlichen gewährleisten. Dafür, glaube ich, gebührt der steirischen Wirtschaft Dank.

Ich möchte aber auch wieder darauf zu sprechen kommen, wie es um die Gesetzgebung für die Berufsausbildung, für die duale Ausbildung, steht. Die 1400 Experten im Jahre 1970 haben in ihr Büchlein geschrieben, daß die duale Ausbildung abgeschafft werden muß. Im Entwurf des Neuen SPO-Programms schreibt man es schon ein bißchen vornehmer man sagt: Integration von Allgemeinbildung und Berufsbildung in einer integrierten Gesamtschule für 14 bis 18jährige; Vermehrung zwischenbetrieblicher und überbetrieblicher Ausbildungsstätten. Wenn man das genauer betrachtet — die endgültige Formulierung kenne ich noch nicht — es ist ja noch ein Entwurf, so sagt dieser auch nichts anderes als Abschaffung der dualen Lehre. Wenn man die Problemstellung liest und hier immer wieder steht, auch 1977, „dazu gehört die Ausbeutung als billige Arbeitskraft und die Einordnung in-, hierarchische Befehlsbeziehungen“, so kann man nur sagen: Marx schau herunter, deine Enkerln leben noch immer und reden noch immer im gleichen Jargon, wie du vor 100 Jahren.

Es ist irgendwo bedauerlich diese Einstellung der sozialistischen Partei zu diesem so ernsten Problem, man bedenkt hier nirgends, daß die Kosten einer schulischen Ausbildung sehr hoch sind und es wurde heute Vormittag von allen Generalrednern sehr auf das Bundesbudget eingegangen und festgestellt, daß die Ausgaben mehr steigen als die Einnahmen.

Es wurde auch über das zweite Abgabenänderungsgesetz gesprochen. Wir alle wissen, daß

der Staat einfach seine Einnahmen erhöht, indem er die Steuern drastisch erhöht und vom Sparen eigentlich wenig spricht. Ich möchte ihnen nun hier ganz praktisch zeigen und vorführen, wo man auch einige 100 Millionen Schilling einsparen könnte, nämlich beim Schulbuch und da gibt es sicherlich noch viele andere Möglichkeiten. Gestatten Sie mir, ich habe von meinen vier Sprößlingen alle Bücher, die ich finden konnte, die wir in den letzten 5 Jahren geschenkt bekommen haben, hergebracht und ich werde ihnen zeigen, in wie vielfachen Exemplaren die einzelnen Stücke da sind. (Zeigt Schulbücher vor.) Viermal dasselbe immer, meine Damen und Herren. (Abg. Lackner: „Das spielt bei uns ja keine Rolle, wir haben es ja!“) Dreimal dasselbe im besten Zustand, meine Damen und Herren. Das muß man sich einmal anschauen. Viermal dasselbe. Das allein ist ein Jahrgang, den wir zweimal daheim haben für die 6. Mittelschulklasse. (Abg. Prensberger: „Was sagen denn die Professoren dazu?“) Was sollen sie sagen, die Professoren.

Schauen sie, wenn ich Ihnen nun die Liste vorlese: viermal „Chemie I“, viermal „Welt im Wort“, viermal „Glaubensbuch“, viermal „Physik III“, dreimal „Welt im Wort“, dreimal „Historischer Atlas“ und so fort und so fort, in der Summe 10.000 Schilling. Ich bedanke mich beim österreichischen Staat für diese 10.000 Schilling. Nur wenn ich die Bücher in Eigenverantwortung selbst gekauft hätte, meine Damen und Herren, da hätte mich das höchstens 4000 Schilling gekostet und mit diesen 6000 Schilling hätte ich meine Kinder irgendwohin in die Ferien schicken können. (Allgemeine unverständliche Zwischenrufe.) Meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hauses! An Hand dieser mitgebrachten Bücher möchte ich ihnen zeigen, daß man sehr wohl sparen kann und ich sage die Schulbuchaktion ist eine ganz ausgezeichnete Aktion gewesen und hilft sicherlich vielen Familien nur so hurrassen soll man nicht dabei und wenn ich mir nun die Budgetzahlen im Jahr 1972 nach dem Rechnungsabschluß anschau: 465 Millionen und im Budget 1978 980 Millionen, also mehr als verdoppelt. Von diesen 6 Milliarden Schillingen wären sicherlich 4 Milliarden nicht nötig gewesen und 4 Milliarden haben und nicht haben ist eine ganz schöne Zahl.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die Notlage der kinderreichen Familien hinweisen und kinderreiche Familien haben mich auf die Idee gebracht diese Bücher mitzubringen. Die haben gesagt zeigen sie es einmal den Leuten. Wir hätten gerne das Geld dafür, wir können ja selbst mit dem Geld umgehen und ich glaube es ist eine gerechte Forderung, daß man den Familien anstelle von viermal das gleiche zu geben, ihnen das mit Geld abgilt und sie selbst damit wirtschaften läßt. (Beifall bei der ÖVP.)

Man hat meiner Meinung nach bei der Steuerpolitik den Familien ganz übel mitgespielt. Früher einmal hat es für Ledige, Verheiratete, ein zwei, drei, vier Kinder verschiedene immer flacher werdende Steuerprogressionskurven gegeben und wenn ein Familienvater mit vielen Kindern Überstunden gemacht hat, weil er eben mehr Geld benötigt für seine Kinder, so hat er wesentlich weniger Steuer

bezahlt. Das hat man schon vor einigen Jahren geändert, diese verschieden steilen Progressionskurven wurden abgeschafft und es kam der sogenannte Kinderabsetzbetrag, der nur mehr eine lineare Senkung der Steuer ermöglicht hatte und wenn einer in die Progression hineingekommen ist, hat er bereits gleich bezahlt.

Nun, mit dem Jahr 1978 wurde auch dieser Kinderabsetzbetrag abgeschafft und an Stelle dessen wurden die Familienbeihilfen erhöht. Aber, meine Damen und Herren, ich habe mir die Mühe gemacht und es mir genau angeschaut. Das ist ein ganz eleganter Pflanz. Bei einem Kind hat ein Arbeiter mit 34 Schilling in der Stunde nichts mehr davon, bei zwei Kindern ist das bei einem Monatsbezug von 9000 Schilling, bei drei Kindern bei 11.000 Schilling und bei vier Kindern — ich gebe zu — welche wird es schon weniger geben die 13.000 Schilling verdienen. Die darunter sind haben etwas von der neuen Regelung, aber die darüber sind nicht.

Bitte nun ein ganz ernstes Problem, meine Damen und Herren. Ein Familienvater mit vier Kindern bekommt nun zwölfmal im Jahr 3780 Schilling. Davon kann er seine Kinder sicherlich nicht ernähren und es hat eine Untersuchung gegeben, in der genau ausgerechnet wurde, wieviel ein Kind kostet, es liegt zwischen 2000 und 5000 Schilling beim Zwanzigjährigen der studiert. Wenn nun ein Familienvater Kinder hat zwischen 13 und 18 Jahren, so kosten ihm diese, wenn er ihnen ein ordentliches Leben verschaffen will, rund 14.000 Schilling. Mit dem was nun auch die Eltern zum Leben brauchen sind das 24.000 Schilling. Dazu trägt nun der Staat 3700 Schilling bei. Wenn nun der Familienvater mit vier Kindern gleichviel verdient wie der Junggeselle oder das kinderlose Ehepaar, so bringen sie echte Opfer für die Familie und dafür wird meiner Meinung nach vom Staat aus heute viel zu wenig getan. Meine Forderung ist daher, daß man die Familienbeihilfen ganz wesentlich erhöhen sollte. Schauen Sie sich bitte die Geburtenquoten an. Seit 1976 haben wir bereits mehr Todesfälle als Geburten. Die Zahlen für das Jahr 1977 werden sicherlich noch fürchterlicher ausschauen. Meine Damen und Herren, die Kinder sind es, die einmal unsere Pensionen bezahlen werden und die Kinder der kinderreichen Familien sind es eigentlich, die den Wohlstand der Kinderlosen finanzieren. Die kinderreichen Familien sind diejenigen, die für die anderen eigentlich darben müssen. Ich habe in letzter Zeit mit einer Frau mit fünf Kindern gesprochen, die gut verdienen, die mir aber sagt, ich kann meine Kinder nicht auf Urlaub schicken. Ein C-Beamter im Bundesdienst mit fünf Kindern, das ist völlig ausgeschlossen. Warum sollen diese Kinder nicht dieselben Möglichkeiten haben, als ein Kind in einer Familie, wo es nur ein oder zwei Kinder gibt.

Wenn heute der Kollege Strenitz von der dreifachen Steuerermäßigung gesprochen hat, die es seit 1972 gibt, so ist es der klassische Schmäh, den es gibt und der Gipfel der Demagogie, denn was hat denn das dem Finanzminister gebracht? Ich kann es ihnen sagen. Bei der Lohnsteuer von 1970 bis 1975, die letzten Zahlen liegen noch nicht vor, das 3,7fache bei

der Umsatzsteuer, bei der Lohnsteuer das 2,2fache und bei den gemeinschaftlichen Abgaben für Bund und Land, das gilt für die Steiermark, auch das 2,6fache.

Sie haben nämlich vergessen, daß wir inzwischen eine saftige Inflation gehabt haben, die diese Steuerermäßigung notwendig gemacht hat und die nicht in dem Maß durchgeführt wurde, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre.

Es ist auch in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß Kinder aus kinderreichen Familien bei der Bildung echt benachteiligt sind. Ich war gestern wieder bei einer Familie mit 6 Kindern. Denen ist es völlig unmöglich, die Kinder studieren zu lassen. (Abg. Dr. Strenitz: „Es ist nie so viel geschehen wie in den letzten 7 Jahren!“) Herr Dr. Strenitz, schauen Sie sich ihre Statistiken an, wenn man immer hört, ja die Kinder der Arbeiter studieren nicht. Die kinderreichen Familien können ihre Kinder nicht studieren lassen. Da sollte man den Hebel ansetzen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist die Wahrheit, die gesagt wird, so schaut es aus!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Die Familienväter müssen aufpassen, daß sie sich nicht vor Ihren parteipolitischen Karren spannen lassen! Entweder es ist zu wenig oder es ist Verschwendung! Was ist es wirklich?“ — Abg. Doktor Eichinger: „Da liegt die Verschwendung!“)

Herr Dr. Strenitz, ich habe gemeint, man sollte den Familien das Geld in Eigenverantwortung übergeben. Sie sind selbst soviel, daß sie das Geld verwalten können. Wenn ich das Geld bekomme, werde ich den Rest nicht versaufen, sondern den Kindern das Geld in anderer Weise zugute kommen lassen. Das habe ich gemeint. Ich habe von mir gesprochen in diesem Fall. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Strenitz: „Wer versäuft es? Das ist eine Beleidigung der österreichischen Familien!“) Herr Doktor Strenitz, ich wiederhole den Satz. Ich habe gesagt, wenn ich mir hier 4000 Schilling erspare, werde ich das Geld nicht versaufen, sondern den Kindern in anderer Weise zugute kommen lassen. So habe ich das gesagt. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das haben doch die Sozialisten seinerzeit behauptet! Man kann es den Leuten nicht in die Hand geben!“) Das wurde damals so behauptet, aber nicht jetzt von mir. Ich meine, daß man den Familien die Eigenverantwortung belassen soll. Die Familien erziehen ihre Kinder zur Sparsamkeit und sie erziehen ihre Kinder auch mit Herz. Diese Sparsamkeit werden wir in Zukunft überall brauchen, in der Familie, in der Gemeinde, in der Wirtschaft und im Land. Nur mit dieser Sparsamkeit werden wir die Zukunft meistern können. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung auf eine Stunde bis 19.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 18.35 Uhr. Wiederaufnahme der Sitzung: 19.45 Uhr.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind bei der Beratung der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Gerhard Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gerhard Heidinger:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Man kann über den Einfall und Gag des Herrn Kollegen Stoisser stolpern, aber nicht darüber hinweggehen, ohne doch darüber etwas zu sagen. (Abg. Dr. Eichinger: „Ein ernstes Wort!“) Ein ernstes Wort, ja. Das eine wäre zu sagen, vielleicht ein wenig unernst. Bitte das auch so aufzufassen. Da will jemand dem anderen ein Buch verkaufen und der sagt, danke, ich habe schon eines. Ich könnte mir vorstellen, daß die Kinder des Herrn Kollegen Stoisser zum Beispiel das Geographiebuch in eine Bücherei hineinstellen. (Abg. Dr. Eichinger: „Sehr gut!“) Wenn Sie, Herr Kollege Stoisser, die Regierung der Wegwerfmentalität bezichtigen — denn das haben Sie auch gesagt —, dann muß ich sagen, daß Sie sich dieser Wegwerfmentalität angeschlossen haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Einspruch! Das wird von der Schule verteilt! Das will ja nicht ich, das Buch, das wird klassenweise verteilt!“) Nein, so ist es nicht. Wenn das Buch in Ordnung ist, könnten Sie als Vater. (Abg. Dr. Heidinger: „Dann kommen die Lehrer und sagen, nehmen Sie doch die Bücher!“) Dann sind Sie der gleichen Wegwerfmentalität, wenn Sie das mitmachen. Ich könnte mir vorstellen, daß man dieses Buch eben wenn man 4 Kinder, wie der Herr Kollege Stoisser hat — ich habe auch 4 Kinder, davon sind zwei im Gymnasium — weitergibt. Kein Lehrer kann mich, wenn das Buch den Anforderungen entspricht, zwingen, daß ich diesen Gutschein annehme und einlöse, nur um zwei gleiche Bücher daheim zu haben. Niemand, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Kollmann: „Den Gutschein bekommen Sie gar nicht in die Hand!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Das besorgt doch der Lehrer für die ganze Gruppe!“) Schauen Sie, da sind Sie wieder einmal falsch (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich habe auch Kinder in der Schule, die Bücher werden in der Schule ausgeteilt!“) Der Lehrer macht es in Ihrem Auftrag, denn der Gutschein wird an die Eltern ausgefolgt und müßte an die Eltern ausgefolgt werden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nein! Das müßt ihr dem Sinowatz sagen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Wenn Sie sich Ihres Elternrechtes, Ihre Kinder mit Büchern zu versorgen, begeben, dann ist das Ihre Angelegenheit. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Eichinger: „Hilflos seid ihr daneben!“ — Landesrat Peltzmann: „Ich kenne mich nicht mehr aus. Heidinger, was stimmt wirklich?“) Was ich gesagt habe, stimmt. Natürlich stimmt das, was ich gesagt habe. Sie werden wohl nicht annehmen, daß ich das Hohe Haus belüge. Das werden Sie wohl nicht annehmen. (Abg. Ing. Turek: „Das soll ja vorkommen!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sehr gut!“) Leider, und da gebe ich Ihnen recht, hat sich eine Mentalität entwickelt, die tatsächlich zum Wegwerfen neigt, ohne sich des Wertes dieses Buches zu besinnen. Meine Herrschaften, das ist eine Erziehungsaufgabe, die wir noch zu leisten haben. (Abg. Dr. Heidinger: „Wir haben vorgeschlagen, daß man Schulbüchereien für die macht, die sie brauchen. Das ist ja vom Herrn Minister abgelehnt worden!“) Ich muß noch eines zu den Büchern sagen. Es ist schade, daß er sie weggeräumt hat. Ich hätte sie gerne hier einzeln aufgeblättert. (Abg.

Ing. Stoisser: „Ich bringe sie wieder her!“) Da gibt es sicher einige Bücher, bei denen es nicht zumutbar ist an andere Kinder weitergegeben zu werden. Das, was hier geschehen ist, ist ein Bausch-und-Bogen-Verdammen einer guten Einrichtung. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Eichinger: „Das nützt euch alles nichts!“)

Ihre Debatte und die Debatten des heutigen Vormittags haben bewiesen, daß Schul- und Bildungsfragen nicht in einem politfreien Raum gelöst werden können. Diese Dinge sind sehr politisch und stehen sogar im Mittelpunkt parteipolitischer Fragen. Ich kann mir das schon vorstellen, denn mit der Bildungspolitik, die wir bereit sind, zu finanzieren zum Unterschied von anderen Parteien, die zwar 1962 die Schulgesetze mitbeschlossen haben, aber dann nicht bereit waren, zu finanzieren, ja gegen den eigenen Minister ein Volksbegehren eingeleitet haben. Letztlich, lesen Sie das Buch vom Herrn Doktor Piffel-Percevic, der sagt Ihnen alles in Zuspruch und Widerspruch, wo er Ihre Einstellung zur Finanzierung einer Bildungspolitik eigentlich in Grund und Boden hinein verdammt. (Abg. Schrammel: „Die Heidinger-Show!“) Warum haben Sie, meine Damen und Herren, nicht einen Schulbus hereingeschleppt. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist genauso ein Blödsinn!“) Also das ist genauso ein Blödsinn. Da müßte sich nur die ÖVP intern einmal einig werden, denn der Herr Kollege Lackner ist vor wenigen Tagen hier am Rednerpult gestanden und hat beredete Klage darüber geführt, daß die Schulbusfahrten nicht in jenem Ausmaß finanziert werden, wie er sich das im Hochgebirgsland oben vorstellt und gerne hätte.

Dazu eine andere Sache. In der Steiermark sind 16,4 Prozent der Schüler, aber für Schulbusfahrten werden mehr als 20 Prozent der Gesamtmittel, die in Österreich aufgewendet werden, verbraucht. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist eh klar!“) Ja, jetzt sagen Sie, es ist eh klar. Der eine sagt, ist eh klar, daß es finanziert wird. Der andere sagt, ist auch ein Blödsinn. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Sie müssen ihn ausreden lassen!“) Da gibt es in der ÖVP scheinbar Gräben, die zugeschüttet werden müssen.

Oder, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, warum haben Sie nicht jene 3000 Lehrer mitgenommen, die seit 1970 im steirischen Pflichtschuldienst mehr eingestellt wurden. (Abg. Ing. Stoisser: „Es sind ja mehr Kinder!“) Nein, eben nicht, lieber Herr Kollege Stoisser, sondern wir haben eines gemacht, erstens einmal den Lehrermangel behoben, wir haben den größten Lehrermangel von ganz Österreich gehabt, 3000 Lehrer haben in der Steiermark gefehlt, und Sie haben hier gegen die Dienstposten gewettert, weil sie vermehrt wurden. (Abg. Buchberger: „Das war der Strenitz!“ — Abg. Pörtl: „Der Strenitz war es!“) Sie haben gegen die Dienstposten in den vergangenen Jahren hier gewettert und es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der Lehrermangel, der damals war, behoben wurde. Es ist unbestreitbar, daß die Klassenschülerzahl im Durchschnitt von 30 auf 25 und 26 herabgesunken ist. (Präsident Feldgrill: „Wo?“) Da könnte ich Ihnen den Herrn Präsidenten als Zeugen anführen. Schauen Sie sich die Statistik an. Die Durchschnittsklassenschülerzahl in der Steier-

mark bewegt sich zwischen 25 und 26 Schülern. (Abg. Marczik: „Aber nicht wegen des Teilens! Das ist ein Unsinn!“)

Die Klassenschülerhöchstzahlen, die 1970 noch zu 28 Prozent überschritten wurden, sind heute in der Steiermark ein zu vernachlässigender Prozentsatz, längst vorbei. Dann kommen Sie, Herr Kollege Turek, und sagen, das ist eine kümmerliche Qualitätspolitik dieser Regierung, nur Quantität. Ja, wenn Sie nicht wissen, Herr Kollege, daß ein Unterricht optimaler geleitet werden kann, wenn die Klassenschülerzahl nicht über 40 und 50, wie wir es seinerzeit erleben mußten, steigt. (Abg. Ing. Turek: „Meine Kinder gehen noch in 42-Schüler-Klassen!“) Ja Moment, ich rede auch von der Durchschnittschülerzahl, die müssen Sie sich einmal anschauen. (Abg. Ileschitz: „Das ist genauso wie früher!“ — Abg. Ing. Turek: „Ich schaffe Gesetze und habe keine Möglichkeit, das zu beeinflussen! Reden Sie doch nicht von Qualität!“) Herr Kollege Turek, Sie sind nicht der Maßstab aller Dinge, das möchte ich auch einmal dazu sagen. Aber eines steht sicherlich fest. (Abg. Ing. Turek: „Reden Sie doch nicht von Qualität!“) Wollen Sie den Landesschulrat der Lüge bezichtigen? (Abg. Ing. Turek: „Was heißt Durchschnitt?“) Sie haben doch vom Land Steiermark ein Buch über die Schulstatistik in der Steiermark bekommen. (Abg. Ing. Turek: „Eine kümmerliche Schulpolitik habe ich im allgemeinen aufgezeigt, weil Gesetze geschaffen wurden, ohne gleichzeitig Voraussetzungen dafür zu schaffen!“) Sie haben nicht hineingeschaut. Wer meint, daß die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen keine Qualitätssteigerung ist, der weiß erstens über das Schulleben in der Steiermark nicht Bescheid oder will den Lehrern ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Ich weiß nicht, welches von beiden Sie sich jetzt aussuchen wollen. (Abg. Loidl: „Turek, du mußt das Buch einmal abschreiben!“ — Abg. Ing. Turek: „Auch darüber könnte man den Lehrern wirklich ein schlechtes Zeugnis ausstellen!“ — SPO: „Na, na!“) Herr Kollege Turek, ich bin weit davon entfernt, Ihre Qualitäten als Techniker zu klassifizieren. Aber ich bin gerne bereit, Ihnen einmal meine Dienstbeurteilung zu zeigen. (Abg. Ing. Turek: „Sie reden ja als Lehrer da, ich rede nicht als Techniker!“) Sie haben mich gerade als Lehrer qualifizieren wollen. Erstens einmal steht es Ihnen nicht zu, zweitens haben Sie keine Qualifikation um mich zu qualifizieren und drittens würde ich sagen: Lassen Sie das. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Schauen Sie, meine Damen und Herren, alle diese Maßnahmen. (Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: „Herr Abgeordneter Heidinger, einen Moment muß ich Sie unterbrechen! Ich verfolge zwar mit Vergnügen eine moderne Neuinszenierung der „Schlimmen Buben“ von Nestroy, mit einem geplagten Lehrer an der Spitze, aber ich würde die Schüler bitten, doch vielleicht mit dem Schwätzen aufzuhören — Ich bitte, Herr Lehrér, fortzufahren!“ — Allgemeiner Beifall. — Heiterkeit.)

Herr Präsident, meinen herzlichsten Dank für Ihre Schützenhilfe, die Sie mir dabei geleistet haben. Aber ich weiß eben, um die Beseitigung von Bildungsbarrieren, das hat ja stattgefunden mit der

Schulbuchaktion, mit der Einführung der freien Schulfahrt. Haben Sie eigentlich schon einmal überlegt, daß mit der Einführung der freien Schulfahrt auch regionale Unterschiede ausgeglichen werden können. Wissen Sie, daß zum Beispiel in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern ungefähr 36 Prozent einer höheren Bildung zugeführt werden können und in den Städten mit weniger als 10.000 Einwohnern, eine Statistik aus dem Jahr 1974 besagt das, nur ungefähr 9 Prozent einer höheren Bildung zugeführt werden können. Ja, warum hat man denn diese Schulbusfahrten eingeführt? Doch nur, um diese regionalen geographischen Barrieren, die naturbedingt sind, auszugleichen. Sie mußten zum Beispiel alle jene Schulbauten hier als Gag in das Hohe Haus hereinstellen, die in den Jahren von 1971 bis zum heutigen Tage in der Steiermark errichtet wurden. Wissen Sie, daß in den letzten sieben Jahren in der Steiermark mehr Bundesschulbauten errichtet wurden, als in 25 Jahren zuvor? Da wollen Sie nun mit einem Gag die ganzen Einrichtungen abtun. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „18 Schulen!“) Es stimmt, der Herr Referent wird Ihnen bestätigen, daß es stimmt. Ich weiß nicht, was da so unangenehm ist, daß in der Steiermark in den letzten Jahren mehr Schulen gebaut wurden als je zuvor. Das ist eben die positive Einstellung dieser Bundesregierung zum Schulbau an und für sich. Das sind Milliardenbeträge, die in die Steiermark geflossen sind. Beginnen Sie einmal darüber nachzudenken, wieviele Schulzentren — ich will nicht davon reden, wieviele schon fertig sind — momentan in der Steiermark im Bau sind oder in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden. Schauen Sie sich das Zehnjahresschulbauprogramm dieser Bundesregierung an. Dann wollen Sie, ich muß es noch einmal sagen, das mit einem einfachen Gag hinwegwischen. Ich glaube Ihnen schon, meine Damen und Herren, daß einigen von Ihnen, ich hoffe nicht allen, das Beseitigen von Barrieren und das weniger Privilegiertsein von unterprivilegierten Schichten unangenehm ist. (Abg. Dr. Eichinger: „Ein armer Hascher!“) Warum bin ich denn da ein Hascher, Herr Kollege? Herr Kollege, warum kritisieren Sie dann jede Einrichtung, die in den letzten 7 Jahren von dieser Bundesregierung gesetzt wurde, wenn es Ihnen angenehm ist, dann müßten gerade Sie, Herr Kollege Eichinger als Lehrer auch das entsprechende Verständnis dafür aufbringen. Aber Sie sind hier in den Sog der allgemeinen OVP-Meinung miteinbezogen. (Abg. Dr. Eichinger: „Geh, hör auf! Ich werde die Antwort geben!“) Es wäre viel vernünftiger, wenn man gewisse Dinge emotionsloser sehen würde. Zum Beispiel: Mein Namensvetter, der Herr Kollege Heidinger und auch darnach der Herr Kollege Turek haben sich nicht besonders über die Gesamtschule geäußert. Ich bemerke mit Vergnügen, daß im Finanzausschuß ein Resolutionsantrag angenommen wurde, der besagt, daß der Schulversuch, der seit 1971 auf Grund des Schulorganisationsgesetzes möglich ist, integrierte Gesamtschule mehr eingeführt wird als bisher, daß das Klima und die Möglichkeit dafür geschaffen wird.



Schauen Sie, ich bin weit davon entfernt, zu sagen, daß die integrierte Gesamtschule die beste Schulform ist. Das haben die Schulversuche gezeigt: Ich bin aber doch bereit, festzustellen auf Grund dieser Schulversuche und auf Grund der Ergebnisse dieser Schulversuche zu sagen, daß er besser ist als die derzeitige Regelschule. (Abg. Ing. Turek: „Das heißt aber, daß dort auch motivierte Lehrer sind, die wirklich mit Freude hingehen und daß das Elternhaus gut ist und daß alle mittun. Stimmt das?“ — Präsident: „Das wird zu lang für einen Zwischenruf!“ — Abg. Brandl: „Das ist ja ein Korreferat! Wer redet jetzt, der Heidinger oder der Turek?“) Nein. Ich weiß ja, was Sie vormittag gesagt haben. Sie haben vormittag gesagt, daß der Schulversuch nur deswegen positiv verlaufen ist, weil hier besonders engagierte Lehrer, besonders engagierte Eltern sich dem Schulversuch widmen. Es werden zur Durchführung dieses Schulversuchs keineswegs besonders motivierte Lehrer in einer bestimmten Schule — (Abg. Ing. Turek: „Das ist in Wien erfolgt!“ — Abg. Ileschitz: „Jetzt redet er sich auf Wien aus!“) Mag sein, aber nicht in der Steiermark. Ich rede von der steirischen Schulpolitik. Ich weiß ja nicht, warum Sie immer von Wien reden. Bei uns in der Steiermark ist es so, daß meistens in Lehrerkonferenzen beschlossen wird, diesen besonderen Schulversuch durchzuführen. Da wird nicht hin und her versetzt, sondern das Kollegium, die Lehrerkonferenz beschließt das. Der Antrag wird vom Landesschulrat genehmigt und dann wird dieser Schulversuch dort durchgeführt. Es wird nicht darauf geachtet, daß besonders motivierte Lehrer hier tätig sind oder eine besondere Auswahl von Schülern getroffen wird, die dann an dieser Schule unterrichtet werden. Es sind eben Lehrer und Schüler, wie sie sich in einem Ort getroffen haben.

Eines müssen wir sicherlich feststellen, wenn wir uns das ganz emotionslos vor Augen führen. Wenn wir sagen, die gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen — oder der Schulpflichtigen, dann wird zumindest eines erreicht fürs erste einmal. Die Berufswahl, die Hinlenkung erfolgt nicht mit 10 Jahren, wo man die Neigung und die Wünsche des Schülers überhaupt nicht berücksichtigt, sondern mit 14 Jahren. Es ist eben die gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen noch immer die Schule der Schulpflichtigen. Das ist sicherlich eine positive Seite. Eine zweite Seite. Ich will mich sicher über den Schulversuch nicht verbreitern, aber einige Dinge muß man dazu sagen, wenn die Dinge so heruntergemacht werden, wie es hier ab und zu geschieht.

Hier habe ich einen Artikel eines Lehrers. Der Kollege Lind ist nicht da, aber der Kollege Pörtl kennt ihn sicher, den Hauptschuloberlehrer Josef Wallner, der keineswegs der Sozialistischen Partei auch nur irgendwie nahesteht. Er schreibt hier von der Mißgeburt der zweistufigen Hauptschule. (Abg. Lackner: „Das ist auch richtig!“) Das ist sehr arg ausgedrückt. Eines ist sicherlich gegeben. Wer einmal in dem derzeitigen Hauptschulsystem — erster, zweiter Klassenzug — eingestuft ist, hat es schwer. Der Abstieg vom ersten in den zweiten Klassenzug ist sehr leicht möglich, aber die Durchlässigkeit vom zweiten in den ersten Klassenzug ist schon fast

nicht mehr möglich. Statistiken, Schuluntersuchungen haben ergeben — das auch nicht aus Bosheit der Volksschullehrer —, daß 38 Prozent der Schüler, die in den zweiten Klassenzug eingestuft wurden, in der differenzierten Hauptschule — so ist es tatsächlich, in den ersten Klassenzug aufgestiegen sind.

Den Kindern diese Möglichkeit zu eröffnen, diese Möglichkeit der Förderung, die mit der Gesamtschule verbunden ist, das kann ich nur als Positivum bezeichnen. Natürlich, woran scheitert es? Ich sage es ganz offen. Manchmal — der Kollege Wallner schreibt es hier — am Nichtverstehen der Lehrer, vor allem der Mittelschullehrer, die meinen, sie würden degradiert werden, wenn sie an einer integrierten Gesamtschule unterrichten. Das war das eine. Ich könnte ihnen den Artikel vorlesen. Ich tue es nicht. Aber eines ist sicherlich dabei gegeben, daß mit Hilfe des Förderunterrichtes, mit Hilfe der Differenzierung in der Hauptschule ein höheres Bildungsniveau erreichen, als es derzeit möglich ist.

Bitte kein Mißverständnis, aber doch ein ernst zu nehmendes Wort zur sozialen Integration. Denn daran stößt man sich auch sehr oft. Man müßte doch verstehen, daß in dieser gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen, in der sich alle sozialen Schichtungen tummeln — ich will es positiv formulieren —, es für den Bauern- oder Arbeiterbuben doch ein Vorteil sein kann, wenn er mit den jetzt in der AHS befindlichen Kindern von höher privilegierten Eltern sich in einer gemeinsamen Schule bewegen kann. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „High society!“) Glauben Sie nicht, daß das auch ein Lernprozeß fürs Leben ist? Ich glaube es. Ich bin der Meinung, man sollte die Frage der integrierten Gesamtschule etwas emotionsloser betrachten, noch dazu wo die Einführung dieser Gesamtschule als Regelschule ohnehin nur über eine Zweidrittelmehrheit durch die Schulgesetzgebung möglich ist. (Abg. Jamnegg: „Aber in Wien wurde diese soziale Situation nicht bedacht!“)

Ich weiß es. Ich sage ja deswegen ein ernstes Wort dazu. Es kann doch niemand an seiner Seele Schaden nehmen, wenn hier Arbeiterkinder, Bauernkinder und alle anderen, die es noch gibt, sich gemeinsam in einer Schule bewegen. Das kann doch für das künftige Leben, meiner Meinung nach, nur von Vorteil sein. (Abg. Ing. Turek: „Gibt es heute Privilegien in den AHS?“) Sie liefern mir ein Stichwort mit der AHS. Weil Sie vorhin Graz angeschnitten haben, wissen Sie, daß in Graz jährlich etwa 10 bis 11 Klassen an den Hauptschulen bereitgestellt werden müssen, um die Abgänger aus der ersten und zweiten AHS-Klasse wieder in die Hauptschule aufzunehmen. Da muß doch etwas falsch sein. (Abg. Ing. Turek: „Vielleicht sind sie nicht geeignet! Wir sind uns einig, daß es keine sozialen Motive sind!“ — Abg. Preamberger: „Verflixt, das stimmt ja nicht!“) Weil es jenen Förderunterricht in jenem Ausmaß, wie wir ihn uns in der Gesamtschule vorstellen, eben in der AHS nicht gibt. Da brauchen wir nicht viel herumreden. Schauen Sie sich die Statistik an, schauen Sie sich die Herkunft der Schüler an, die die AHS besuchen, dann werden Sie gleich merken, ob es an der AHS eine soziale Integration gibt oder nicht. Ich sage Ihnen auf Grund

der Schulstatistik, daß es dort keine soziale Integration gibt. Das ist aber gar nicht künstlich herbeigeführt, das möchte ich gleich sagen. Hier drängt niemand den einen oder anderen in die oder jene Schulgattung, sondern das ist einfach vielleicht auch so zu verstehen, daß Eltern mit höherer Schulbildung — auch das möchte ich sagen — mehr Bildungsbereitschaft zeigen, als Eltern mit weniger Schulbildung. Das ist die Ursache unserer Misere, daß so wenige Arbeiter- und Bauernkinder echt sich in den höheren Schulen befinden.

Ich würde Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend sagen, wir Sozialisten haben in jenen Fakten und Taten, die wir in den letzten 7 Jahren gesetzt haben, gezeigt, daß wir durchaus bereit sind, einerseits die materiellen Barrieren, die es gibt, abzubauen und andererseits, daß wir damit gezeigt haben, daß wir bereit sind, die Bildungspolitik zu finanzieren. Ich glaube, daß wir damit unserer Gesellschaft, unserer Republik, unserer Bevölkerung einen großen Dienst erwiesen haben. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Nigl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Nigl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einer echten Diskussion folgend, wäre es jetzt natürlich verlockend, auf eine Reihe von Dingen, die der Herr Kollege Heidinger angeführt hat, einzugehen, aber — (Abg. Gerhard Heidinger: „Zum Beispiel, warum so viele Landarbeiterkinder nicht einer höheren Bildung zugeführt werden!“) Das könnte ich auch in einer längeren Abhandlung Dir durchaus nahebringen, aber wir haben ja von uns aus eine beachtliche Förderung eingeführt, um das zu verändern. (Abg. Brandl: „Nein, das bringt nichts!“) Aber das hängt z. B. auch mit Distanzen und Überwindung von Entfernungen zusammen und dergleichen mehr.

Ich glaube, es ist zunächst einmal — darauf möchte ich doch eingangs eingehen — ein bißchen zu einfach, sich da herauszustellen und zu sagen, man kann über die Schulbücher noch darübersteigen, usw. Ich glaube, man muß den Kollegen, Ing. Stoisser hier richtig verstehen. Er hat sich ja nicht prinzipiell gegen die freien Schulbücher gewendet. Nur, wenn er einen Sparappell in diesem Zusammenhang ausspricht, dann soll man sich nicht über diesen Sparappell mit einem Gag hinwegsetzen und so tun, als ob das eine Sache ist, über die man mit dem Schnellzug darüberfahren kann. Wenn die Bücher aufgestapelt worden wären, ich glaube das wäre sicher nach meiner Schätzung ein Stapel von eineinhalb oder 1,80 Meter. Daher glaube ich, sollte man das ernst nehmen und überlegen, zumal ja der Herr Unterrichtsminister verantwortlich ist, ob nicht durch andere Formen dieser Schulbuchaktion einer Meinung aus der breiten Öffentlichkeit Rechnung tragend, wirklich gespart werden könnte und sollte. Nicht das man da einfach etwas anderes im Zusammenhang mit Schulbau erwähnt, was der Stoisser gar nicht gesagt hat, nebenbei bemerkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber wenn wir schon zum Bauen kommen, dann möchte ich gerade im Zusammenhang mit Graz und mit Äußerungen, die beim Landesparteitag der SPO gefallen sind, ein paar Bemerkungen machen. (Abg. Dr. Strenitz: „Gut, daß wir den gemacht haben, sonst hättet ihr jetzt nichts zu reden!“) Lieber Kollege Dr. Strenitz, fast habe ich darauf gewartet, daß Sie einen Zwischenruf tun. (Abg. Preamberger: „Sage es gleich, Du hast darauf gewartet!“) Ich habe mir gewünscht, daß Sie es nicht tun. Ich sage Ihnen auch warum. Ich habe mir Vormittag, als Sie hier die Generalrede gehalten haben, einige Male auf die Zunge gebissen. (Landesrat Bammer: „Aber nur wegen des Klubbeschlusses!“ — Abg. Brandl: „Das hast du ja nie getan!“) Ich sage Ihnen auch warum.

Ich gehöre diesem Haus seit dem Jahre 1965 an und es ist heute das 13. Budget, das ich hier mitmache. Werten Sie es wie Sie wollen, aber ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich habe noch nie in diesen 13 Jahren eine Generalrede eines sozialistischen Abgeordneten gehört, die so von Herausforderung, von Provokation, von Zynismus, von ätzenden Bemerkungen angefüllt war, als Ihre Rede heute. Beinahe habe ich den Eindruck gehabt, das soll die Stunde der Wiedergeburt einer neuen Form des Klassenkampfes sein. Ich würde mir das nicht wünschen, Herr Kollege Dr. Strenitz, (Beifall bei der ÖVP.) daß so etwas geschieht.

Wir haben in den verschiedensten Formen vereinbarte oder stille Koalitionen und haben uns gegenseitig geschworen nach 1945 Zusammenarbeit und Mitarbeit, Miteinander und Füreinander und nicht Gegeneinander. Aber das ist eine Form, Herr Kollege Dr. Strenitz, die ich als herausfordernd, als penetrant empfinde. Ich halte Ihnen zugute, daß Sie noch jung sind und sich Ihre Sporen verdienen wollen. (Abg. Fellingner: „Dem Dr. Dorfer seine Reden sind nicht so?“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Ich kenne nur einen, der noch böshafter war, der Bosnigl!“) Rufen Sie mir nicht dazwischen. Ihr habt ja selbst das Gefühl gehabt, daß das danebengegangen ist, sonst hättet ihr ja öfter und stärker applaudiert. (Beifall bei der ÖVP.) Machen wir uns nichts vor. (SPO: „Aber, aber!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Die Reaktion Ihrer Klubfreunde hat auch nicht besser ausgeschaut!“)

Wenn ich mir eine Rede wörtlich formuliere und wochenlang Zeit habe, darüber nachzudenken, was ich da in der Generalrede sagen werde, weil die Rede — mit einer Sperrfrist ausgestattet — ohnedies der Presse zur Verfügung steht, bevor ich sie hier halte, dann überlege ich mir, was ich sage. Wenn ich mich hier herausstelle und frei rede und das gestehe ich jedem zu, dann kann es auch passieren, daß in der Hitze des Gefechtes etwas herauskommt, was einem vielleicht hinterher leid tut, aber bei der geschriebenen Rede muß man meiner Meinung nach nicht einen solchen Tonfall ansetzen, zumal es genügend Anlaß gäbe darüber nachzudenken, wo man selbst Fehler gutmachen könnte, die im eigenen Haus passiert sind. Mehr will ich dazu gar nicht sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun ein paar Bemerkungen zum Schulbau in Graz, denn Graz war ja auch ein solches Wahlziel in der

Budgetrede. (Abg. Preamberger: „Kollege Nigl, wir haben aber auch von euch schon Worte gehört, die auch schockierend waren!“) Zunächst etwas Positives zum Schulbau in Graz. Wir haben gerade im Jahr 1977, ich nehme an, daß allgemein bekannt ist, daß wir seit der Jahrhundertwende in Graz den Wechselunterricht gehabt haben, diesen Wechselunterricht im Jahr 1977 zur Gänze beseitigen können. Eine Tatsache, die auch dadurch lösbar geworden ist, daß die Stadt Graz und das Land Steiermark gemeinsam im heurigen Jahr 70 Millionen Schilling eingesetzt haben, um dieser Misere ein Ende zu bereiten im Bereich der Volksschulen und Sonderschulen. Ich will nicht wiederholen, was ohnedies in den Tageszeitungen gestanden ist in diesem Zusammenhang. Das wäre das Positive. Das Negative für Graz, ich möchte das nicht deswegen erwähnen um den Bautenminister eins aufs Zeug zu flicken, ist die Tatsache, daß wir bei den Bundesschulen eine solche Beseitigung des Wechselunterrichtes noch nicht feststellen können. (Landesrat Bammer: „Warten, bis weniger Kinder sind!“) Das hat nichts mit zu wenig und zu viel Kindern zu tun, Herr Landesrat Dr. Bammer. (Landesrat Bammer: „Entschuldigen Sie, ich habe in der Hauptschule Mathematik gelernt, ich bin kein Doktor!“) Ist egal, Sie bekommen ihn von mir jetzt h. c. (Landesrat Bammer: „Humoris causa, wird angenommen!“) verliehen, Sie haben jetzt ohnehin mit Spital zu tun, bekommen Sie den Doktor h. c. ist ja nicht so schlimm, im Spital können Sie es vielleicht ohnehin brauchen.

Ich möchte sagen, daß für das Bautenbudget des Bundes immerhin vorgesehen ist, daß für eine Reihe von ursprünglich beabsichtigten Bauten, Neubauten oder Umbauten, eine beträchtliche Budgetkürzung für das nächste Jahr vorgesehen ist. Soweit so gut, das kann durchaus eintreten. Wir haben ja auch im Landesbudget in einer Reihe von Ansätzen zurückstecken müssen, weil man sich nach der Decke strecken muß, auch einzusehen, in Ordnung. Nur glaube ich, das ist meine persönliche Meinung und gehört meiner Auffassung nach auch zur Glaubwürdigkeit und zum Stil eines Politikers, man soll entweder so ehrlich sein, von Haus aus zu sagen, wir haben nicht mehr Geld und können daher im nächsten Jahr dieses nicht vorsehen. Dann darf man sich aber auf einem Landesparteitag nicht hinstellen und seinen Freunden in der SPO weismachen, daß das doch anders sei oder man muß zumindest den Mut haben zu sagen, bitte sehr, wir müssen aus irgendwelchen Gründen zurückstecken, weil die Einnahmen nicht in dieser Größenordnung hereinkommen, wie wir sie für das nächste Jahr brauchen. Ich glaube, Ehrlichkeit und Mut sind auch Voraussetzungen, die den Politiker auszeichnen sollten, auch wenn er sonst ein sympathischer Bursch ist. In dem Fall meine ich den Minister Moser. Er hätte es sicher nicht notwendig gehabt, zu kaschieren und zu sagen, daß die Dinge anders sind, als sie in Wirklichkeit budgetmäßig vorgesehen sind. Das ist das Negative.

Ich glaube daher, daß man bei einer solchen Gelegenheit sagen sollte, daß man für ein Budget eben nicht die Mittel einsetzen kann, die man brauchen würde. Ich denke an die Ortweinschule oder an die

Handelsakademie II, die schon lange aus dem Gebäude der Handelsakademie I herausmöchte, weil überall zu wenig Raum ist und weil die Schulen aus den Nähten platzen und weil Wechselunterricht ist, der für die Schüler auch nicht angenehm ist. Aber dann soll man das sagen und dazu stehen. Man soll nicht versuchen, die Öffentlichkeit zu täuschen, sondern den Mut haben, einzubekennen, so ist es und nicht anders. Dazu würde ich in Richtung Wien aufrufen. (Beifall bei der OVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Nigl, sind Sie bereit, Listen der Grazer Schulen zu verlesen!“ — Abg. Nigl: „Sicher!“)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Preamberger:** Hohes Haus! Werte Damen und Herren!

Wenn ich nur ein wenig zurückblende — ohne irgendwie aufgeputscht zu sein wegen dieser Bücheraktion —, dann darf ich etwas in Erinnerung rufen. Ich hatte das Pech, daß ich in einer Zeit, wo ich nicht gerade sehr viel verdient habe, für meinen Sohn die Bücher selbst kaufen mußte, als er ins Gymnasium gegangen ist. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ein Ärgerniserreger war für mich nicht nur die Geldausgabe, sondern, daß man die Bücher jährlich oder alle zwei Jahre einer Änderung unterzogen hat. Ich mußte also immer wieder gezwungenermaßen neue Bücher kaufen. Es war für mich immer eine Belastung, denn es sind Tausende von Schillingen gewesen, die ich für diesen Zweck ausgeben mußte. (Abg. Dr. Eichinger: „Er muß ja jedes Jahr neue Bücher haben, jetzt bist du eingefahren!“) Ich möchte hiermit eines sagen. Wenn gerade Lehrer diese gute Einrichtung in den Schmutz ziehen wollen, dann kann ich nur den Appell an sie richten, daß sie die Erfahrungswerte, die sie im Bereich Ihrer Schulen sammeln, auch dann weitergeben. Die Lehrer könnten hier auf diesem Gebiet am meisten behilflich sein. Im Grunde genommen, ist es eine echte Familienhilfe, daß nun nicht mehr die Bücher von der Familie selbst gekauft werden müssen. (Abg. Ing. Stoisser: „Das wurde nicht bestritten.“)

Aber ich spreche zur Berufsausbildung und ich darf ihnen eines sagen. Ich habe gerade vorher bei einem Gespräch darauf hingewiesen, weil der Kollege Turek heute auch über die Lehrlingsausbildung in seiner Generalrede gesprochen hat. Es wurde gesagt, daß die Lehrlinge und die jungen Menschen, die einen Lehrberuf ergreifen, sich zurückgesetzt fühlen, gegenüber den jungen Menschen, die das Glück oder die Voraussetzung haben, höhere Schulen zu besuchen. Diese gehen aber als Studenten auch einen sehr schweren Weg und haben, wenn sie fertig sind, mit Schwierigkeiten zu rechnen, weil sie nicht wissen, ob sie eine dementsprechende Stelle finden werden.

Ich kann mit Stolz darauf hinweisen und habe immer wieder Achtung vor den jungen Menschen im Betrieb, wenn man sieht, mit welchem Pflichtbewußtsein diese Jungen hier den Beruf erlernen und welche Ergebnisse bei den Prüfungen erzielt werden. Man kann mit Recht auf diese Jugend stolz

sein. Sie sind auch gar nicht gedrückt. Sie sind sich darüber im klaren, daß ein guter Facharbeiter vielleicht in Zukunft sehr groß gefragt sein wird. Wir erleben es in gewissen Sparten, trotz Arbeitslosigkeit, auch in Amerika.

Diese Berufsausbildung hängt natürlich von der Entwicklung der Wirtschaft ab. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt in unserer Wirtschaft zwingt uns Vollautomatisierung in der Produktion auf, um die Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten. Es hat auch die alteingesessene Finalindustrie, wie Sie, Herr Abgeordneter Fuchs mit Recht gesagt haben, am Weltmarkt mit äußerst großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Erzeugnisse abzusetzen — so wie auch unser Betrieb, der 125 Jahre alt ist. Auch hier in dieser Finalindustrie gibt es in der letzten Zeit sprunghafte Entwicklungen, die uns natürlich und unseren Leuten in den Werkstätten echte Sorgen bereiten.

Diese Anforderungen, die heute von der Gesellschaft und von der Wirtschaft an unsere Jugend gestellt werden, sind höher. Das erfordert natürlich eine gute Ausbildung. Das bedeutet nicht nur eine Arbeitsplatzsicherung; eine Aufstiegsmöglichkeit ist damit automatisch gegeben.

Aber schauen Sie, die Produktivitätssteigerung in den verschiedenen Sparten unserer Wirtschaft hat alte Berufe verschwinden lassen und neue sind entstanden. Wir müssen uns dieser Situation zeitgerecht anpassen. Mit Recht wird von Fachleuten an unsere Jungen immer wieder der Appell gerichtet, sie müssen damit rechnen, wenn sie einen Beruf erlernen und wenn sie sich dann spezialisiert haben auf gewissen Gebieten, daß es im Laufe ihres Lebens notwendig sein wird sich umzustellen. Das heißt wir müssen sehr daran interessiert sein, daß unsere qualifizierten Fachkräfte eine Breitenausbildung erfahren, die ihnen dann eine Anpassung in der Spezialisierung leichter macht. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Weiterbildung!“) Dazu komme ich gerade. Die aktive Arbeitsmarktpolitik und die zukunftsorientierte Berufsausbildung bedürfen auch einer ganz modernen Berufsbildung. Ich habe mir das notiert, weil das auch für die Erwachsenenbildung ein wichtiger Faktor ist. Das ist eine Voraussetzung, daß man in dieser schnelllebenden Welt überhaupt bestehen kann.

Derzeit sind in Österreich 70.000 Meister und Gesellen für eine Ausbildung befugt. Eine Reform der Lehrlingsausbildung wird natürlich angestrebt. Die Gewerkschaftsjugend hat seit 1945 immer wieder eine bessere Berufsausbildung gefordert. 1964 begannen die ersten Verhandlungen. Sie haben Jahre gedauert und 1969 kam es zu einer Kompromißlösung. Viele zum Teil berechnete Wünsche waren nicht berücksichtigt, daher wurde die Aktion 1975 gesetzt. Sie hat nicht immer Freude ausgelöst bei Ihrer Seite. Man versuchte, gewisse Forderungen noch in die Tat umzusetzen. Das Berufsausbildungsgesetz vom 1. Jänner 1970 steht nun vor einer Novellierung. Die wesentlichsten Bestimmungen sind bereits in den höchsten Gremien der Sozialpartner praktisch geregelt. Es ist und das bestreite ich nicht, eine typische österreichische Kompromißlösung. Es ist für mich aber ganz unverständlich, daß

die ÖVP-Regierungsmitglieder hier Bedenken geäußert haben. Mir wird dann der Landesrat Peltzmann darauf eine Antwort geben, warum — wieso. Wollen Sie das hinauszögern oder wollen Sie berechnete Wünsche, die in diesen obersten Gremien abgesprochen sind und eine Einigung erzielt wurde, verhindern? Welche Dinge haben Sie dazu veranlaßt? Schauen Sie, die Entwicklung des Berufsausbildungssystems ist natürlich eine Voraussetzung zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit und mit Recht glaube ich sagen zu dürfen, daß es niemand in diesem Haus gibt, der sich eine Jugendarbeitslosigkeit in Österreich in diesen Ausmaßen wünscht, wie es in anderen Industriestaaten praktisch schon gang und gäbe ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber, Herr Peltzmann, wenn es am System läge, warum sind denn dann am wenigsten Lehrlinge gerade in der verstaatlichten Industrie? Das ist doch keine Systemfrage! Das ist ein Unsinn, was Sie da reden!“) Herr Dr. Dorfer ich komme noch dorthin und ich werde Ihnen noch sagen. (Abg. Kohlhammer: „Na, ein Unsinn!“ — Landesrat Bammer: „Wählen Sie sich andere Worte aus, mein Herr!“ — Abg. Doktor Dorfer: „Sie, Herr Abgeordneter Kohlhammer, reden auch oft einen Unsinn!“)

Herr Dr. Dorfer, ich möchte herausstreichen, daß mit Recht verlangt wird, daß eine berufsbezogenere Ausbildung bereits in den Grundschulen einsetzen soll, daß Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsausbildung sowohl in den einzelnen Betrieben und Lehrwerkstätten durchgeführt werden und daß man die Betriebe, die sich bereit erklären Lehrlinge aufzunehmen, auch durchleuchtet, ob sie die Voraussetzung haben, überhaupt Lehrlinge auszubilden. Ist doch ein berechtigter Wunsch. Denn wo es zutrifft gibt es keine Diskussion. Daher ist auch die Ausbilderprüfung ein berechtigter Wunsch. Auch die Arbeitgeber haben sich nun dazu bekannt. (Abg. Dr. Dorfer: „Was nützt aber der ausgebildete Lehrling, wenn er dann nichts kriegt, so wie es heute in der verstaatlichten Industrie der Fall ist! Aufnehmen muß man sie!“)

Eine gute Facharbeiterausbildung ist nicht nur eine Kapitalanlage für den Betroffenen, sondern auch für die Wirtschaft. Denn der österreichische Export, ich habe schon am Beginn darauf hingewiesen, wird nicht mehr mit Massenproduktion sich behaupten können, oder mit den Halbfabrikaten, wie wir es in der Vergangenheit gewohnt waren, am Weltmarkt schöne Exporterfolge zu erzielen, sondern heute spricht man von der Verbesserung der Technologie, darüber kann man leicht sprechen, ist ein weiter und schwieriger Weg das zu erreichen, das heißt Qualitätserzeugnisse. Nur mit denen werden wir uns in Zukunft einen gewissen Anteil an diesem Exportmarkt sichern können. Der Vorwurf, den der Kollege Stoisser aus dem Gewerbe wegen der Berufsausbildung gemacht hat, daß das Gewerbe den größten Teil der Berufsausbildung übernimmt, besteht — (Abg. Dorfer: „Mehr als die Hälfte!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Seien Sie nicht immer so vorlaut!“) — lassen Sie mich ausreden, — der Vorwurf, daß die Industrie gewissen Verpflichtungen in der Wirtschaft nicht nachkommt, trifft zum Teil zu. Ich darf Ihnen eines sagen. Schon

1974, bevor die geburtenreichen Jahrgänge zu erwarten waren, haben wir als Personalvertretung in den Industriebetrieben verlangt, die Vergrößerung der Lehrwerkstätten und daß auch die Industrie gegenüber der Wirtschaft aus Solidarität Verpflichtungen an den Tag legen muß, nicht nur für sich Lehrlinge auszubilden, sondern Lehrlinge für die übrigen Zweige unserer Wirtschaft und nicht nur für den eigenen Bereich. (Abg. Dr. Dorfer: „Warum tut ihr es nicht, Herr Kollege Preamberger?“) Ich darf Ihnen sagen, ich habe keine geschriebene Rede, ich habe nur Stichworte, aber ich kann Ihnen eines sagen, ich habe das bereits festgehalten, weil mit dem habe ich schon wieder gerechnet, daß sie mir mit so einem Vorwurf kommen. Es gibt Industriebetriebe gerade hier im Wirtschaftsballungsraum Graz und Umgebung. Ich darf Ihnen ein paar nennen, die ihre Verpflichtungen nicht nur erfüllen, sondern darüber hinaus auch die berechtigten Wünsche unserer Jugend und die immer wieder vorgebrachten Wünsche, daß die Industrie mehr Lehrlinge einstellt, erfüllt. Das sind zum Beispiel die Puchwerke, die Maschinenfabrik Andritz, Waagner Biro. Denn wir bilden auch weit mehr Lehrlinge aus im Vergleich zu vielen anderen Industriebetrieben, die laut Kopf der Belegschaft dort ausgebildet werden müßten. Bedauerlicherweise gibt es noch Industriezweige, die man scheinbar erst wachrütteln muß, damit sie begreifen, daß unsere Jugend für die Zukunft so entscheidend für Wohlstand und Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft sind, daß es außer Diskussion steht.

Die geburtenreichen Jahrgänge haben uns natürlich vor eine Situation gestellt, mehr an Lehrstellen zu schaffen. 1976 waren es in Österreich ca. 79.000 Lehrstellen und bereits 1977 waren es 183.000 und man rechnet damit, daß wir 1978 186.000 Lehrstellen benötigen um die freiwerdende Jugend unterzubringen, denn wir können nicht daran interessiert sein, daß wir in einer Zeit der geburtenreichen Jahrgänge Hilfsarbeiter produzieren, sondern wir müssen daran interessiert sein, Vorsorge für die kommende Zeit zu treffen, wo es schwächere Jahrgänge gibt, daß wir dann die dementsprechend ausgebildeten Fachkräfte zur Verfügung haben. Denn die Statistik weist darauf hin, daß dann wieder eine Verringerung der geburtenreichen Jahrgänge sein wird. Von 1979 bis 1980 werden wir nur mehr 176.000 Lehrstellen brauchen. Was heißt nur? Es ist noch immer eine ziemlich große Anzahl. Der Mangel an Lehrstellen in gewissen Bezirken bereitet uns große Sorge. Dann komme ich auf etwas, wo der Kollege Stoisser — der heute in seinem Diskussionsbeitrag nicht gut aufgelegt war — ein paar Befürchtungen geäußert hat. In diesen Bezirken, wo es junge Menschen gibt aber keine Lehrstellen, wie Deutschlandsberg oder in der Südsteiermark, ist es doch begrüßenswert. Wenn man natürlich Wien als Beispiel nimmt, da gibt es mehr Lehrstellen als Lehrlinge. Aber hier in diesem Gebiet Deutschlandsberg hat über Aufforderung der Gewerkschaft das Berufsförderungsinstitut im Interesse der Möglichkeit den jungen Menschen eine Ausbildung dort zukommen zu lassen, in diese Situation eingegriffen, in dem dort eine zwischenbetriebliche Lehrwerkstätte gegründet wurde. Nicht weil Sie glauben, daß wir die

Lehrlingsausbildung verstaatlichen wollen, sondern nur — wir bekennen uns auch zu der dualen Ausbildung — weil es in den Bezirken eine echte Hilfe ist, diese jungen Menschen dort auszubilden. (Abg. Ing. Stoisser: „Was hilft diese zwischenbetriebliche Ausbildung wirklich? Das würde mich interessieren!“) Das werden wir dann noch sehen. Hier ist ein Beispiel geschaffen und wir werden die Ergebnisse im Laufe der nächsten Jahre kennenlernen und dann werden wir nochmals darüber diskutieren.

Vom BFI ist ein Kursprogramm erstellt, das im wesentlichen auf die aktuelle Wirtschaftslage in Österreich abgestimmt ist. Das BFI hat über 300 angeboten und es werden hier in der Erwachsenenweiterbildung Beispiele gesetzt, die der ganzen Wirtschaft zugute kommen, so z. B. kaufmännische Kurse, Facharbeiterausbildung, Kurse für Ausbilder. Begrüßenswert ist, daß erkannte Engpässe in der steirischen Wirtschaft, wie bei den Spenglern, mit Kurskursen praktisch überbrückt werden. Es werden dort Spengler in Kurskursen ausgebildet und wir dürfen auch nicht übersehen, daß auch Vorbereitungskurse im Baugewerbe, beim Schweißen durchgeführt werden, die uns für die Wirtschaft und die Jugend und den Arbeitnehmern zugute kommen.

Wir haben mit Stolz darauf hingewiesen, in der Steiermark 1976 einen Rekord an Unterbringung von Lehrstellen erreicht zu haben. Es waren damals über 33.000 und ich bin überzeugt, wenn auch die Zahlen noch nicht vorliegen, daß 1977 die 34.000 überschritten werden. Es ist auch begrüßenswert, daß es uns gelungen ist in der Steiermark weitgehend Lehrlinge unterzubringen und wir müssen feststellen, daß es bei jungen Menschen für gewisse Berufssparten einen Ansturm gibt, so wie bei Zahntechnikern, Optikern, Fernseh- und Radiomechanikern. Hier gibt es mehr Interessenten als Lehrstellen. Bedauerlicherweise sind Lehrstellen bei Dachdeckern, Malern, Spenglern in der Steiermark noch frei und können nicht besetzt werden.

Die Mädchen bereiten uns echt große Sorgen. Hier bin ich ganz ihrer Meinung. Wir müssen uns damit befassen, daß der Zulassung von Mädchen in neue Gewerbegebiete in Zukunft besondere Beachtung geschenkt wird.

Die Statistik der internationalen Arbeitsorganisation ILO und deren Zahlen bereiten mir als Arbeitnehmer ernstliche Sorgen. Denn in den Industrieländern, wo es fast 17 Millionen Arbeitslose gibt, müssen wir bedauerlicherweise feststellen, daß über 7 Millionen junge Menschen unter 25 Jahre dort arbeitslos sind. Man darf sich nicht wundern, wenn in den westlichen Industrieländern, wo so viele Jugendliche arbeitslos sind, die Jugendlichen in die Demokratie nicht das Vertrauen setzen, wie man es sich wünschen würde. Daher radikale Linien und Entgleisungen, die uns echt zu denken geben müssen. Daher fordert die österreichische Jugend mit Recht, gezieltere Berufsausbildung, verstärkte Aufnahme von Lehrlingen bei Gebietskörperschaften. Hier darf ich doch die Frage an die Landesregierung gleich richten, ob man die Anträge, die eingebracht wurden, berücksichtigt hat und ob es bei uns schon Lehrstellen im größeren Ausmaß

gibt, oder sind sie über das Planungsstadium bereits hinaus.

Betriebe, die ihr Lehrstellenangebot vergrößern, sollen eine Förderung erfahren. Weiters Errichtung von zwischen- und überbetrieblichen Berufsausbildungseinrichtungen für strukturschwache Gebiete; gezielte Berufsausbildung — ist sehr wichtig; Förderungsmaßnahmen für die Jugend — Fahrtvergütung usw. Mit Recht wird, nicht nur von der Jugend, sondern auch von den Arbeitnehmern, eine stärkere Mobilität verlangt. Daß man für die Jugend in den Wirtschaftsballungsräumen, wo es Lehrplätze geben würde, Lehrlingsheime errichtet, ist selbstverständlich. In Österreich ist es bis jetzt gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit nicht Fuß fassen zu lassen.

Ich möchte abschließend noch folgendes sagen. Die Spezialisierung im Frühstadium müßte abgelehnt werden; eine Breitenausbildung für Berufsparten, die sich ähnlich sind, ist begrüßenswert, weil dann ein breiteres Wissen und für später eine bessere Spezialisierungsmöglichkeit und Anpassung gegeben ist. Ich darf vielleicht noch herausstreichen: Für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft ist es notwendig, gute und bestens ausgebildete Kräfte zu schaffen, um die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten.

Ich möchte es aber auch hier nicht verabsäumen, den Dank an die Lehrer in den berufsbildenden Schulen auszusprechen, die sich sehr bemühen, unserer Jugend das Wissen und die Ausbildung angedeihen zu lassen, damit sie im späteren Leben bestehen kann. Das kommt auch unserer Wirtschaft zugute. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Heidinger:** Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Schuldebatte hat sich an einem Berg von Schulbüchern entzündet. Es ist verständlich, Berge fallen auf und darüber redet man. Wenn man die Emotionen wegläßt, verstehe ich nicht, warum der Herr Unterrichtsminister, dessen Budgetansätze sicherlich sehr stark vom Herrn Finanzminister gekürzt wurden, nicht froh ist über Anregungen, eine Sache mit dem gleichen Effekt und mit wesentlich weniger Geld durchzuführen. Das war der Sinn der Wortmeldung von Kollegen Ing. Stoisser.

Zwei Dinge sind mir unbegreiflich. Erstens, wenn man mehrere Kinder hat — und ich habe auch vier Kinder durch die Mittelschule gebracht (Abg. Gerhard Heidinger: „Schicksal der Heidingers!“) —, daß man die Bücher den Kindern nicht weitergeben soll und darf. Das ist das erste, das ich nicht begreife. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ein Kurzschluß!“) Ich habe Ihnen schon in einem Zwischenruf gesagt, Herr Vizepräsident des Landesschulrates, erkundigen Sie sich über die Durchführungsbestimmungen, wie die Geschichten wirklich durchlaufen! (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist falsch, was Sie sagen!“) Das ist nicht falsch. Dann sagen Sie, daß es in tausend Schulen im Land falsch gemacht wird. (Abg.

Gerhard Heidinger: „Das ist nicht wahr!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Das ist einmal das erste. Und das zweite, daß ich persönlich und das sage ich als einer, der mehr verdient, soziale Gerechtigkeit anders sehe als in Gleichmacherei. Es ist doch ein Unfug, daß der Sohn eines Generaldirektors die gleichen kostenlosen Schulbücher bekommt, wie der Sohn eines Hilfsarbeiters oder eines Kleinkutschlers. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wer hindert Sie daran, die Bücher selbst zu kaufen!“) Ich bin bereit dazu. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dann kaufen Sie sie!“) Kann man ja gar nicht, weil man die Schulbuchgutscheine zugeteilt bekommt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was da an falschen Dingen verzapft wird, geht auf keine Kuhhaut! Geben Sie den Gutschein zurück! Kaufen Sie das Buch! In der Schule haben Sie dann das gleiche Buch!“) Herr Kollege, ich möchte Ihnen keine Details erzählen, was dann passiert, aber eines möchte ich anregen und das ist ja auch konsequent aus Trotz abgelehnt worden: Warum schafft man nicht, wie es viele Schulen gehabt haben, Schülerbüchereien, wo man denen, die bedürftig sind, die Bücher ausleiht. Das wäre wesentlich billiger und der gleiche Effekt wäre da. Aber es kann ja nur gut sein, was einmal eingeführt worden ist und jede Kritik, die eine bessere und billigere Durchführung garantieren will, ist eine böswillige Kritik. Das ist die Schwarzweißmalerei von Ihnen! (Abg. Gerhard Heidinger: „Dann wollt ihr es halt sabotieren!“ — Abg. Nigl: „Der kommt mir vor wie einer von Baader-Meinhof!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Wir zwei haben noch ein ernstes Wort zu reden! Ich bin kein Hascherl, merken Sie sich das! Ich bin geistig und körperlich normal! Merken Sie sich das auch!“)

Wenn die Herren Schuldirektoren ausdiskutiert haben, dann darf ich vielleicht fortfahren. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wir werden den Herrn Dr. Eichinger verurteilen müssen! Sie haben mich einen Hascher genannt! Wissen Sie, was das ist? Das ist eine Drohung! Sie sind mit dem Schnellzug durch die Kinderstube gefahren!“) Herr Vizepräsident des Landesschulrates, ich würde vorschlagen, wenn Sie pädagogische Privatdiskussionen haben, daß Sie das draußen in der Bar machen, damit man hier weiterreden kann. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Ich muß nämlich um Ihre Aufmerksamkeit bitten. (Präsident: „Ich verstehe die Herren nicht, daß sie sich gegenseitig die Zwischenrufe hin- und herwerfen. Herr Abgeordneter Dr. Heidinger, nachdem die Abgeordneten gegen Ihre Ausführungen nichts einzuwenden haben, bitte fortfahren.“) Ich würde meinen Namensvetter bitten, zuzuhören, weil ich mich mit seinen Ausführungen über die Gesamtschule noch beschäftigen möchte; und zwar als Ergänzung dessen, was ich in der Generalrede schon sagen konnte. Es sind zwei Argumente, die Sie für die Gesamtschule angeführt haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Zwei von vielen Argumenten!“)

Ich möchte mich mit den zweien, die Sie herausgestellt haben, beschäftigen. Das eine ist, daß Sie gemeint haben, es wird dadurch die Berufswahl hinausgeschoben. Ich glaube, da kann man sehr verschiedener Meinung sein. Auch mit 14 Jahren wissen



viele noch nicht, was sie eigentlich wollen, wo ihre Begabungsschwerpunkte sind. Wir haben gerade vom Kollegen Preamberger gehört, daß es Berufswünsche gibt, die von den Lehrstellen her nicht erfüllbar sind und daß umgekehrt attraktive Berufe nicht die nötigen Lehrlinge bekommen. Es ist bei den Studienrichtungen der 18jährigen genauso. Warum soll eigentlich, das ist das, was ich bei der Argumentation nicht verstehe, der Abgang von der 4. Klasse AHS, das ist genauso möglich und wird ja praktiziert, der Übertritt in berufsbildende Schulen, der Übertritt in ein Lehrverhältnis, nicht möglich sein? Daß das nur für die Gesamtschule Gültigkeit hätte? Dies gilt doch genauso für die Hauptschule, genauso für die AHS.

Das zweite, was Sie gemeint haben, daß die Schule für alle nur die Gesamtschule sei. Aber, Herr Kollege Heidinger, ist nicht die Hauptschule, ist nicht die AHS genauso Schule für alle? Ich sagte Ihnen schon, ich habe jetzt durch 15 Jahre hindurch die Entwicklung der Schüler und der Schule in Leibnitz genau verfolgt. Zu den besten Absolventen und Maturanten gehörten Kinder aus ganz kleinen Verhältnissen, wenn man das so bezeichnet. Kleinknechtsohne, die mit sehr gut maturiert haben und es waren in den Klassen, wo meine Kinder waren selbstverständlich Arbeiterkinder, Kinder von Zollbeamten, Kinder von Lehrern, Kinder von Akademikern genauso Kinder von Bauern. Es ist die AHS bei uns Gott sei Dank — ich habe nicht umsonst das Reichsvolksschulgesetz erwähnt, — ohne diese Klassenbarrieren, die irgendwer scheinbar wieder aufbauen möchte. Mag sein, daß es in Hessen oder woanders gewesen ist, das kann ich nicht beurteilen und ich würde doch bitten, daß man neben den Versuchen, über die auch sehr viel zu sagen wäre, ich bin teilweise durchaus der Meinung des Kollegen Turek, daß Schulversuche aus psychologischen Gründen problematisch sind, dazu können Sie die Schriften über Betriebspsychologie lesen, die sind sehr interessant.

Man hat Versuche in Amerika gemacht, hat Versuchsgruppen immer schlechteren und immer ungünstigeren Arbeitsbedingungen unterworfen und der Effekt war, daß die Leistungen immer gestiegen sind. Wenn jemand das Gefühl hat, daß er einer Versuchsgruppe, einer Elitegruppe angehört, dann wird er bessere Leistungen erbringen, das ist nun einmal eine Tatsache. Das gilt für viele Schulversuche auch, aus ganz begrifflichen Gründen.

Ich würde vielmehr meinen, daß der praktische Weg, — der Weg wäre rasch vollziehbar — wenn Sie sich entschließen ihn zu gehen und ich habe den Äußerungen des Herrn Bundesministers entnommen, daß er durchaus auch für eine Hauptschule unter Abschaffung des 2. Klassenzuges zu erwärmen wäre. Damit wären alle die Vorzüge, die Sie für die Gesamtschule ins Treffen führen: Förderunterricht, durchlässige Gruppen bei den einzelnen Hauptgegenständen, Abschaffung des Stigmas des 2. Klassenzuges, das sicher eine Belastung ist, erreicht! Wenn Sie sich für den Weg entscheiden könnten, werden wir sehr schnell einig. Es könnten die Gesamtschulversuche weiterlaufen. Wir sind Pragmatiker, wir lassen uns gerne überzeugen,

wenn etwas wirklich stimmt, was theoretisch behauptet wird. Nur viele Überlegungen und vor allem auch die, daß man nicht jetzt das dichte Hauptschulnetz wieder weitmaschig machen kann mit viel Geld, denn das wäre die Folge der Gesamtschule! Herr Kollege Heidinger darüber — glaube ich — sind Sie mit mir einig. Daß Sie es nicht gerne sagen ist klar. Pädagogische Einheiten mit 1000 Schülern und pädagogische Einheiten mit 200 und 300 Schülern, da ist eindeutig die kleine Einheit im Vorteil! (Abg. Gerhard Heidinger: „Woher nehmen Sie die Ziffern?“) Die Ziffern nehme ich aus Fachbüchern, aus Facherkklärungen von Gesamtschulen, Enthusiasten aus Hessen etc. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die bauen ja bereits ab, weil sie Erfahrungen gemacht haben!“) Sehen Sie und wir brauchen doch die Dummheiten nicht nachzumachen, die andere gemacht haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie reden ja von tausend! Die bauen ja nicht die Gesamtschule ab, sondern nur die Schülerzahlen!“) Natürlich, weil das die Forderungen sind, die die Gesamtschulenthusiasten erstellen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Es geht nur so!“) Zusammenfassend, Herr Kollege: Wir sind dafür, daß die Schulversuche weiterlaufen, das haben Sie auch gesehen, wir sind Ihrem Antrag beigetreten. Aber wir sind dafür, daß man die Dinge evolutionär und pragmatisch löst und daher wäre die Weiterentwicklung der Hauptschule und die Abschaffung des zweiten Klassenzuges ein Ziel, das sicher auch mit Ihren pädagogischen Forderungen vereinbar wäre. Wenn Sie sich dagegen wehren, dann steht etwas anderes dahinter als die Sorge um die Weiterentwicklung der österreichischen Schule. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren ich wünsche noch einen guten Abend. Wir unterbrechen die Verhandlungen bis morgen, 6. Dezember, dem Tag des heiligen Nikolaus, um 9.00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 21.00 Uhr,  
Wiederaufnahme der Sitzung: 6. Dezember, 9 Uhr.)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind in der Behandlung der Gruppe 2. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Pinegger:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Krampus ist vorübergezogen, das Teuflische ist dahingegangen. So wurde ich in der Neuen Zeit kommentiert, daß es in meiner Gemeinde anlässlich des gestrigen Tages einen Schwarzen weniger gegeben hätte. Ich habe mich darüber sehr gefreut. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren als Vater von fünf Kindern, es wurden gestern anlässlich der Schuldebatte immer wieder die Kinder in den Vordergrund gestellt und das ist gut, als Lehrer, mit 27 Dienstjahren in der Schultube und auch als Bürgermeister fungierend sage ich ohne Überheblichkeit, weil es nicht mein Verdienst ist, daß diese Schulen gebaut wurden. Ich habe mit meinem Team

eine Volksschule gebaut und bin nunmehr dabei praktisch diese ländliche Hauptschule, so Gott will, im Jahre 1978 zu vollenden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das habe ich schon alles hinter mir!“) O glücklich, wer das von sich sagen kann, Herr Kollege Heidinger. Die gestrige Diskussion zeigte aber auf, daß die Gemüter sich bildungspolitisch sehr erhitzen können und ich meine, das ist gut so. Denn würden wir von diesen Dingen nicht mehr bewegt werden, dann meine ich, wäre bildungspolitisch die Entwicklung irgendwo in dem Sinn entweder abgeschlossen oder sie würde nicht mehr zukunftsorientiert sein. Die Diskussion um die Verbesserung der österreichischen Schulen insgesamt ist so alt wie die Institution Schule selbst ist. In den letzten eineinhalb Jahrzehnten hat es die Schulreformkommission, eingesetzt vom OVP Unterrichtsminister Dr. Piffel, auf breitester Basis ermöglicht, daß im Rahmen von Schulversuchen Reformmöglichkeiten studiert werden konnten. Zum gegenwärtigen Stand stehen ca. 300.000 österreichische Schüler in diesen Schulversuchen. Erfasst sind nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer und damit die Elternschaft, die dies registriert.

Vor allem, meine Damen und Herren, geht es im Bereich der Schule, bezogen auf diese Reformen und auf diese Versuche um zwei große Dinge. Das ist die innere Schulreform, die den Lehrplan in den Blickpunkt rückt, die Unterrichtsgestaltung einer Betrachtung unterzieht, Methoden überdenkt und — und ich glaube das ist das Erfreuliche — Lehrer, Eltern und Schüler, was das Verhältnis zueinander angeht, in Richtung auf eine menschliche Schule auszurichten. Es wäre schlimm, würden wir in der Schule der Zukunft nur mehr in der Lage sein, das Hirn zu bilden und würde es uns nicht gelingen auch das Herz der Menschen irgendwo zu erfassen. Ich glaube, daß unsere Zeit sicher nicht einen Mangel an großen Geisteskräften hat, daß wir aber leider Gottes oft einen Mangel registrieren müssen, daß Menschen auch das nötige Herz haben. Ich glaube, wir müssen diese Jugend auch heranziehen, daß sie wieder das Gefühl hat. Die zweite große Sphäre ist die äußere Reform. Diese äußere Schulreform läßt Begriffe gebären wie Tagesheimschule, Gesamtschule, differenzierte Hauptschule, integrierte Gesamtschule.

Meinen Sie nicht auch, meine Damen und Herren, daß es verfrüht ist, sich auf eine Konzeption festzulegen? Noch dazu, wenn dies extrem in Partezentralen als Dogma serviert wird. Es wird weiter eines partnerschaftlichen Gesprächs aller Beteiligten bedürfen. Die OVP hat in Erfüllung des „Modell Steiermark“ dieses partnerschaftliche Gespräch eingeleitet. In unzähligen Besprechungen wurde das Verhältnis Eltern — Lehrer — Schüler diskutiert. Ich freue mich, daß dabei die kommunalen Vertreter einbezogen wurden. Denn all das, was dort kreierte wird, muß in weiterer Folge auch baulich vollendet werden und es bedarf der Finanzierung. Herr Kollege Heidinger, es ist sicherlich tröstend, wenn Sie in Ihren gestrigen Ausführungen angedeutet haben, daß jede gravierende Veränderung einer Zweidrittelmehrheit bedürfe. Wurde aber nicht oft, meine Damen und Herren, in der vergangenen Zeit

in grundsätzlichen Dingen mit hauchdünnen Mehrheiten entschieden? Man wird oft das Schaudern nicht los, wenn man in grundlegenden Belangen hauchdünne Mehrheiten zum Überstimmen ausnützt.

Reden wir nicht immer von Chancengleichheit, sondern reden wir, so meine ich, von Chancengerechtigkeit. Wozu, meine Damen und Herren, diese mimosenhafte Empfindlichkeit, wenn im Rahmen der Gratisschulbuchaktion Auswüchse aufgezeigt werden. Glauben Sie nicht auch, daß es notwendig ist, daß wir in einer Zeit der budgetären Nöte auf Sparsamkeit angewiesen sind? Ich meine, es müßte jeder Vorschlag in diesem Zusammenhang geprüft werden und Unterrichtsminister Sinowatz hat in diesem Zusammenhang selbst Überlegungen angestellt. Schmerzlich an der ganzen Schulbuchaktion ist das ausgedrückte Mißtrauen, das man den Eltern gegenüber darlegte. Ich wage zu behaupten, daß Barmittel, die den Eltern ausgehändigt werden, den Sparsamkeitseffekt wesentlich gehoben hätten. Ich glaube, meine Damen und Herren, dem konnte man in dieser Phase wohl nicht zustimmen, denn dies war ja auch ein Wunsch der Österreichischen Volkspartei. Ich glaube, wenn man gestern hier die Bücherberge sah, so darf ich vielleicht auch behaupten, daß es ein Wunsch der Bevölkerung war. Die Elternschaft ist verantwortungsbewußt und sicher prädestiniert, daß sie hier echt das Richtige trifft und daß der Sparsamkeitgedanke in diesem Sinne gegeben ist.

Es wäre, gestatten Sie meine Damen und Herren, der Vergleich sicher schlimm, wenn anstelle der Heiratsbeihilfe von Staats wegen Vorfinanzierungen oder Anzahlungen für Gebrauchtwagen getätigt werden würden oder unter Umständen Neuwagen angezahlt würden. Durch die Luxussteuer würde das dann in Null zerfließen. Schlimm wäre es unter Umständen auch, wenn die Geburtenbeihilfe in Form von Nahrungsmittelpaketgutscheinen überreicht werden würde. Was wir den Jungfamilien in dem Sinne verantwortungsbewußt zumuten und was wir den Müttern zumuten, das könnten wir auch den Eltern zumuten.

Die gegenwärtige Entwicklung steht immer mehr in Richtung zum Zentrum hin ausgerichtet. Wir haben und das registrieren wir, als Vertreter von kleineren kommunalen Einrichtungen mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen müssen:

Kleine Gendarmerieposten werden aufgelöst, große Schwerpunktposten werden eingerichtet;

kleine Bezirksgerichte verschwinden, große Gerichtsinstrumentarien entstehen;

kleine Greißler verschwinden, Superläden in einem fernen Bereich wuchern;

kleine Schulen sterben weg, Schulzentren werden eingerichtet.

Dieser Weg, meine Damen und Herren, führt praktisch zum Sterben dieser kleinen Gemeinschaften. Ich wage hier als Bürgermeister zu behaupten, wir müssen diese Entwicklung gemeinsam eindämmen. Die kleine Gemeinschaft ist noch eine Gemeinschaft der Beziehungen, ist noch eine Gemeinschaft der echten persönlichen Kontaktnahme; eine Ge-

meinschaft wo jeder jeden kennt und wo die Aussprachemöglichkeit gegeben ist. Trachten wir, daß dieser ländliche Raum, daß diese Schulen als Kulturträger nicht verschwinden. Der Lehrer erfüllt dort auch über diese Schule hinaus einen wichtigen Bildungsauftrag in der Form, daß er volksbildnerisch tätig ist und daß er kulturell dort noch für die Bewohner Anreiz gibt, daß sie verbleiben.

Darf ich nunmehr, bezogen auf dieses Kapitel, erfreut die Feststellung machen, daß hier erstmals ein Ansatz aufscheint, der sich Schulwegsicherung nennt und auch dies ist ein echtes Anliegen der Gemeinden; der ländlichen als auch der städtischen Gemeinden, Schulkinder, die in das Unsichere entlassen werden, sind ständig einer Gefahr ausgesetzt und die Eltern haben die Sorge zu tragen. Ich darf von dieser Stelle aus für diese Ansätze, die vorerst einen Rahmen von 2 Millionen Schilling haben, recht herzlich Dank sagen. Ich glaube, daß die Gemeinden unter Beibringung von Eigenmittel dadurch sicher in die Lage versetzt werden, auf dieser Basis für die Sicherheit unserer Jugend einen Beitrag zu leisten.

Darf ich, meine Damen und Herren, abschließend Sie alle einladen, daß Sie als Eltern, daß Sie in weiterer Folge als kommunale Vertreter und daß Sie, soweit Sie Lehrer sind, hier gemeinsame Sache machen, und daß wir schulpolitisch den Konsens suchen. Denn die Schule, die gemeinsam geschaffen wird, wird die Bürger von morgen bringen. Diese Bürger von morgen werden dann als Trägergeneration die Geschicke der kleinsten und auch der größeren Gemeinschaften tragen und werden sie gestalten. In diesem Sinne lade ich ein, diese Konsensbereitschaft, dieses Verstehen, zu pflegen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Eichinger, Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Eichinger:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich an den gestrigen Abend zurückdenke und hier diesen Bücherberg sehe, dann spüre ich jetzt noch, daß nicht nur die Abgeordneten auf unserer Seite erschüttert waren, sondern daß letzten Endes sie genauso erschüttert waren.

Wenn man bedenkt, daß hier Milliarden ausgegeben wurden zum Wegwerfen, dann muß man sagen, diese Politik gehört geändert. Herr Abgeordneter Heidinger hat anklingen lassen, man müßte nicht so viele Bücher nehmen, man könnte da und dort die Bücher selber kaufen. Ich hoffe, daß dies der erste Weg dazu ist, daß man dem Herrn Unterrichtsminister einmal sagt und beweist, daß das so ganz einfach nicht weitergeht. Weiters war ich außerordentlich erschüttert, als der Kollege Stoisser berichtete, wie es heute Familien geht, die 4, 5 und 6 Kinder haben. Wenn man diesen Familien mit diesen Beträgen helfen könnte, dann hätte man wirklich ein gutes Werk getan.

Herr Kollege Dr. Strenitz! Sie möchte ich um eines bitten. Schauen Sie einmal wie es diesen Familien geht, dann werden nämlich manche Aussagen, die

Sie hier treffen, anders klingen. Dann würde man spüren, daß mehr Herz drinnen steckt und nicht der Intellekt, der letzten Endes nicht das ist, was wir hier auch in der Schulpolitik usw. brauchen.

Der Herr Kollege Gerhard Heidinger sagte, das war ein Gag. Meine Damen und Herren, das war kein Gag, das war der Anschauungsunterricht, den wir nötig haben. Das müßten noch viele, viele andere sehen, das müßten die Herren Minister sehen, dann würden sie zu einer anderen Meinung kommen. Sie, Herr Kollege, haben dann gesagt, jetzt bringe ich meine Gags, ich bringe jetzt 3000 Lehrer her, die wir angestellt haben. Ich sage Ihnen eines: Wir hätten sie genauso angestellt, wir hätten genauso unsere Schulpolitik betrieben. Glauben Sie, daß bei uns ein Stillstand war? Das haben Sie ja niemals beklagen müssen, sondern auch bei uns ist dieser Fortschritt zu sehen gewesen.

Dann haben Sie noch gesagt, ich stelle als Gag die Schulhäuser hin. Das ist kein Gag; es ist in meinen Augen selbstverständlich; wohl aber ist es nicht selbstverständlich, daß man diese Milliarden verschwendet. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied, auf den ich hinweisen möchte.

Zur Gesamtschule auch noch ein Wort. Wir sind für Schulversuche, Herr Kollege, selbstverständlich. Aber Sie müssen objektiviert sein, sie müssen unter gleichen Voraussetzungen durchgeführt werden, damit man wirklich ein Bild bekommt. Denn das, was die Kollegen aus Deutschland berichten, aus Hessen und aus Berlin, das sind keine guten Ergebnisse. Wenn man in Hessen den Bildungs- oder Schulminister nicht mehr eingesetzt hat dann deshalb, weil seine Schulpolitik eine total verfehlte gewesen ist. Ich habe Professoren gefragt, — die in einer solchen Berliner Schule unterrichten, — wohin denn die Berliner sozialistischen Senatoren ihre Kinder schicken, ob sie in ihre Schule kommen? Nein, die sind bei uns nicht zu sehen, war ihre Antwort. Herr Kollege Heidinger, das sind die Tatsachen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die gehören alle zur high society!“) Nicht nur high society, Herr Kollege, sondern weil die wissen, wo der bessere Schultyp ist. Das ist das Entscheidende. Ich könnte ihnen auch ein Beispiel aus Österreich bringen, daß es auch hier, bei ihrer Prominenz Leute gibt, die ihre Kinder nicht in diese Schulversuchsklassen hineingeben. Das muß man hier ganz eindeutig feststellen, dann kommt nämlich ein anderes Bild heraus.

Nun möchte ich mich ganz kurz zum Problem der Kindergärten wenden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Entschuldigen sollten Sie sich auch!“ — Abg. Brandl: „Für Ihre Bemerkung gestern!“) Herr Kollege Heidinger, das möchte ich hier tun, nicht nur auf Ihre Aufforderung. Sie haben mich gestern mit Ihrer Bemerkung, die so geklungen hat, als ob wir unsozial wären, als ob wir auf diese Kinder nicht schauen, maßlos gereizt (Abg. Fellingner: „Man soll sich nicht reizen lassen!“) und da ist mir dieser Zwischenruf herausgekommen. Ich bedaure ihn. Herr Kollege Heidinger, ich bedaure ihn hier, ich werde mich hüten, das noch einmal zu machen. Aber Sie haben das so provoziert. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage Ihnen eines: wir lassen uns von Ihnen hier nicht vorwerfen, daß wir für die Bevölkerung nichts

übrig haben, daß wir für die Kinder nichts übrig haben. Ich betone, daß diese Gesetze, die wir gemeinsam beschlossen haben — bis auf das Kindergartenengesetz, — zu dem ich jetzt noch sprechen werde, der steirischen Bevölkerung zugute kommen.

Nun zum Landesvoranschlag 1978 bei den Kindergärten. Der Beitrag der Gemeinden für die Erhaltung von Kindergärten wurde von 21.950.000 auf 30 Millionen Schilling gesteigert. Bei den privaten von 13 Millionen auf 20 Millionen Schilling und als Sondervormerk haben wir noch 5,6 Millionen. Das sind erfreuliche Zahlen, die ich noch ein bißchen untermauern möchte. Im Zeitraum von Jänner 1974 bis November 1977 hat das Land Steiermark im Rahmen des Kindergartenförderungsgesetz 318.139.000 Schilling ausgegeben. Diese Summe erhöht sich bis zum Jahresende noch auf 338 Millionen. Allein für das Jahr 1977, um dieses Jahr herauszugreifen, wurde im Bereich des Kindergartenwesens 112 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Und da spricht der Herr Dr. Strenitz von einer halben Sache. Meine Damen und Herren, das sagt wohl alles, ein Kommentar erübrigt sich dazu. Das neue Gesetz, das im Mai 1974 beschlossen wurde, hat sich meiner Meinung nach bestens bewährt. Denn Bürgermeister, Gemeinderäte und Frauen und Männer aus der Bevölkerung haben in gemeinsamer Arbeit für diese Kindergärten ihr bestes hergegeben. Man muß einmal bei Kindergarteneröffnungen dabei sein, — es wird ihnen wahrscheinlich genauso gehen, — da spürt man, wie gut sich dieses Gesetz für die Steiermark ausgewirkt hat und wie die Förderungsmöglichkeiten auch tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Noch ein paar Zahlen: Von 1974 auf 1975 wurden zusätzlich 32 neue Kindergärten errichtet, von 1975 auf 1976 49, von 1976 auf 1977, in einem Jahr, zusätzlich 60 neue Kindergärten. Nun existieren in der Steiermark über 420 Kindergärten mit über 700 Gruppen. 1973/74 besuchten 15.934 Kinder die Kindergärten. 1976/77 über 20.000 und 1977 auf 1978 werden es annähernd an die 22.000 sein. Da Herr Dr. Strenitz, noch einmal sprechen Sie von einer halben Sache. Ich muß sagen, da sind Sie sehr im Irrtum. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie müssen sich nur an die sozialistischen Anträge von 1972, 1973 erinnern, die den Anstoß zu diesem Gesetz gegeben haben!“) Wir kommen schon dazu, Herr Kollege. Jeder Anstoß, das möchte ich offen sagen, den es hier im Landtag gibt, wird aufgenommen, wird in unseren Ausschüssen diskutiert. Wir ringen einzeln um jedes Gesetz bevor wir es gemeinsam beschließen. Wir gehören nicht zu denen, die grundsätzlich von vornherein etwas ablehnen. Wir anerkennen auch Ihre Mitarbeit, das ist unser Prinzip.

Die steirische Bevölkerung ist nämlich hier, Herr Dr. Strenitz, ganz anderer Meinung als Sie. Es wird draußen immer wieder gefragt, das möchte ich Ihnen auch sagen, warum haben die steirischen Sozialisten im Landtag dieses gute Gesetz abgelehnt, warum haben sie nicht erkannt, daß dieses Gesetz wirklich fortschrittlich ist. Die Frage wird tatsächlich immer wieder gestellt. Ich glaube meine Damen und Herren, Sie bedauern es selbst schon längst, daß Sie hier tatsächlich eine Fehlmeinung gehabt haben.

Ich weiß nicht, von wem Sie so beeinflusst wurden, aber ich kann es mir schon vorstellen. Das Ziel, Chancengleichheit für alle zu erreichen, wird von uns — da meine ich uns alle — weiterverfolgt und die Welle der Kindergartenründungen ist Gott sei Dank noch lange nicht zu Ende.

Es soll auch in der Steiermark niemand das Gefühl haben, aus finanziellen Gründen vom Besuch des Kindergartens ausgeschlossen zu sein. Deshalb wurde von uns die Kindergartenbeihilfe angeregt. Ihre Höhe ist nach Einkommen und Kinderzahl gestaffelt und sie hat sich auch bewährt. Auch hiezu einige Zahlen: 1975 wurden für 14.522 Kinder 27.503.000 Schilling ausbezahlt; 1976 34 Millionen, 1977 33 Millionen, ein Betrag, der sich bis zum Jahresende noch wesentlich erhöhen wird. Insgesamt haben die Eltern seit 1974 95.543.000 Schilling im Rahmen dieser Kindergartenbeihilfe erhalten.

Imponierend ist auch die Bauförderung. Auch hier die Zahlen: seit Herbst 1974 wurden an Gemeinden und Private 111.769.000 Schilling ausgegeben. Für die Förderung des Kindergartenpersonals seit 1. Jänner 1974 107 Millionen Schilling. Eine Summe, die sich bis Ende 1977 auf 119 Millionen Schilling erhöht. Da hat Herr Landesrat Gruber im Mai 1974 gefragt, „was ist und wer ist sozialer. Die OVP mit ihrer Kindergartenbeihilfe oder die Forderung der Sozialisten nach dem Nulltarif.“ Ich glaube, die Antwort ist klar und eindeutig, das hat schon die gestrige Diskussion gebracht. Sozialer ist selbstverständlich die Kindergartenbeihilfe. Ich glaube, darüber wird heute gar nicht mehr allzusehr gesprochen, selbst Herr Dr. Strenitz hat das nicht erwähnt. Und wer ist sozialer? Herr Landesrat Gruber, diese Frage brauche ich auch hier nicht weiter besprechen. Die Schaffung von Beihilfen, gestaffelt nach dem Einkommen, entspricht einem Wunsch der Bevölkerung, meine Damen und Herren. Man soll nämlich dort helfen, wo es am notwendigsten ist und der alte Spruch stimmt: Gleiche Beihilfen für alle ist weniger Beihilfe für Bedürftige. (Abg. Hammerl: „In Niederösterreich haben sie aber eine andere Auffassung!“) Herr Kollege, schauen Sie. Ich glaube, in Niederösterreich hat man es deshalb machen können, weil die durch die Krankenhäuser nicht derart belastet sind. Vielleicht denkt man auch dort in diesen Bereichen schon etwas anders. (Abg. Hammerl: „Der Fortschritt!“ — Abg. Schrammel: „In Niederösterreich ist es halt anders!“) Wenn wir so begütert sind und die Mittel haben, dann könnte man ja drüber reden. Aber in der Situation, wie wir sie erleben, ist es einfach unmöglich. Das haben Sie gestern bei den Schulbüchern so klar und eindeutig demonstriert bekommen, daß ich dazu überhaupt nichts mehr zu sagen brauche, Herr Kollege Hammerl.

Die Meinung der Frau Abgeordneten Bischof teilt man selbst in Kapfenberg nicht, wenn sie gesagt hat, die Kinder weniger bemittelter Eltern werden diskriminiert, wenn nur sie etwas bekommen und nicht auch reiche Eltern. Bis jetzt hat in Kapfenberg noch niemand berichtet, daß die 3- bis 5-jährigen sich im Kindergarten unterhalten haben: „Du dein Papa muß zahlen und ich bekomme alles vom Land Steiermark.“ Eine solche Debatte ist mir nicht berichtet

worden. Genauso wird jeder verstehen, es kommt noch eines dazu. (Abg. Preamberger: „Alles können Sie auch nicht wissen, was diskutiert wird!“ — Abg. Bischof: „Sie wissen genau, daß es große Aufregung gegeben hat wegen der Erhöhung von 100 Schilling auf 300 Schilling!“) Aber Frau Kollegin, das hätten Sie gar nicht tun müssen. Der Herr Bürgermeister Fekete hat das von sich aus erhöht, um vom Land die volle Beihilfe zu bekommen. Wenn er so sozial gewesen wäre, hätte er sagen können, „ich bleibe bei meinen 100 Schilling.“ Der Herr Fekete hat es nicht getan, obwohl er hätte helfen können. (Abg. Brandl: „Er ist sozial!“ — Abg. Bischof: „Sie nehmen den Eltern die Möglichkeit, um die Kindergartenbeihilfe anzusuchen! So schaut das aus!“) Die Eltern haben jede Möglichkeit, um diese Kindergartenbeihilfe anzusuchen. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Die Zahl der Ansuchen spricht ja dafür. Noch eines möchte ich sagen, meine Damen und Herren. Genauso, wie Sie damals unsere Vorschläge, den Gemeinden nach ihrer Finanzstärke zu helfen abgelehnt haben, genauso hat sich heute die Erkenntnis durchgesetzt, daß unser Vorschlag richtig gewesen ist. Das sehen wir in der Flut von Kindergartenneugründungen.

Noch etwas wird Sie interessieren. Kollege Preamberger, jetzt habe ich etwas Wichtiges. (Abg. Gerhard Heidinger: „Bisher war es eh unwichtig!“) Das war das normale, aber jetzt kommt das ganz Tolle, was Sie gemacht haben. Sie haben im Jahr 1973 einen abenteuerlichen Vorschlag gemacht, das muß ich sagen. Das kitzelt mich, das muß ich sagen.

Um Ihre Kindergartenidee durchzusetzen, — sie hätte nämlich enorme Summen mehr gekostet, wenn man das so gemacht hätte, — wie Sie es wollten, haben Sie gesagt, „wir setzen neue Prioritäten.“ Sie wollten damals bei der steirischen Wirtschafts- und Strukturpolitik sparen. Meine Damen und Herren, wissen Sie, was Sie damit gemacht hätten? Sie hätten steirische Arbeitsplätze gefährdet. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wo haben Sie denn das her?“) Das ist jetzt keine Demagogie. Im Protokoll steht es drinnen, in einem Rundfunkinterview wurde es gesagt: „Sparen wir bei der Wirtschafts- und Strukturpolitik.“ Da haben Sie keinen Vorausblick gezeigt. (Präsident Gross: „Wer hat das gesagt?“) Sie bekommen dann die Protokollseite und alles, Herr Kollege Gross. (Abg. Preamberger: „Wir haben ja nur kritisiert, daß die Förderung in die falsche Richtung gegangen ist, nicht die Arbeitsplätze!“) Das ist nicht vorausschauend gewesen. Unsere Grazer Abgeordnete, Frau Jamnegg, hat Ihnen ja sowieso die Antwort gegeben. Sie hat erklärt, eine Bedeckung der Kindergartenförderung durch die Kürzung der Wirtschaftsförderung ist unrealistisch. Steht auch im Protokoll drinnen. (SPO: „Wo steht denn das?“ — Abg. Ileschitz: „Er reißt es aus dem Zusammenhang!“) Der Abgeordnete Fuchs hat in einem Zwischenruf erklärt: „Die Sicherung der Arbeitsplätze ist wichtiger.“ Wissen Sie, warum ich Ihnen das sage im Rahmen des Kindergartenengesetzes? (Abg. Ileschitz: „Reißen Sie doch nichts aus dem Zusammenhang!“) Wenn ich bedenke, Herr Präsident Ileschitz, daß man bei Böhler um 1000 Arbeitsplätze weniger hat, auch in Kindberg, in

Krieglach, in Mürzzuschlag, dann frage ich Sie: „Wo sind die Leute hingekommen?“ Natürlich teils in die private Wirtschaft. Und mit dieser Wirtschaftsförderung haben wir auch diese Privatwirtschaft gefördert. Wir haben gesagt, hier wird nicht gespart. Meine Damen und Herren, wir haben recht. Ich will das nur deshalb sagen, weil der Kollege Strenitz gesagt hat, daß die Sozialisten die einzigen sind, die sich um die Arbeit in diesem Land kümmern. Herr Kollege, wir tun es genauso und mit genauso viel Einsatz trachten wir, die Arbeitsplätze zu erhalten. Wenn nicht die Privaten, zusätzlich zu den Verstaatlichten, gewesen wären, dann hätten wir die Arbeitslosen.

Schauen wir das Lehrlingsproblem an. Auch hier, Herr Preamberger, muß man Dank an alle sagen, die diese Plätze zur Verfügung stellen. Wenn Sie wollen, das steht im Protokoll und kann jederzeit nachgelesen werden. Nicht das Konzept. Ich gebe Ihnen das Protokoll. Ich hole es herüber. Ich habe mir die Seiten herausgeschrieben, wo das steht. (Abg. Doktor Strenitz: „Kennen Sie den Professor Hajek?“) Kommen Sie mit dem Herrn Professor Hajek jetzt nicht, (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Da gibt es keine Monopole!“) wenn Sie spüren, was wir hier in dieser Landstube für die Arbeiter, Angestellten, Gewerbetreibenden und die Bauern wollen. Ich schließe Sie ja nicht aus. Ist ja unser gemeinsames Wollen. Aber nicht, wie es Dr. Strenitz darstellt. Die Sozialisten allein. Das ist es ja, was nicht stimmt. Gegen das wehren wir uns.

Als der Kollege Hammerl gestern diffizilist über die Methoden des Terrors gesprochen hat, habe ich mich innerlich aufgeregt. Ich erlebe es jahrelang, wie die Leute zu mir kommen und erzählen, wie es ihnen geht und wie schwierig sie es haben. Gehen Sie einmal mit mir mit und Sie werden sehen — überhaupt kein Vergleich. Das möchte ich dazu sagen. (Abg. Ileschitz: „Das stimmt ja gar nicht, Herr Kollege!“) Herr Kollege, bitte, gerne! (Abg. Ileschitz: „Die Industriearbeiter, die heute beschäftigt sind, machen höchstens zwei Drittel aus! Wohin sind denn die vielen Landarbeiter- und Bauernkinder gegangen? Wenn das so wäre, wie Sie behaupten, gäbe es keine Bauern in den Betrieben! Das ist doch ein Unsinn, was Sie da sagen, eine billige Demagogie!“) Herr Kollege, Sie machen mir die Argumentation spielend leicht. Diese vielen hunderttausend sind abgewandert in unsere Industrie. (Abg. Ileschitz: „Ich kenne sie!“ — Abg. Ing. Türk: „Das ist ja Heuchelei!“) In den letzten Jahren, Herr Kollege Ileschitz, sind dort die Arbeitsplätze weniger geworden. Jetzt frage ich Sie, wo sind sie hingekommen? Die Antwort müssen Sie mir noch geben.

Abschließend noch zum Kindergartenengesetz, um es zu untermauern. In Fürstenfeld hat es eine Erhöhung um 87,5 Prozent gegeben. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich habe ja diese Dinge berichtet, wie sie tatsächlich gesprochen worden sind, wie sie hier abgehandelt worden sind. Gar nichts anderes. (Abg. Loidl: „Glauben Sie, Sie sind im alleinigen Besitz der Wahrheit!“) Ich kann Ihnen auf alles Antwort geben, denn das sind Tatsachen. (Abg. Loidl: „Auf alles und jedes und immer und überall!“)

Ich habe nur nicht gesagt, daß diese Bücher Millionen und Milliarden Schilling ausmachen. Das habe ich vergessen. Das ist mir jetzt eingefallen.

In Graz-Umgebung um 141 Prozent, Knittelfeld 64 Prozent, Leibnitz 107 Prozent, Radkersburg 85 Prozent, Voitsberg 36,4 Prozent und Weiz 52,8 Prozent. Ich möchte damit nur untermauern, das war keine halbe Sache. Das war eine ganze Sache, die der steirischen Bevölkerung und den steirischen Kindern zugute gekommen ist. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Die von den Sozialisten ausgegangen ist! Zuerst waren Sie ja dagegen, 1972/73! Wir mußten Sie erst überzeugen, daß es gut ist! Lesen Sie die Vorlage! Ich gebe sie Ihnen auch!“)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihm.

**Präsident Gross:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mein Thema gibt wahrscheinlich wenig Anlaß, wenn ich das vorausschauend sagen darf, zu einer Diskussion, wie sie heute hier schon stattgefunden hat.

In der Gruppe 2 befinden sich 3 Kapitel, mit denen ich mich kurz beschäftigen möchte. Es ist die Erwachsenenbildung, es ist die Steirische Akademie, und es ist auch die Jugendförderung eingebunden.

Meine Damen und Herren, vor fast genau einem Jahr konnte ich hier von dieser Stelle aus erfreulicherweise feststellen, daß die Budgeterhöhung für die Förderung der Erwachsenenbildung in der Steiermark ganz beträchtlich gewesen ist. Heute muß ich nunmehr sagen — wir wissen, daß das in der allgemeinen Budgetsituation begründet ist — daß diese Budgetpost natürlich ebenfalls Kürzungen hinnehmen mußte. Wir befürchten dabei, daß die Entwicklung der Erwachsenenbildung in der Steiermark, die eine sehr positive in den letzten Jahren gewesen ist, einen Abbruch erleidet und ich befürchte vor allem — Herr Landesrat, Sie kennen ja die Situation bei der Österreichischen Urania — daß diese Urania größere Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer Vorhaben bekommen wird.

Meine Damen und Herren, Erwachsenenbildung in unserer Zeit bedeutet Förderung der geistigen Mobilität, das heißt wir sollen den Menschen in die Lage versetzen, sich auf Veränderungen in gesellschaftlichen, ökonomischen oder politischen Bereich einzustellen, sie zu beurteilen und mit ihnen fertig zu werden. Ich glaube, daß es dabei nicht darum geht, den Menschen an die Gesellschaft anzupassen, sondern ihn zu befähigen, in dieser Gesellschaft zu bestehen und ihr nicht als Objekt ausgeliefert zu sein. Das ist umso notwendiger, weil gerade unsere Gesellschaftsordnung eine ständige Veränderung ihrer Strukturen aufweist. Wir leben in einer Zeit, in der die Mitbestimmung in allen Bereichen unseres Lebens eine größere Bedeutung hat als je zuvor. Aber diese Mitbestimmung, die auch Mitverantwortung bedeutet, bedeutet gleichzeitig für die Menschen, daß wir darauf vorbereitet sein müssen. Alle Aussagen über die Notwendigkeit ständiger Weiterbildung, sowie alle Bekenntnisse der

Anerkennung der Leistungen unserer Erwachsenenbildungsorganisationen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Erwachsenenbildung in unserem Lande, meiner Meinung nach, noch immer einen Stellwert besitzt, der ihr in dieser Gesellschaftsordnung nicht zusteht. Ich meine, daß sie hier echt noch unterprivilegiert ist. Darüber kann man nicht hinweggehen, wenn man auch feststellen muß, daß in der abgelaufenen Zeit etliches hier zum Positiven geschehen ist und auch Fragen der Erwachsenenbildung stärker in den Prozeß der bildungspolitischen Diskussionen aufgenommen worden sind. Ich denke hier vor allem an das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, das meiner Meinung nach so bald als möglich durch ein echtes Erwachsenenbildungsgesetz abgelöst werden müßte. Ich denke an den kulturpolitischen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung und die Maßnahmen des Unterrichtsministeriums bezüglich der Erschließung des zweiten Bildungsweges, die Installierung eines so notwendigen Fernunterrichtsgesetzes, sowie an die Ansätze im Medienverbund. All das sind Maßnahmen, die uns zur berechtigten Hoffnung Anlaß geben können, daß wir die Erwachsenenbildung integrieren können in ein gesamtes Bildungssystem, in dem meiner Meinung nach auch die hohen Schulen eine bedeutende Rolle spielen müssen. Es ist ein langwieriger Prozeß, meine Damen und Herren, aber mit unserer gemeinsamen Anstrengung müßte es möglich sein, dieses Ziel zu erreichen.

Nun ein Wort zur steirischen Akademie. Sie hat sich in den letzten Jahren im verstärkten Ausmaß Themen zugewandt, die sozusagen direkt in der Luft gelegen sind. Ich meine es wurden Themen behandelt, die im Bewußtsein der Öffentlichkeit tatsächlich als Probleme vorhanden waren. Gerade die diesjährige Akademie, die unter dem Motto Utopie Gesundheit stand, zeichnete sich durch ein ausgezeichnetes wissenschaftliches Niveau aus und man sprach meiner Meinung nach zu Recht von Sternstunden der steirischen Akademie und der Akademie der Rekorde. Viele Hunderte Teilnehmer hörten in überfüllten Hörsälen international bekannte Vortragende. Die Diskussions- und Referatsthemen verfügten nicht nur über politische Präsenz, sondern sprachen auch jeden einzelnen Zuhörer persönlich an. Dennoch, meine Damen und Herren, möchte ich in diesem Zusammenhang einen Gedanken aussprechen und ich möchte das als Anregung für die zukünftige Gestaltung der steirischen Akademie verstehen. Ich meine nämlich, daß es sinnvoll und zweckmäßig wäre, bereits bei der Programmerstellung für die Steirische Akademie die Erwachsenenbildungsorganisationen mit einzubeziehen, denn dadurch wäre es meines Erachtens möglich, die von der Akademie aufgeworfenen Fragen und Probleme in anderen Teilen unseres Landes weiter zu diskutieren. Gerade bei einer vor wenigen Tagen stattgefundenen Sitzung des Kuratoriums der steirischen Volksbildungswochen, in dem Persönlichkeiten nahezu aller steirischer Bildungseinrichtungen vertreten sind, auch Herr Landesrat Jungwirth, konnte ich feststellen, daß das Interesse und die Bereitschaft für die Mitarbeit dafür vorhanden ist. Eine derartige Zusammenarbeit würde auch dazu beitragen, jene



Bestrebungen zu verwirklichen, die sich zur Aufgabe gestellt haben, das Gedankengut des Steirischen Herbstes auch außerhalb von Graz wirksam werden zu lassen.

Zur Gruppe 2, ich habe das bereits angekündigt, gehört auch die Förderung der außerschulischen Jugendziehung und damit die Förderung unserer Jugendorganisationen. Ich möchte nicht mehr darauf hinweisen, daß auch hier deutliche Abstriche im Budget vorgenommen worden sind. Aber wenn man, meine Damen und Herren, wiederholt damit argumentiert, daß all diese Förderungsmaßnahmen für die Jugendorganisationen eigentlich für einen Prozentsatz von 12 bis 15 Prozent junger Menschen gelten, die in Jugendorganisationen zusammengeschlossen sind, dann möchte ich Ihnen sagen, das waren nie mehr, aber gerade diese 12, 15 Prozent, die wir als die aktiv Jugendlichen betrachten sollen, bedürfen einer verstärkten Förderung. Es geht ja in den Jugendorganisationen doch nicht nur darum, daß wir Hilfestellung leisten — wenn sie das gestatten — bei einer sinnvollen Freizeitgestaltung, sondern wir haben die große Verpflichtung, die jungen Menschen umfassend auf ihre staatsbürgerliche und politische Verantwortung vorzubereiten. Wenn man heute die jungen Menschen oft kritisiert und sagt, sie gehen Wege, die den Älteren unverständlich erscheinen, dann möchte ich ihnen sagen, daß ich persönlich glaube, die jungen Menschen sind nicht schlechter, nicht besser wie sie früher waren, aber eines ist diese Jugend heute sicherlich, sie ist kritischer und selbstbewußter geworden als Generationen vor ihr. Die Arbeit der Jugendorganisationen, ich möchte das nicht verhehlen, geht heute unter ausgesprochen erschwerten Bedingungen vor sich. Wenn sie wollen, spielt hier die Konsumgesellschaft mit ihrem reichhaltigen Angebot eine ganz enorme Rolle. Wir alle spüren das, die irgendwie mit dieser Jugendarbeit beschäftigt sind. Ich glaube daher, daß wir hier von dieser Stelle aus als der Steirische Landtag, die Abgeordneten dieses Hohen Hauses unseren Jugendfunktionären der Steiermark, den demokratischen Jugendorganisationen, die im Landesjugendbeirat zusammengeschlossen sind, den herzlichsten Dank für diese mühevollen Arbeit aussprechen sollen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich glaube — Ihr Beifall beweist es — wir sollten das in der Gesinnung tun, daß wir alles was wir für die Jugend und mit der Jugend tun auch letzten Endes für unsere Heimat tun, für die zukünftige Entwicklung.

Nun nur ein paar Feststellungen. Es hat im Rahmen der Budgetdebatte bereits einige Berichtigungen gegeben, tatsächliche Berichtigungen, wie festgestellt worden ist, ich bringe das im Rahmen eines Diskussionsbeitrages und ich glaube, es ist nach der Geschäftsordnung keine tatsächliche Berichtigung. Der Herr Abgeordnete Nigl hat gestern aufgrund der Ausführungen des Abgeordneten Gerhard Heidinger festgestellt, daß am Schulbausektor ja relativ viel geschieht, aber Graz einfach unterprivilegiert wäre und er hat die HAK II genannt, Ortweinschule und andere was noch alles zu geschehen habe. Meine Damen und Herren ich habe hier die Zahlen des Bundesministeriums für Unterricht und ich habe mir

hier die Grazer Bauten herausgesucht und ich darf Ihnen sagen — ich möchte nicht ins Detail gehen — ich stelle die Unterlagen gerne dem Kollegen Nigl zur Verfügung.

In den Jahren 1970 bis 1977 wurde in Graz für allgemein bildende höhere Schulen ein Betrag von 319,9 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. (Beifall bei der SPO.)

Meine Damen und Herren! Da glaube ich, kann man einfach nicht mehr sagen, es geschieht fast nichts. Es wird etwas zu tief unter die Schublade hineingegriffen. Es geschieht sehr viel. Aber wir sollen eines zur Kenntnis nehmen. Man kann in 7 Jahren nicht alles aufholen, was man in 25 Jahren verabsäumt hat zu tun. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Dorfer: „Und das Sie einmal in der Koalition gewesen sind, davon reden Sie nichts, Sie sind offensichtlich bis 1970 in Opposition gestanden! Das ist eine unerhörte Feststellung! Wozu hat es denn die Koalition gegeben, Herr Präsident Gross?“ — Abg. Dr. Schilcher: „Rechnen Sie die Inflation einmal ab!“)

Kollege Schilcher, ich werde Ihnen eine weitere Zahl sagen und dann höre ich damit bereits auf. Wir haben noch eine Post Bundeshochbau. Da sind die Universitäten eingeschlossen. Für diese Bundeshochbauten wurden im selben Zeitraum 1,7 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt.

Herr Kollege Dorfer, weil Sie vielleicht begreiflicherweise in Aufregung sind wegen dieser sachlichen Zahlen, die ich Ihnen gerne gebe. (Abg. Dr. Eichinger: „Wir regen uns nie auf!“) Wir haben Ihr Budget im Jahre 1970 übernommen. In diesem Budget waren 47 Millionen Schilling enthalten. (Abg. Gerhard Heidinger: „Für die Steiermark!“) Im Budget des Jahres 1977 sind nunmehr 163 Millionen Schilling enthalten. Der Betrag wurde vervierfacht. Sie stellen sich her und sagen, da geschieht nichts, es ist alles zu wenig. Ich glaube, so kann man die Dinge nicht machen. (Beifall bei der SPO. — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe bei der OVP. — Abg. Schrammel: „Das ist ein Rechenfehler!“ — Abg. DDr. Stepantschitz: „Damals hat man mit 47 Millionen mehr machen können als mit 140!“)

Eine Schlußbemerkung, meine Damen und Herren! Die Gruppe 7 wird ja vielleicht noch dazu Gelegenheit geben, ausführlich darüber zu sprechen. Aber der Abgeordnete Eichinger hat hier in der Gruppe 2, wo das nicht hingehört, auch die Wirtschaft angezogen und hat uns Sozialisten unterstellt, daß wir gegen Wirtschaftsförderung in diesem Ausmaß in der Steiermark seien. Wenn immer und wo diese Erklärung gefallen ist, glaube ich, daß ich im Namen unseres Klubs sagen kann, daß wir voll und ganz für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen eintreten, wo sie notwendig und zweckmäßig erscheinen. Das ist unser Grundtenor. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Eichinger: „Wir freuen uns, daß es so ist!“)

Wenn Sie heute sagen, „auch wir sind für die Vollbeschäftigung“, dann möchte ich Ihnen sagen, daß ich nicht an Ihren Worten zweifle. Ich begrüße es, daß Sie das hier heute sehr deutlich festgestellt haben. Ich bedaure nur, daß die Österreichische Volkspartei außer Worten immerhin 7 Jahre ge-

braucht hat, um einen Plan, wie man Vollbeschäftigung tatsächlich halten kann, auf den Tisch zu legen. Wie er realisierbar ist, das wird die Zukunft zeigen. (Beifall bei der SPO. — Zahlreiche Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Dorfer: „Ihr habt bis heute keinen Plan!“ — Abg. Ileschitz: „Wir haben es ja geschaffen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Sie wissen genau, wie es sich entwickelt hat!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Maitz:** Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur Bildungsdiskussion, die sicherlich aus einem besonderen Grund, nämlich, weil die Dinge sehr ernst sind, einen großen Raum einnimmt, nur noch ein paar Sätze. Dann möchte ich mich meinem Thema, dem Sport zuwenden.

Es ist aber notwendig, noch ein paar Dinge zu sagen. Herr Präsident Gross hat gemeint, es ist sehr viel in den letzten Jahren in Graz gebaut worden. Das stimmt. Aber würden Sie auch die Freundlichkeit haben, auch nachzuschauen und nachzulesen, wieviele von diesen Projekten, die jetzt finanziert werden, seinerzeit unter der Ministerschaft Pfiffil und Mock geplant und vorgesehen wurden und damit nur mehr in der Ausführung in den letzten Jahren nach diesen Plänen gebaut wurden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist das, was ich gestern gesagt habe! Der Wille zur Finanzierung der Bildungspolitik fehlt!“) Beides muß man berücksichtigen. Geben wir der Wahrheit die Ehre, Herr Präsident. (Abg. Klobasa: „Die planen schon 20 Jahre und bringen nichts zusammen!“) Geplant und vorgesehen! Vieles davon längst in der vorherigen Bundesregierung, jetzt durchgeführt. Anzuerkennen selbstverständlich. Aber im letzten Budget für 1978 wurden etliche Projekte für Graz wieder heruntergestrichen und das ist sicher nicht erfreulich. Vielleicht kann man das zur Wahrheitsfindung beitragen.

Noch ein Wort zur Methode der Bildungsdiskussion. Ich glaube, man sollte hier wenig parteipolitische Demagogie und viel Sachlichkeit an den Tag legen. Wir haben versucht und wir haben einen sehr guten Erfolg damit gehabt, in den Monaten Oktober und November in allen steirischen Bezirken Eltern-Lehrer-Schüler-Gespräche zu veranstalten. Wir haben damit auch keine parteipolitische Vergatterung gemacht, sondern haben 6 Assistenten des Universitätsinstituts für Pädagogik, also unabhängige Fachleute, damit betraut, offene Gespräche zu moderieren mit den Schülern, Eltern und Lehrern in allen steirischen Bezirken. Es waren 17 solche Gespräche. Wir haben ein nach wissenschaftlichen Grundsätzen zusammengestelltes Ergebnis dieser Gespräche und das wird unsere Grundlage sein, um diese so schwierige Diskussion in die Bahnen zu lenken, wie sie die Betroffenen selber wünschen; wie sie die Schüler, Lehrer, Eltern selber sehen und nicht wie irgendwelche Organisationshülsen, um die der Streit in der Öffentlichkeit passiert. Die sind nicht interessant. Weniger Gerede und

Organisationshilfen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Maitz! Die Meinungsvielfalt bei Ihnen ist nicht gegeben! Bei uns war der ÖVP-Sprecher Doktor Gruber eingeladen! Ich kann mich nicht erinnern, daß sie einen Sozialisten eingeladen haben!“) Leider sind Sie nicht gekommen, Herr Abgeordneter Heidinger. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir lassen uns von niemanden vorschreiben, wenn wir einladen dürfen! Das ist unsere Sache!“) Herr Abgeordneter Heidinger, Sie waren eingeladen, wundert Sie das nicht? Sie waren eingeladen. Wissen Sie das nicht? (Abg. Gerhard Heidinger: „Nein, wirklich nicht!“)

Wir haben nämlich öffentlich eingeladen mit Plakaten, Sie alle. Sie sind nicht gekommen. Das ist Ihr Fehler. (Heiterkeit — Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Zinkanell: „Da mußt du mich kitzeln, damit ich lachen kann!“) Ich glaube, um der Sache gerecht zu werden, (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wenn er sagt, Sie waren eingeladen, und Sie sagen nein, dann werden Sie ihn doch nicht der Lüge zeihen!“) Sie waren eingeladen, Sie sind nicht gekommen. Das war Ihr Fehler. (Abg. Gerhard Heidinger: „Nein!“) Ganz wenige Punkte aus den Ergebnissen. Das ist eine ganz großartige Arbeit, die jetzt unseren Vorstellungen zugrunde liegen wird. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Es war eine offene Einladung! Wir werden doch nicht einen eingeschriebenen Brief schicken müssen!“) Es waren offene Veranstaltungen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wir nehmen zur Kenntnis, wir waren eingeladen!“) Danke, da sind wir schon wieder weitergekommen.

Die wesentlichen Punkte in diesem großartigen Konvolut der Ausarbeitung der Meinung der Betroffenen, weniger Gerede um Organisationshülsen, mehr ernste Diskussion über die Lerninhalte, weniger Zentralismus und Bevormundung durch die zentralen Stellen, mehr Vertrauen in die Eltern, Schüler und Lehrer, weniger Verbürokratisierung der Schule und dafür mehr Vertrauen in die Schulgemeinschaftsausschüsse. Das sind die wesentlichen Punkte. So stellen wir uns eine verantwortungsvolle Politik vor, nämlich mit den Betroffenen zu reden — Schüler, Eltern, Lehrer — und dann aufgrund dieser Erfahrungen die Entscheidungen zu treffen. Wir können uns nicht vorstellen, daß der Schule, den Schülern, Eltern und Lehrern gedient ist, wenn man hier, Herr Abgeordneter Heidinger, mit deftigen Worten umgeht, die aus dem Vokabular des vorigen Jahrhunderts stammen — nämlich mit sozialen Gegensätzen, die man mühsam wieder ausgräbt, die die Bevölkerung unserer steirischen Heimat nicht mehr spürt. Dieses Vokabular aus dem vorigen Jahrhundert, das Sie gestern gebraucht haben, hat die Bevölkerung längst in den Mistkübel der Geschichte geworfen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Der Obmann Bauer in Wien. Diese Worte gehören in den Mistkübel!“) Das hören Sie nicht gerne, aber im Ausgraben sind ja die Sozialisten in letzter Zeit sehr stark geworden. Ich hoffe, wir werden hier gemeinsam wieder etwas eingraben von diesen alten unguuten Dingen. (Abg. Zinkanell: „Sie nicht! Sie graben ja den Mistkübel des Herrn Obmannes Bauer von Wien aus!“) Staatsoperette. (Abg. Gerhard Heidinger: „Hören Sie auf mit dem Blödsinn! Sagen Sie das dem Oberhammer oder

sonstswem!" — Abg. Dr. Schilcher: „Nicht mein Fall!" — Abg. Gerhard Heidinger: „Das hat dem Schilcher gefallen!" Minister Sinowatz — Staatsoperette — 6 Millionen Schilling oder waren es noch mehr für die Verhöhnung der österreichischen Bevölkerung ausgegeben. Das macht euch nichts, das stört euch nicht. (Abg. Kollmann: „Dem Chefredakteur Kreuzer war es vorbehalten!" — Abg. Zinkanell: „Der hat den Fehler gemacht!") Auch Ihre Vorfahren, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, wurden verhöhnt. Ich glaube, das sollten Sie sich auch nicht gefallen lassen. (Abg. Zinkanell: „6 Millionen hat das gekostet!") Aber es geht darum, wenn ich vielleicht noch einen Satz vom Pult hier dazu sagen darf, Herr Abgeordneter Zinkanell, wenn Sie mir dies gestatten, daß hier öffentliche Mittel dafür eingesetzt werden (Abg. Gerhard Heidinger: „Was heißt öffentliche Mittel?" — Abg. Zinkanell: „Wollt ihr eine Zensur?") — darf ich fertig reden — Budgetmittel des Bundes dafür eingesetzt werden, die österreichische Geschichte in den Dreck zu ziehen, die österreichische Politik zu verhöhnen, genauso Ihre Vorgänger in der sozialdemokratischen Bewegung wie unsere und dagegen müssen wir uns wenden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Maitz, zum Unterschied von Ihnen! — Abg. Ileschitz: „Haben Sie das gesehen?") Ganz genau studiert. Aber bekennen Sie sich dazu, daß das ein Mist war, dann ist schon einiges getan. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dann sage ich Ihnen, daß das ein Mist war, aber man soll ihn nicht verbieten!" — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nein, aber nicht finanzieren!" — Abg. Zinkanell: „Was ist mit dem Mist, den andere verzapfen? Sollen wir den auch verbieten?" — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Nennung ist der zweite! Jawohl, der soll auch verboten werden!") Ich freue mich außerordentlich, daß die Kollegen. (Abg. Schrammel: „Der Sinowatz hat dafür 6 Millionen gegeben!" — Abg. Zinkanell: „Was ist, wenn eine ‚Kleine Zeitung' einmal einen Mist verzapft? Bekommt sie dann keine Förderung mehr?") Vielleicht darf ich das wiederholen. Es wurde dieses eine Projekt. (Abg. Zinkanell: „Ich bin dafür, wenn der Mist verboten wird, dann soll er überall verboten werden!" — Abg. Dr. Schilcher: „Aber bezahlt ganz Österreich die ‚Kleine Zeitung'?" — Abg. Gerhard Heidinger: „Da fährt er nach Wien und kann sich nicht durchsetzen!" — Abg. Dr. Schilcher: „Viel, über meine Intervention, Herr Kollege Heidinger!") Sehr geschätzter Herr Abgeordneter Heidinger, darf ich jetzt wiederholen, was Sie selbst jetzt hier gesagt haben? Wir sind uns völlig einig in diesem Hohen Haus, die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion ebenso wie wir, daß diese Sendung Staatsoperette (Abg. Zinkanell: „Ein Mist war!") ein Mist, wie sie sagen, okay, war, das ist ein großer Fortschritt (Abg. Gerhard Heidinger: „Geschmack lasse ich mir von Ihnen nicht vorschreiben! — Abg. Prensberger: „Sie haben ja auch schon etwas gefördert, was danebengegangen ist!") Es ist ein großer Fortschritt, wenn Sie das anerkennen und daß dafür öffentliche Mittel in Millionenhöhe ausgegeben wurden. Mehr wollte ich nicht feststellen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Meine Herren, wollt ihr

die Zensur?" — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nein, aber eine Kritik wird es wohl geben dürfen! Sie wollen die Zensur!" — Abg. Schrammel: „Keinen Heimatsverrat, keine Verspottung der Geschichte!") Wer verbietet etwas? Wir haben nur festgestellt, daß das ein Mist war und wir uns diese Verhöhnung nicht gefallen lassen können. (Abg. Zinkanell: „Wir fragen Sie, ob Sie die Zensur wollen!") Das ist eine Demagogie, Herr Abgeordneter Zinkanell, das ist eine miese Demagogie, wenn Sie das jetzt so betreiben, denn wir haben nichts von Zensur gesprochen, wir haben nur gesagt, daß diese Sendung falsch war, daß öffentliche Mittel aufgewendet wurden und darüber sind wir uns einig, warum regen Sie sich so auf? (Abg. Zinkanell: „Sagen Sie das dem Filmemacher und den Medien!") Sagen Sie das dem Herrn Minister Sinowatz, daß er solche Filme nicht mehr fördern soll. (Abg. Zinkanell: „Das ist die Maschekseite!" — Abg. Gerhard Heidinger: „Metternich, schau oba!" — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Ihr habt den Oberhammer eingesetzt, und dafür müßt ihr verantworten, was dort geschieht!" — Abg. Schrammel: „Der Sinowatz hat eine Million gegeben!" — Abg. Ileschitz: „Welcher Mist ist unter dem Bacher verzapft worden, da habt ihr euch nicht aufgeregt!" — Glockenzeichen — Präsident: „Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist genug Dampf abgelassen worden. Aber wir stehen ja unter Föhn- einwirkung. Wir können ruhig auch am 8. Dezember fortsetzen!")

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich jetzt zum Sport spreche und daß ich aus dem Sportbereich eine Sache herausnehme, die bei allen Gesprächen mit Sportlern auf breitester Ebene mit Vereinigungen mit Medizinern, mit Funktionären, überall in allen Lagern, sehr geehrte Herren der linken Seite, als wesentlich anerkannt und herausgestellt wird, nämlich die sportmedizinische Betreuung. Es läßt sich vielleicht leichter argumentieren, wenn man sich ein paar Zahlen vor Augen führt, denn das ist nicht für ein paar Fanatiker, nicht für einige Spitzensportler, das was wir sportmedizinische Betreuung nennen und betreiben, sondern hier geht es um eine sehr breite Bevölkerungsschicht, die diese sportmedizinische Betreuung braucht. Wenn man davon ausgeht, daß rund 250.000 bis 300.000 Steirerinnen und Steirer Sportvereinen angehören, also sporadisch Sport betreiben und eine medizinische Betreuung brauchen. Wenn man die nächste Schichtung anschaut, dann sind das rund 120.000 bis 140.000 Sportler, die man als aktive Sportler bezeichnen kann, die regelmäßig Sport betreiben. Mit einem anderen Wort könnte man auch sagen, die Gesundheitssportler, die um ihrer Gesundheit willen Sport betreiben. Eine ganz erstaunlich hohe Zahl, die ich feststellen konnte, daß nämlich rund 20.000 Sportler in der Steiermark, nach dem Bericht der LSO, regelmäßig Kampfsport betreiben, also in den Kampfmannschaften der verschiedensten Sportarten vom Fußball, über Eishockey zu den Eisschützen, Tennis und Leichtathletik, alles was es da gibt, Skivereinigungen, daß rund 20.000 Sportler in der Steiermark Kampfsport betreiben. Die engste Gruppe, die uns aber besonders am Herzen liegt, die Spitzensportler umfassen rund 500 Per-

sonen in der Steiermark, die Hochleistungssport betreiben. Wenn man sich diese Zahlen anschaut und sich fragt, welche Form der medizinischen Betreuung dafür vorhanden ist, dann gibt es wohl sehr viele und gute Ansätze, es ist auch einiges geschehen, aber es gibt eine ganze Reihe offener Fragen, die man zur Diskussion stellen soll und ich glaube auch dazu dient eine Budgetdebatte Probleme aufzugreifen, zur Diskussion zu stellen und Vorschläge zu machen. Es ist viel in Gang gekommen durch Landtagsinitiativen, durch Fachtagungen der LSO, durch Arbeiten in den zuständigen Abteilungen des Landes, durch persönliches Engagement von sportbegeisterten Ärzten, aber es haben sich in anderen Bundesländern darüber hinaus bereits Initiativen gezeigt, die wir überlegen sollten. Es gibt zum Beispiel in Innsbruck die Klinik des Primarius Ras, wo sich quasi eine Klinik für Skisportler in Österreich herausgebildet hat. Es gibt zum Beispiel in Güssing den Primarius Huber, wo unsere Fußballer hinpilgern, wenn ihnen irgend etwas bei den Spielen passiert.

Es gibt und damit zurück in die Steiermark, eine sehr beachtliche Initiative der Professoren Buchner, Cesnik, Harmoncourt und List, die alle Schüler der Bruckner-Hauptschule umfassend untersucht haben und die dort zur erstaunlichen Feststellung gekommen sind, daß etwa 10 Prozent dieser schon einmal ausgewählten und ausgesuchten Schüler der Sporthauptschule eigentlich den Anforderungen, die dort gestellt werden, nicht gewachsen sind: etliche davon gehören sogar in klinische Behandlung. Ein wesentliches Hilfsmittel für diese Untersuchungen, für diese Sporttauglichkeitsuntersuchungen ist der AKL-Test — Atmungs-, Kreislauf und Leistungstest —, der als eine Initiative in der Steiermark für viele Personenkreise zur Verfügung steht, den wir aber besonders für die Sporttauglichkeitsuntersuchungen als geeignet empfinden.

Es gibt, um ein weiteres Beispiel einer erfolgreichen Initiative zu nennen, sportmedizinische Untersuchungsstellen beim ASKO und bei der Union, die in diesen Tagen fertiggestellt wurden und die jede, mit einem Aufwand von rund einer Million Schilling errichtet, diesen Vereinigungen als Untersuchungsstellen für die Tauglichkeit jeweils der einzelnen Sparten im Sport dienen können.

Noch eine grundsätzliche Feststellung. Alle, ob das Ärzte, Sportler, Sportjournalisten oder Funktionäre waren, waren der Meinung, daß die Betreuung der Sportler nach anderen Grundsätzen zu erfolgen hat, als die medizinische Betreuung der übrigen Bevölkerung; nicht nur der Hochleistungssportler und Kampfsportler, sondern aller, die regelmäßig um ihrer Gesundheit willen Sport betreiben.

Es ist also der Sportarzt zu einem Spezialisten geworden, der rascher, für die Betroffenen zielführender und, das wird sehr interessieren, auch billiger die sportärztliche Betreuung durchführen kann.

Es gab vor einem Jahr eine Untersuchung der Gebietskrankenkasse, die gigantische Kosten für die sportärztliche Betreuung bezahlen mußte, weil zum Teil doppelt ärztliche Maßnahmen gesetzt wer-

den mußten, weil sie für einen Sportler eben anders zu setzen sind als im Normalfall.

Zur Schlußfolgerung — ich wollte ja im wesentlichen ein Problem herausgreifen und Vorschläge dazu machen — möchte ich noch einmal in Erinnerung bringen. Wir haben in der Steiermark 250.000 bis 300.000 Sportler, die sporadisch Sport betreiben und in einem Verein organisiert werden, rund 150.000 Aktivsportler, die laufend Sport betreiben, rund 20.000 Leistungssportler und rund 500 Spitzensportler, die zu betreuen sind. Dazu ein konkreter Vorschlag, wie man von der breitesten Basis bis zur Spitze — wie es im Sport sinnvoll ist, Breite und Spitze zu haben — eine durchgehende medizinische Betreuung haben könnte. Die breite Basis stelle ich mir so vor, daß die Sporttauglichkeitsuntersuchungen etwa im System des AKL-Testwagens durch das Land Steiermark völlig kostenlos für alle Jugendlichen, die Sport betreiben wollen, durchgeführt werden. Also Sporttauglichkeitsuntersuchung kostenlos vom Land betrieben, im System des AKL-Testwagens mit zusätzlichen aus dem Professorentagungen, die ich vorher erwähnt habe, adaptierten Untersuchungsmethoden.

Die zweite Ebene wäre die finanzielle Sicherung. Dazu möchte ich alle sehr ersuchen, die in der Regierung dafür Verantwortung zu tragen haben. Es sind der Sport und das Gesundheitswesen darinnen enthalten. Ich möchte also ersuchen daß diese sportmedizinischen Untersuchungsstellen der großen Verbände ausreichend dotiert werden, um die Personalkosten und den Sachaufwand auch weiterhin tragen zu können.

Die dritte Ebene wäre und die erscheint mir besonders wichtig und ist für Österreich Neuland, daß man eine Klinik für Sportmedizin zumindest in der Steiermark schafft, daß man als logische Konsequenz davon auf der Universität eine Lehrkanzel für Sportmedizin anstrebt und daß als logische Konsequenz daraus sich der Facharzt für Sportmedizin herauskristallisieren könnte.

Ich glaube man muß das Ganze sehen. Denn nur, wenn wir eine durchgehende Betreuung haben — von der Reihenuntersuchung, von der Sporttauglichkeitsuntersuchung bis zur höchstwertigen Betreuung in einer eigenen Sportklinik — hätten wir erst alles getan, um dem für die Gesundheit und für die Leistungsfähigkeit so wichtigen Bereich des Sports auch eine entsprechende medizinische Betreuung zu geben. Die Steiermark könnte auch hier ein Modellfall werden. Als ersten Schritt stelle ich mir vor, daß wir Ärzte, Sportjournalisten, Fachleute der Landessportorganisation, zuständige Beamte der Rechtsabteilung für Gesundheitswesen und Damen und Herren dieses Hohen Hauses zusammenfassen und eine solche Einrichtung, wie sie zum Beispiel in Kannstadt bei Stuttgart in Deutschland besteht, anschauen — medizinisch und chirurgisch hat sich dort eine solche Klinik herausgebildet — und wenn es ein gutes Beispiel ist, wir nicht davor zurückscheuen, ein solches Beispiel nachzuahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich deutlich machen wollte ist, daß Sportmedizin und die sportmedizinische Betreuung nicht nur für ein paar fanatische Sportler oder für ein

paar Spitzensportler wesentlich ist, sondern eine sinnvolle Notwendigkeit für die zukünftige Entwicklung breiter Bevölkerungsschichten, die mit dem Sport einen Ausgleich zum Berufsstreben finden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Karrer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem sich die Wogen zum Kapitel 2 geglättet haben, wo es um die Schulen, um die Ausbildung unserer jungen Menschen und auch um die Ausbildung der Erwachsenen geht, glaube ich, ist notwendig, daß man sich besinnt, wenn hier junge Schülerinnen anwesend sind, die doch nicht den Eindruck von der Landstube haben sollen, daß man sich hier gegenseitig nicht verstehen kann. Es ist nicht so.

Gerade zu diesem Kapitel Bildung und Erwachsenenbildung möchte ich in wenigen Sätzen einen Beitrag liefern, weil ich seit sieben Jahren in diesem Haus vermisste, daß über einen Schultyp gesprochen wird, der sich in Leoben befindet, und zwar die Berg- und Hüttenschule. Wer sich mit dem Innenleben dieses Schultyps, der einzig in Österreich ist, befaßt, muß erkennen und wird daraus ersehen, daß hier erwachsene Familienväter von sich aus bereit sind, den zweiten Bildungsweg zu beschreiten. In einer Art und Form, die so gigantisch ist, daß es hier zumindest erwähnt werden sollte.

Die Männer, die diese Schule besuchen — es sind 1000 in ganz Österreich und 600 in der Steiermark —, nehmen ein sehr großes Opfer auf sich.

Auf der einen Seite gehen ihre Kinder in die Pflichtschule und sie scheuen sich nicht zur Weiterbildung, zur Hebung ihres persönlichen Lebensstandards, natürlich auch parallel dazu für eine bessere Bedienung in der Wirtschaft zum Lerntisch zu gehen, die Schulbank zu drücken, um beiden Teilen gerecht zu werden. Bei der Aufnahme in diese Schule ist zwingend vorgeschrieben, daß dies keine Jugendlichen mehr sein können, es ist zwingend vorgeschrieben, daß ein gewisses Praxisleben in den Betrieben oder in der Wirtschaft vorhanden sein muß und es ist auch ein gewisses Alter vorgeschrieben von und bis, so daß hier doch ein gewisser Lernerfolg zu verzeichnen ist. Es ist auch in diesem Schultyp möglich, daß Menschen, die in ihrer Jugendzeit nicht die Chance gehabt haben, eine höhere oder bessere Ausbildung zu erfahren. Es ist auf dem Nachsichtssektor möglich, nach vorangegangener Prüfung und Einschulung und nach Ablegung des Tests auch weiterzukommen. Sehen sie, gerade in diesen Tagen wird um diese Schule wieder sehr gebangt, auf dem finanziellen Sektor. Die Organisation der Schule, die ja sicher in Ordnung ist, darüber brauche ich nicht zu reden, denn was in einer Schule funktioniert, darüber soll man nicht reden, man soll nur mithelfen, daß dort wo es schwächer ist, es besser werden könnte. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn hier in diesem Land und

in der Steiermark so viel über Wirtschaft über Möglichkeiten der besseren Ausnutzung der Produktionsstätten gesprochen wird, daß auch diesen Menschen geholfen wird, diesen Schulen geholfen wird, denn die Belastungen, die diese Männer, diese Familienväter auf sich nehmen, sind zum Teil doch sehr gigantisch. Die Familien zu Hause müssen leben, sie müssen einen Internats- oder Schulungsbeitrag leisten und wenn sie das alles in Einklang bringen, dann kommt man darauf, daß doch finanzielle Unterstützungen fehlen, und meine Bitte geht hier an das Land Steiermark im Voranschlag, eine Rubrik zu schaffen, die berechtigt, diese stolze Schule in Leoben auch finanziell zu unterstützen. Es wird meines Erachtens nach nicht nur für die Betroffenen, sondern für die gesamte steirische Wirtschaft von Segen sein. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bischof. Ich erteile es ihr.

**Abg. Bischof:** Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

In dieser Gruppe hätte ich mich nicht zu Worte gemeldet, doch die Polemik vom Herrn Abgeordneten Stoisser zwingt mich dazu.

Ich möchte doch gerne zwei Gedanken in die Landstube bringen. Ich habe schon einmal hier im Landtag aufgezeigt und ich glaube, ich muß es ein zweites Mal tun. Vor zehn Jahren, als es noch keine freien Schulbücher, keine freie Schulfahrt und keine Heimbeihilfen gegeben hat, mußte ich für unsere Zwillinge berufstätig werden, damit unsere Zwillinge einen höheren Bildungsweg gehen konnten, denn mit einem Verdienst wäre das nicht möglich gewesen. Und ich frage sie nun, meine Damen und Herren, von der rechten Seite, wieviele Mütter sind dazu später in der Lage, daß sie wieder berufstätig sein können für ihre Kinder, den früher zu meiner Generation war es noch nicht so selbstverständlich, daß die Mädchen einen Beruf erlernen konnten. Und einen zweiten Gedanken. Unser Abgeordneter Heidinger hat das richtig argumentiert mit der integrierten Gesamtschule. Trotz der freien Schulbücher und trotz der freien Schulfahrt und trotz der Heimbeihilfen gibt es noch keine Chancengerechtigkeit für die Kinder unserer Arbeiter, unserer Hilfsarbeiter und für die Kinder aus der bäuerlichen Bevölkerung. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist nicht wahr!“ — Abg. Ritzinger: „Das glauben Sie aber wohl selber nicht, was Sie jetzt sagen!“) Das wäre nur über die integrierte Gesamtschule möglich, wo die Kinder aus allen sozialen Schichten einen gemeinsamen Weg gehen vom 10. bis zum 14. Lebensjahr, aber sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite, sie wollen ja Ihre privilegierten Kinder in die AHS schicken. Ja, so ist das, (Abg. Doktor Maitz: „Aber geh! So ein Witz! Sie leben ja am Mond! Hören Sie auf mit dem Klassenkampf!“ — Abg. Buchberger: „Marxistische Aussagen!“ — Abg. Schrammel: „Also der Schwanengesang, das glaubt ja niemand!“) damit die Schüler der AHS auf die Kinder der Hauptschule herunterblicken können. Ja, ich habe das selbst erlebt. Und ich möchte noch

etwas sagen. Der zweite Klassenzug ist eine Diskriminierung, wie es keine zweite gibt. (Abg. Doktor Maitz: „Gehen Sie doch hinein in eine Schule und schauen Sie sich die Kinder an!“)

Zum dritten, zum Kindergartenförderungsgesetz: Ich bin dem Herrn Abgeordneten Eichtinger sehr dankbar, (Abg. Brandl: „Da strahlt er! Nicht zuviel loben!“) wir pflegen ja Kontakte Kindberg und Kapfenberg. Nur muß ich sagen, daß Sie Herr Abgeordneter, in Kapfenberg wesentlich höflicher und freundlicher empfangen werden, wie das oft uns geschieht bei einem Ball, daß wir so schnell begrüßt werden, daß man sich gar nicht vorstellen kann, daß man gar nicht aufstehen kann. (Heiterkeit. — Abg. Brandl: „Ein großer Unterschied!“) Das ist der Unterschied, wir bei unserer Mehrheit in Kapfenberg, wie wir der ÖVP entgegenkommen. Das möchte ich einmal aufzeigen und auf das habe ich schon sehr lange gewartet. (Abg. Schrammel: „Also tut sie begrüßen!“)

Aber zum Kindergartenförderungsgesetz doch ein paar ernste Sätze. (Abg. Dr. Eichtinger: „Das war bis jetzt heiter, und jetzt wird es ernst!“) Jetzt wird es ernst. Sicher haben wir uns das sehr gut überlegt, daß wir von 100 Schilling Kindergartenbeitrag auf 380 Schilling gehen mußten und das hat bestimmt einige Aufregung verursacht und wir mußten uns persönlich einer Diskussion in den Kindergärten stellen. Ich habe auch schon aufgezeigt, daß viele junge Familien die Kinder herausgenommen haben, wobei die die berufstätig sind, sie müssen es sein, weil sie eine moderne, schöne Wohnung haben und diese Wohnung eben viel kostet und beide berufstätig sein müssen und dann nicht mehr in den Genuß der Kindergartenbeihilfe kommen. Und wir als Gemeinde mußten auf die 380 Schilling gehen, (Abg. Dr. Eichtinger: „Wieso?“) sonst würde die Gemeinde keine Förderung für die erste Gruppe bekommen (Abg. Brandl: „Da hat sie recht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das stimmt nicht!“) und wir haben ja Kindergärten mit drei und vier Gruppen und wir müssen auch den minderbemittelten Eltern die Möglichkeit geben, daß sie um die Kindergartenbeihilfe ansuchen können.

Jetzt noch einen Vergleich aus unserer Familie. Der eine Sohn aus der Steiermark zahlt 380 Schilling aufgrund seines Einkommens für das Kind im Kindergarten, bekommt keine Beihilfe. Der zweite Sohn in Niederösterreich zahlt 500 Schilling, und zwar nur für das Beschäftigtenmaterial für das ganze Jahr. Ich frage sie nun, wenn das in Niederösterreich möglich war und das war ja unser Vorschlag der SPO, wir wollten den Eltern und den Gemeinden mehr bringen (Abg. Dr. Eichtinger: „Nulltarif!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Also Nulltarif!“ — Abg. Brandl: „Die Schwarzen sind fortschrittlicher in Niederösterreich!“) und uns kommt vor, die ÖVP in der Steiermark ist noch konservativer als die ÖVP in Niederösterreich. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Eichtinger: „Nein, sozialer als die SPO!“ — Abg. Brandl: „Die Niederösterreicher sind besser!“)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kohlhammer:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist sicherlich müßig, zu diesem Zeitpunkt darüber zu klagen, daß die generelle Kürzung der Förderungsposten des Budgets 1978 auch den Sport trifft. Dennoch soll, glaube ich, klar festgestellt werden, daß diese Maßnahmen vor allem jene Bereiche sehr hart trifft, die praktisch auf Förderungsbeiträge seitens des Landes angewiesen sind. In diesem Bereich des Sports ist es doch vielfach so, daß der Betrieb überhaupt nur mit diesen Förderungen aufrecht erhalten werden kann. Es gibt bekanntlich Sportarten, die sich gänzlich oder zum weitaus größten Teil selbst finanzieren, wie Fußball oder Tennis. Der weitaus größte Teil ist jedoch darauf angewiesen, diese Subventionen zu erhalten. Dies gilt sowohl für den Aufwand, die Ausrüstungseinrichtungen, als auch für die laufenden Betriebskosten. Wie weit hier eine Bestandsgefährdung eintreten wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall wird diese Maßnahme für vielen Funktionäre sein schwerer Schock sein.

Meine Damen und Herren, leider ist festzustellen, daß schon im heurigen Jahr die Leistungen des steirischen Spitzensports rückläufig waren. Unsere Spitzensportler konnten keinen einzigen österreichischen Meistertitel in unseren Paradesportarten Leichtathletik oder Schwimmen verzeichnen. Besser Eingeweihte, um nicht zu sagen, Fachleute behaupten, dies liege am Mangel von wirklich qualifizierten Trainern bzw. an einer schon etwas verstaubten Philosophie, die etwa lauten könnte: Das haben wir schon immer so gemacht. Hier scheint dringend ein Umdenken notwendig. Nur fragt man sich, ob und wann ein Umdenken wirklich zu erwarten ist. Der Sport ist in allen seinen Bereichen — vom Spitzensport bis zum Sport für Behinderte — ein ständig wachsender Faktor der Gesellschaft. Speziell der Breitensport ist im Hinblick auf den Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Wir haben 3 Möglichkeiten den Gesundheitszustand festzustellen.

Einmal bei den Schuluntersuchungen. Hier hat sich laut Statistik des Zentralamtes im Schuljahr 1975/76 erste Schulstufe herausgestellt, daß im Bundesdurchschnitt bei 12,8 Prozent der Schüler eine Haltungsschwäche und bei 28,3 Prozent bereits Fehlformen an Beinen und Füßen festgestellt werden mußten. Es wurden 40 Prozent aller Schüler der ersten Schulstufe erfaßt.

Auf Grund der statistischen Auswertung von Untersuchungen an 193.000 Österreichern hat sich gezeigt, daß jeder zweite übergewichtig ist. Bei 23 Prozent mußte bereits von Fettsucht gesprochen werden, wobei man darunter mehr als 20 Prozent Übergewicht versteht.

Auch bei den Untersuchungen der Wehrdiener zeigen sich erschreckende gesundheitliche Zustände. Besonders gravierend war die Untersuchung auf der sogenannten Diagnosestraße des Bundesheeres in St. Pölten, wo 4594 Stellungspflichtige untersucht wurden. Resultat: Allgemein schlechter Gesundheits- und Trainingszustand der 18jährigen. Es waren nur 673 oder 14,65 Prozent, die keine Krankheit oder



keine Leiden hatten. Der Rest war krank oder leidend. Schon allein wegen dieser alarmierenden Zahlen und Ergebnisse müßte uns jede Anstrengung recht sein, möglichst alle Menschen zur sportlichen Betätigung zu bringen. Hier überschneidet sich das Problem, das schon der Kollege Maitz hier angeführt hat, nämlich die Situation des Gesundheitszustandes der Bevölkerung und die Notwendigkeit, sie zur sportlichen Tätigkeit überhaupt einzuladen und diese Möglichkeiten auszubauen und zu fördern mit dem Bereich der Sportmedizin, dem sicherlich immer mehr Bedeutung zuzuschreiben ist. Ärzte erfüllen heute vielfach noch ehrenamtlich als Mitglieder von Vereinen diese Aufgaben und müssen sich darauf beschränken, Unfälle zu versorgen.

Ich glaube, daß Sport neben einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung und der Freude an sportlicher Erziehung, eben auch der Gesundheit wegen betrieben wird. Daß Sport gesund ist und daß der Sportler gesund bleibt, muß bestmöglich garantiert sein. Falscher Ehrgeiz, verborgene Gebrechen oder auch geschäftliche Motive können einen großen gesundheitlichen Schaden anrichten. Zugegeben, für den Spitzensportler gibt es schon ganz beachtliche Betreuung. Für den weitaus größeren Sektor, den Breitensport müßte noch viel Pionierarbeit geleistet werden. Von Kindheit an muß sportliche Betätigung anerzogen und diese gefördert werden. Es herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, daß vor allem der Breitensport gefördert werden muß und diese Förderung absolut den Vorrang hat. Letztlich ist der Breitensport dann auch immer wieder die Basis für den Spitzensport. Aus den Leistungen der Spitzensportler können umgekehrt bis zu einem gewissen Grad sinnvolle und auch ausreichende Förderungsmaßnahmen abgelesen werden. Die Bedeutung qualifizierter Trainer habe ich schon erwähnt, wobei wir mit Blick auf internationales Niveau bekanntlich in den Bereich der Diskussion kommen, wo eigentlich die menschlichen Leistungsgrenzen im Sport liegen.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich noch zum Sportstättenbau ein paar Worte sagen darf. Ich möchte dafür eintreten, daß die begrenzten Geldmittel dafür verwendet werden, daß eine gerechte Verteilung auf unser ganzes Bundesland gegeben ist. Dafür einzutreten, liegt mir als Abgeordneter des Bezirkes Deutschlandsberg natürlich besonders am Herzen. Auch in diesem Punkt ist leider der Bezirk Deutschlandsberg ein Problembezirk. Ich will jetzt nicht nur den eigenen Kirchturm sehen, sondern auch für den Bezirk Liezen sagen, daß die angestrebte Kunsteisrodelbahn sicherlich eine besondere Förderung braucht. Persönlich bin ich jedoch der Meinung, daß nur sinnvolle Sportstätten überhaupt eine Förderung erhalten sollen, was keineswegs bisher eine Selbstverständlichkeit war. Prestigebauten muß man auf jeden Fall verhindern. Auch die Betriebskosten, die von den Benützern oder auch von den übrigen Nichtbenützern getragen werden müssen, können einen gefährlichen Effekt haben. Wenn sich der einzelne oder kleine Vereine — vor allem jene Sportarten mit erfahrungsgemäß wenig zahlenden Zusehern — die Kostenlast nicht leisten kann bzw. nicht mehr

leisten können, bleiben nur zwei Möglichkeiten. Entweder ständige Subventionen ohne Kürzungen, vielleicht auch Sponsoren, oder Bestandsgefährdung oft wertvoller Sportzweige bzw. nicht ausgelastete Anlagen. Gut gemeinte Förderungen haben in beiden Fällen ihren Sinn nicht erfüllt, ganz im Gegenteil. Echte Sportler sind nicht verwöhnt und sollen es nicht werden. Deshalb meine ich, es ist besser sorgfältig abgestimmte und etwas spartanischere Sportstätten und -einrichtungen zu errichten, diese dafür aber zahlreicher und für die Benützer billiger. Auch der Einfluß auf private Sporteinrichtungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, scheint geboten. Der eigene, individuelle Spielraum soll größtmöglich erhalten bleiben. Sport und vor allem der Breitensport darf nicht finanziellen Zwängen unterliegen. Wenn bestimmte Sportarten sich langsam aber sich zum Privilegiertensport entwickeln, wie zum Beispiel der alpine Schisport, so soll dies auf jene Sportteilnehmer beschränkt bleiben, die sich einen überhöhten Aufwand leisten können und den sie leisten wollen. Allen anderen sollen die sportlichen Möglichkeiten eben mit bescheidenen Mitteln weitgehend zugänglich sein. Aus eigener Erfahrung weiß ich und wahrscheinlich die meisten von Ihnen auch, was sich hier abspielt. Ich erlebe es besonders mit meinen beiden Töchtern, welcher Aufwand jährlich geboten wird und wie es für Eltern von Jahr zu Jahr schwieriger wird, ihren Kindern den Schikurs zu finanzieren.

Es müssen Wege gesucht werden, diese Diskriminierungen auszuschalten. Ich würde mir jedenfalls wünschen, daß nicht mehr Sicherheit mehr Geld kostet, sondern bestenfalls viel mehr Bequemlichkeit, Mode oder mehr Prestige mehr bezahlt werden muß. Die Trennung jedoch, meine Damen und Herren, sollte für die Konsumenten etwas deutlicher erkennbar sein. Ich habe hier nur einige Beispiele herausgegriffen, um wieder einmal mehr zu zeigen, daß der Bereich der sportlichen Betätigung, bzw. dessen Förderung keineswegs problemlos ist. Es wird ein ständiges Ringen bleiben, soweit eben möglich ausgleichend einzuwirken.

Abschließend möchte ich den unzähligen ehrenamtlichen Funktionären für ihre meist aufopfernde Tätigkeit meine größte Bewunderung aussprechen und die Hoffnung anschließen, daß die finanziellen Mittel des Landes es baldmöglichst wieder ermöglichen, genügend und in der Höhe Mittel zur Verfügung stellen, die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist. Danke schön. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Professor Jungwirth. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wir haben vor einigen Wochen eine Steirische Akademie zum Thema Gesundheit organisiert und ein Gast dieser Steirischen Akademie war der bekannte Kritiker des Industriesystems Ivan Illich. Ein Mann, der Entwicklungen in der industriellen

Gesellschaft sehr hart kritisiert, gleichgültig wo sie geschehen, in Ost oder West. Es gibt manche Aussagen von ihm wie das bei solchen Propheten oft der Fall ist, die man sicherlich anzweifeln und diskutieren kann und muß. Es gibt aber zwei Punkte, die ich persönlich jederzeit zu unterschreiben bereit bin.

Erstens: Wir haben viel zu viel Lebensverwaltung und wir brauchen in Wahrheit viel mehr Lebenskunst. Lebenskunst verstanden als die Fähigkeit des Menschen sein Leben selbst in die Hand zu nehmen, es so weit zu gestalten, wie es ihm entspricht und wie es ihm möglich ist.

Zweitens: Es gibt Superorganisationen große Städte, große Bürokratien, große Schulen, große Spitäler, große Einrichtungen. Wenn die eine bestimmte Größenordnung erreichen, dann überschreiten sie eine Schwelle und jenseits dieser Schwelle werden sie unproduktiv, das heißt das Geld, das sie verschlingen, das bringen sie in Leistung nicht mehr heraus. Für mehr Geld leisten sie weniger.

Und damit, meine Damen und Herren sind wir schon mitten in der Bildungsdiskussion, denn es geht sehr oft um Organisationsfragen, die zu Superorganisationen führen, zur Diskussion über diese Superorganisationen. Und das steht auch im Hintergrund bei den Fragen um die Gesamtschule. Denn wenn man von der Gesamtschule spricht, dann muß man ja sagen, für welche Gesamtschule man ist und das geschieht ja meistens nicht. In der Diskussion weiß man ja nicht, worüber überhaupt die Rede ist. Was ist gemeint? Ist die Gesamtschule der 10- bis 14jährigen gemeint in dem Sinne, erstens, für alle gleicher Unterricht in allen Gegenständen ohne jede Ausnahme, so wie in der Volksschule. Ich sage gleich dazu meine Antwort. Das wäre die falsche Lösung. Denn in 10- bis 14jährigen, da stecken schon so viele Anlagen und verschiedene Anlagen und Interessen und Stärken, daß die Schule einfach diesen Anlagen entgegenkommen muß. Sie wäre inhuman, wenn sie das nicht täte. Diese Form von Gesamtschule wäre grundfalsch.

Dann bleibt ja nur mehr die zweite Form übrig, das ist eine mit Differenzierung, wo man dann verschiedene Gruppen einführt, Niveaugruppen, Leistungsgruppen. Dann sagen die Befürworter der ersten Gesamtschule das ist schon wieder der Leistungsstreß, da wird schon wieder die Leistungsgesellschaft heraufgezüchtet usw. Es sind sich ja die Befürworter der Gesamtschule auch nicht einig über die Formen, die sie eigentlich wollen. Diese zweite Form hat natürlich auch ihre Probleme, da gibt es schon Erfahrungen. Denn wenn man differenziert, dann braucht man viel Schüler und je mehr Schüler man hat, desto besser kann man differenzieren und jetzt zeigt sich wiederum der Pferdefuß aus Beobachtungen in anderen Ländern. Nämlich, daß man dann zu Schulen kommt mit 1000, mit 1500 und mit 2000 Schülern und die haben auch wiederum ihre Nachteile, weil die Kinder oder Jugendlichen nicht mehr wissen, wo sie hingehören, zu welchen Lehrern sie gehören, in welche Klassen sie gehören, weil sie in der Anonymität herumirren. Daher bitte sehr nicht zu übersehen, daß diese Problematik ja wirklich ihre großen Nebenwirkungen hat.

Ich weiß schon, es ist eine Art Religionskrieg entbrannt in dieser Beziehung und die Diskussion ist noch sehr verkrampft und ich glaube, sie wird sich mit der Zeit entkrampfen, ich hoffe es zumindest und ich möchte auch dazu meinen Beitrag leisten. Ich möchte zum Beispiel in die Debatte werfen, daß die Gesamtschule in völlig konträren Systemen existiert. Sie existiert in der Sowjetunion und sie existiert in den Vereinigten Staaten. Ich habe nicht den Eindruck, daß in der Sowjetunion oder in den Vereinigten Staaten dadurch eine bessere oder gerechtere Gesellschaft entstanden wäre. Denn Gerechtigkeit entsteht offenbar durch ganz andere und viel viel stärkere Faktoren als durch einen Schulorganisatorischen Faktor.

Es ist gerade in Großbritannien ein Bericht herausgekommen, die Labour-Regierung hat einen Auftrag gegeben, er heißt Halsey-Report und da steht ein zentraler Satz drinnen, der wörtlich lautet: „Das zentrale Faktum der Bildungsgeschichte des 20. Jahrhunderts ist es, daß egalitäre Politik gescheitert ist.“ Ende des Zitates. Mit anderen Worten, die Schule schafft nicht die total gleiche, ist gerechte Gesellschaft.

Es ist kein Wunder, wenn auf der anderen Seite wiederum Bewegungen entstanden sind, die im Sinne des Elternrechtes verlangen, daß man die differenzierte Schule bei den 10- bis 14jährigen doch respektieren soll. Ich erinnere an solche große Auseinandersetzungen in England, da hat es gerade im letzten Jahr eine Gemeinde gegeben. Sie haben aufgrund einer Bürgerinitiative einen Musterprozeß geführt gegen den Staat, weil sie wollten nicht ausschließlich die Comprehensive school haben, die Gesamtschule und sie haben diesen Prozeß gewonnen. Jetzt werden eben beide Modelle angeboten in dieser Gemeinde. Das sollten wir bitte nicht übersehen.

Ich respektiere voll und ganz bei den Befürwortern der Gesamtschule ihre Sorge, um Gerechtigkeit, um gerechte Chancen für alle Kinder, das ist überhaupt außer Frage, das ist voll zu respektieren. Aber bitte übersehen wir nicht, daß wir in Österreich ein Schulsystem haben, das ja anders gelagert ist als es in anderen Ländern vor der Einführung der Gesamtschule gewesen ist. Wir haben, wenn wir aus den großen Ballungsräumen hinausgehen in die außerstädtischen Räume, die Konstruktion, die aus den sechziger Jahren stammt und die auf Piffel-Percevic zurückgeht, wenn schon nicht überall ein ganzes Gymnasium, dann doch ein Oberstufengymnasium für die 15- bis 18jährigen und darunter die Hauptschule mit dem ersten und zweiten Klassenzug.

Wie sieht das jetzt aus mit den Übertritten, meine Damen und Herren? Wir haben eine steirische Statistik anlegen lassen und festgestellt, daß in den Oberstufengymnasien der Steiermark, also von Radkersburg bis hinauf nach Stainach und von Deutschlandsberg bis Hartberg im ersten Jahrgang, also bei den 15jährigen 78 Prozent der Schüler und Schülerinnen aus der Hauptschule kommen. Von fünf Schülern eines Oberstufengymnasiums kommen vier aus der Hauptschule und haben damit alle Wege vor sich offen bis zur Matura und wenn sie wollen bis

zur Hochschule. Das gilt auch für andere weiterführende Schulen. Wir haben die Gesamtstatistik, daß Oberstufengymnasium, Allgemeinbildende höhere Schulen und verschiedene Fachschulen in den Jahrgängen 65 Prozent der Schüler aus den Hauptschulen rekrutieren, zwei von drei Schülern kommen aus den Hauptschulen. (Abg. Kohlhammer: „Ich frage Sie, wo sollen sie hinein, wenn es in den Bezirken nur Hauptschulen gäbe?“) Wenn es nur Hauptschulen gibt. Meines Wissens gibt es keinen steirischen Bezirk, mit Ausnahme des Bezirkes Graz-Umgebung, wo es keine höhere Schule gibt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist ja positiv gemeint!“) Die Hauptschule ist ja dann die Unterstufe zu diesem Gynasium. (Abg. Dr. Eichtinger: „Positiv!“) Hätten wir die Oberstufenform nicht, könnten die Hauptschüler nicht weitergehen. In Ordnung! Deshalb war es wichtig, das Netz zu ergänzen. Auf der einen Seite mindestens die Oberstufenformen und auf der anderen Seite die Hauptschulen. Ich will zeigen, daß sich das ergänzt, daß ein großer Teil der Hauptschüler in die weiterführenden Schulen hinaufgeht (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Landesrat, das ist der Beweis, daß der Vorwurf der Nivellierung Hauptschule — AHS nicht stimmt!“)

Eine Nivellierung würde stattfinden, wenn der Unterricht für alle gleich wäre — wie gesagt bei den 10- bis 14jährigen — und auf der anderen Seite, wenn dadurch riesige Schulfabriken entstünden. Das ist ja das Problem. Ich glaube, daß es in einem Land mit der Topographie der Steiermark, eines Gebirgslandes, wo die Siedlungsstruktur oft eine Streusiedlung beinhaltet, die Konstruktion dieser zwei Netze, die sich ergänzen, eine gute ist.

Die Hauptschule ist keine Sackgasse. Es ist richtig, daß man über den zweiten Klassenzug noch sprechen muß. Da stimme ich voll und ganz zu. Er ist zwar auch nicht eine totale Sackgasse. Das stimmt nicht. Es gibt etliche weiterführende Schulen, wo die Mehrzahl der Schüler aus dem zweiten Klassenzug kommt. Nicht der Fall ist das bei Gymnasien. Daher muß man sich darüber den Kopf zerbrechen. Da handelt es sich beispielsweise um das Angebot der Fremdsprache. Das Angebot des Englischen im zweiten Klassenzug der Hauptschule wäre bereits eine weitgehende Lösung dieses Problems. Ich plädiere für eine Fortsetzung dieser Diskussion — auch für eine Fortsetzung von Versuchen, selbstverständlich —, aber eine entkrampfte Diskussion. Ich glaube, daß es möglich sein muß, auf diese Weise zu sehen, daß das bestehende System durchaus nicht ungünstig ist und herauszubekommen, wo noch die weißen Flecken sind, wo man etwas verbessern kann.

Wir sollten nicht nur über Organisation sprechen. Das ist die Gefahr bei der Diskussion um die Gesamtschule, daß man übersieht, daß es zum Teil um wesentlich dringendere Fragen in unserem Schulsystem geht. Wie schaut es innerhalb der Schule aus? Wie ist es mit der inneren Schulentwicklung und mit der inneren Schulreform? Hier gibt es etliche Arbeit zu leisten und etliche Punkte, die diskutiert werden müssen. Die Frage der Lehrpläne beispielsweise, eine Revision der Lehrpläne, und zwar so, daß die Schule nicht am Leben vorbeiproduziert. Das ist wieder die Schwierigkeit — ich muß sagen, der

Illich hat recht — der Organisation. Sie ist eine Superorganisation. Alles ist festgelegt in Gesetzen, die in diesem Fall aus Wien kommen und für ganz Österreich gelten. Bevor man in einem Lehrplan auch nur einen Beistrich ändern kann, vergehen Jahre, weil ein Gesetz, wenn es einmal beschlossen ist, in Österreich sehr lange hält. Das ist ein Problem für die Schulpraxis. Es ist eine Frage, was man innerhalb der Schulgegenstände bringt und was man nicht bringt. Hier, meine Damen und Herren, keine einseitige Intellektualisierung. Natürlich, Ausbildung des Intellekts ist ganz wichtig. Aber auch die Bildung der Emotion, die Bildung der Gefühle, ist wichtig, denn daraus wird ja erst der ganze Mensch. Jede Tendenz ist abzulehnen, die darauf hinausgeht, daß solche Fächer gefährdet oder abgeschafft werden können. Sei es die Musik, sei es die bildnerische Erziehung, sei es die Handarbeit, sei es die Werkerziehung und auch der Sport, die Leibesübungen. Sie alle haben ihre Funktion und nur wenn sie auch eingebettet sind in das Schulsystem und eingebettet bleiben, dann wird es sich gut entwickeln.

Denn die Ratio allein schafft es nicht; die Ratio allein führt nicht unbedingt zum glücklicheren Leben. Es ist vielleicht etwas weit hergeholt und es ist gefährlich, das in einer Minute abhandeln zu wollen — ich tue es nicht und ich will das nicht —, aber wenn ich mir ansehe, welche Menschentypen es in der letzten Zeit gegeben hat, die leider durch die Presse gegangen sind, weil sie als Terroristen, ich möchte sagen verführte Mitglieder der Gesellschaft geworden sind, dann sind das in der großen Überzahl superintellektuelle Menschen, hochgescheite Menschen, brillante Köpfe. Ich frage mich, gibt es da irgendeine Beziehung auch vielleicht zu dem Ausbildungssystem, das sie nie angesprochen hat in ihrer Emotionalität. Denn in ihrer Gefühlswelt ist eigentlich nur Haß übriggeblieben oder entwickelt worden, nichts anderes. Tragische Menschen, tragische Gestalten! Wir müssen uns die Frage stellen, ob hier nicht auch eine übermäßige Rationalisierung und Intellektualisierung des Bildungsganges auch, ich sage wohlgerne auch, der Grund dafür gewesen ist, daß sie auf die Bahn gekommen sind.

Wir haben andere Probleme, die die Bevölkerung sehr belasten, zumindest außerhalb der städtischen Ballungsräume. Wir haben nach wie vor die Frage der langen Schulwege und der Schülertransporte. Was die Eltern und Schüler besonders handikapt, ist die Frage der überbelasteten Schultaschen. Die Kinder müssen kiloweise, um nicht zentnerweise zu sagen, ihre Schulbücher zur Schule tragen. Wenn schon zur Schulbuchaktion die Polemik hin und her gegangen ist. Es ist eine Tatsache, daß sie in der jetzigen Form als eine Aktion der Verschwendung betrachtet wird. Wenn man sagt, das auch der Herr Minister gemeint hat, daß man statt einer Milliarde 900 Millionen ausgibt, dann muß ich sagen, 100 Millionen Schilling auf oder ab ist sehr viel Geld; das ist das halbe steirische Kulturbudget. Warum ist es nicht möglich, das Geld hier besser einzusetzen? Damit es ja keine Mißverständnisse gibt. Gratis-schulbücher ja! Aber in einer besseren, in einer sparsameren Form. (Beifall bei der OVP.)

Wir haben die Frage der Schülerzahl in den Klassen in der Diskussion bereits gehört. Auch dazu ein Wort, meine Damen und Herren! Kleinere Klassen ermöglichen dem Lehrer einen persönlichen Unterricht, den besseren Unterricht. Hier taucht im Zusammenhang mit der Finanzierung der Dienstposten eine Sorge auf, und zwar speziell an den Hauptschulen. Es gibt Vorgespräche zwischen dem Bund und den Ländern, betreffend die Finanzierung der Lehrposten an den Hauptschulen in allen Bundesländern. Der Bund drängt darauf, daß die Länder sorgen mögen, daß die Durchschnittsschülerzahl in den Hauptschulklassen mindestens 30 beträgt.

Meine Damen und Herren diese Forderung ist undurchführbar. Sie ist höchstens durchführbar in einem großen Ballungsraum wie Wien, sie ist undurchführbar in den Bundesländern mit gebirgigen Zonen, weil hier die Schulwege viel zu weit sind. Wir haben hier in der Steiermark eine Durchschnittsschülerziffer an den Hauptschulen von 26 bis 27 und wir müssen fordern, daß diese Durchschnittszahl auch voll anerkannt wird. Würde nämlich die Schülerzahl 30 für die Hauptschulen durchgehen, dann würde das bedeuten, daß wir rund 250 Hauptschullehrer in der Steiermark verlieren würden. Das wäre eine unzumutbare Entwicklung und eine Belastung für die Bevölkerung außerhalb der größten Ballungsräume unseres Landes. Ich möchte auf diese Entwicklung ganz besonders hinweisen und vor ihr besonders warnen.

Meine Damen und Herren, es ist schon ein geflügeltes Wort geworden zu sagen, daß die Kindergartenentwicklung in der Steiermark positiv ist. Über die Ausweitung des Systems hat der Herr Abgeordnete Eichinger gesprochen. Ich wiederhole nichts auf diesem Gebiet. Es ist der Boom etwas im Abklingen, es ist die Masse der Ansuchen aus den Gemeinden und aus den Pfarren geringer geworden. Wir haben hier die Ausbildung des Kindergartenetztes, den Höhepunkt dieser Ausbildung bereits überschritten. Es gibt natürlich noch Projekte, die in Fertigstellung oder im Kommen sind, aber die Ziffern sinken. Es ist ein gewisser Sättigungsgrad erreicht und wir dringen darauf, darauf möchte ich besonders hinweisen, daß natürlich die Mittel sparsam verwendet werden. Es ist immer erfreulich, wenn man hinauskommt und ein neuer, schöner Kindergarten eröffnet wird, aber wir müssen vorher genau in der betreffenden Gemeinde untersuchen, ob nicht irgendwelche anderen Räume, beispielsweise in Schulhäusern freigeworden sind und ob es nicht dort möglich wäre, billiger auch einen sehr guten Kindergarten einzurichten. Das wird in verschiedenen Gemeinden getan, wir sind ebenfalls an dieser Entwicklung interessiert, es soll nur keine Luxusentwicklung eintreten.

Eines muß ich allerdings in diesem Zusammenhang noch bemerken, und zwar in bezug auf die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Bischof. Bitte, Frau Abgeordnete es nicht persönlich zu verstehen, es tut mir leid, daß ich eine Dame, wenn schon nicht tatsächlich, so doch berichtigen muß. Ich verstehe es auch nicht persönlich, Sie haben Ihre Information irgendwo bekommen, aber es ist wirklich nicht wahr, es stimmt wirklich nicht, daß die Personalförderung

des Landes für die Kindergärten gebunden ist an den Kindergartenbeitrag in der Höhe von 380 Schilling. Das stimmt ganz einfach nicht. Sondern wir haben diese Obergrenze von 380 Schilling einsetzen müssen, wir haben sie gemeinsam beschlossen in der Steiermärkischen Landesregierung, damit wir nicht Luxusbeiträge subventionieren müssen aus steirischen Steuergeldern, damit wir nicht bis 500, 600 oder 700 Schilling hinauf subventionieren müssen. Es hätte ja theoretisch passieren können, daß der eine oder andere Kindergartenträger gesagt hätte, jetzt bekommen wir ohnehin alles vom Land, wir verlangen 600 und die Differenz Kindergartenbeihilfe muß das Land zahlen. Das war der Grund, weswegen wir diesen Betrag von 380 Schilling als Obergrenze für die Kindergartenbeihilfe festgelegt haben. Das ist alles, daran war keine Bedingung geknüpft für die Gemeinden. Wenn die Gemeinde bei 100 Schilling bleibt oder wenn die Gemeinde bei 500 Schilling bleibt ist das völlig gleichgültig, sie bekommt natürlich die volle Personalsubvention des Landes, die ja im Gesetz verankert ist. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ein kleiner Irrtum, aber macht nichts, das kann jedem passieren, steht mir auch zu, bitte, Ihnen auch!“ — Abg. Bischof: „Aber die erste Gruppe wird nicht gefördert!“ — Abg. Doktor Dorfer: „Das ist nicht so wichtig, das ist ja Wurst!“ — Abg. Bischof: „Die erste Gruppe wird ja nicht gefördert!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das passiert einem jeden!“)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch für die Anregung des Herrn Abgeordneten Gross danken, betreffend Steirische Akademie und Erwachsenenbildung, muß allerdings dazu sagen, daß wir daran bereits gedacht und auch schon etwas getan haben. Wir laden bereits seit zwei Jahren sechs oder sieben Monate jeweils vor der Durchführung der Steirischen Akademie alle Organisationen der Erwachsenenbildung, natürlich auch die Volkshochschulen der Steiermark zu einem Informationsgespräch ein, um sie zu informieren, was ab Herbst als Thema der Steirischen Akademie kommt, wenn sie dazu bereit sind oder interessiert sind hier auch mitzumachen oder Begleitveranstaltungen oder Folgeveranstaltungen durchzuführen, sehr gerne. Wir wollen hier kooperieren, das ist eine Anregung, die an und für sich schon vorweggenommen realisiert ist, aber ich greife sie gerne ein zweitesmal auf.

Nun noch zuletzt ein paar Worte über die Schulentwicklung bei den Sonderschulen für die behinderten Kinder. Bei den Sonderschulen im Bereich der allgemeinen Sonderschulen haben wir in der Steiermark in den letzten Jahren das Netz weitgehend ausgebaut. Es ist auch über das ganze Land gelegt worden, hier gibt es kaum mehr weiße Flecken, wir können sagen, daß Sonderschulen oder Sonderschulklassen im ganzen Land zugänglich und erreichbar geworden sind. Das war zweifelsohne ein guter Fortschritt. Es gibt aber ein Spezialproblem auf diesem Gebiet, das sind eben die bedauernswerten Kinder und Kinder von bedauernswerten Eltern, die wir als die behinderten Kinder bezeichnen. Hier gibt es Institute, bekannte Institute, die seit Jahr und Tag sehr verdienstvoll im Land Steiermark wirken,

seien es Institute des Landes oder der Stadtgemein- de Graz oder auch private Institute, die für diese Be- hinderungen der Augen, des Gehörs, für körperliche Behinderungen, geistige Behinderungen, Sprachstö- rungen usw. da sind und wirken. Wir haben nun dar- über hinaus in der letzten Zeit auch zusätzlich im Sinne von Dezentralisierung und besserer Erreich- barkeit Schulklassen für schwerstbehinderte Kinder errichtet. Wir haben 14 solche zusätzlichen Klassen in der Steiermark eingerichtet, so daß wir jetzt bei einer Gesamtzahl von 31 Klassen für schwerstbe- hinderte Kinder angelangt sind.

Ein wichtiger Faktor auf diesem Gebiet ist die Frage der Lehrer, denn die Lehrer sind ja nicht immer speziell für diese Arbeit ausgebildet und so ist es auch sehr erfreulich, daß im Jahr 1977 zum ersten Mal durch die Zusammenarbeit der zuständi- gen Rechtsabteilungen, der Rechtsabteilung 9 und der Rechtsabteilung 13 eine gemeinsame Fortbil- dungstagung für Sonderschullehrer, die sich speziell um behinderte Kinder annehmen, organisiert werden konnte. Ich freue mich über diese Kooperation und hoffe, daß sie auch in Zukunft gut funktionieren wird. Es gibt ja hier Pflichten und Verpflichtungen, die eben in das Soziale weit hineinreichen und es gibt, was den rein schulischen Sektor betrifft, auch gewisse Agenden, die in das Schulreferat herüber- gehören.

Dazu noch eine Bemerkung. Es hat sich vor etwa zwei oder drei Jahren eine Elterninitiative in Graz gebildet, ein privater Verein, von Eltern behin- derteter Kinder. Die haben zuerst als Verein eine Schule errichtet unter großen Schwierigkeiten und daneben ihre Kinder oder einen Teil dieser Kinder in einem Heim untergebracht. Das Heim ist das Morreschlößl in Tobelbad und hier werden sie mit großer Hilfe aus den Mitteln meines Regierung- skollegen, des Herrn Landesrates Gruber, unter- stützt. Schulisch gesehen sind sie in der Volksschule Haselsdorf bei Tobelbad untergebracht. Dort gibt es allerdings Probleme. Es sind jetzt drei Klassen und eine Kindergartengruppe, im nächsten Jahr wird sicher noch eine Klasse dazugehören, die Raumpro- bleme werden mit der Zeit unzumutbar. Wir haben für die Schule die Trägerschaft des Landes über- nommen und müssen uns jetzt sehr dringlich mit der Frage der weiteren Unterbringung dieser Schul- klassen beschäftigen. Wir werden in allernächster Zeit zu überprüfen haben, ob an Ort und Stelle, viel- leicht in der Nähe Tobelbads oder beim Morre- schlößl eine solche Unterbringung errichtet werden kann. Eine zweite Lösung würde sich anbieten durch eine Anmietung des Hirtenklosters in Graz, das ab dem Herbst 1978 weitgehend frei werden wird. Eine wichtige Frage, über die in Kürze zu beraten und zu entscheiden sein wird. Es ist jedenfalls erfreu- lich, daß auch auf diesem Gebiet ein Umdenken längst stattgefunden hat.

Eltern mit behinderten Kindern sind bei Gott nicht zu beneiden. Wir müssen ihnen helfen, daß sie ihr Kind nicht vielleicht als eine Schmach in der Ge- sellschaft empfinden, sondern daß sie auch dieses Geschöpf als Lebewesen hinnehmen, das ihnen in die Hand gegeben wurde.

Ich möchte allen Männern und Frauen danken, die in den Kindergärten, in den Schulen, in den Einrich- tungen der Erwachsenenbildung, an den Hochschu- len, im Bereich der Jugendarbeit — die Gruppe 2 ist sehr groß und man hätte viel darüber erzählen sollen — gearbeitet haben und weiterwirken. Ich danke auch den Beamten für ihre Tätigkeit in der Rechtsabteilung 6 unter dem Herrn Hofrat Dattin- ger, speziell für die großartige Vorbereitung und Or- ganisation eines internationalen Ereignisses, das im Herbst Aufsehen erregt hat, ich meine den großen Alpinismuskongreß. Dort wurde über Grenzen und Probleme des Bergsports, einerseits des Hochlei- stungssports, andererseits des Wandersports mit in- ternationaler Besetzung ausgezeichnet diskutiert. Auf der anderen Seite danke ich meinen Mitarbei- tern in der Rechtsabteilung 13. Sie haben ihren Chef, Herrn Hofrat Klauzer, nach einer tückischen Krankheit verloren. Sie arbeiten unter ihrem neuen Chef, Herrn Hofrat Urabic, weiter an den Aufgaben, die im Kindergarten- und Schulwesen in der Steier- mark zu lösen sind. Herzlichen Dank für diese Tätigkeit und Ihnen danke ich für Ihre Aufmerk- samkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Zweiter Präsident Gross:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Pözl hat das Schlußwort. Ich erteile es ihm.

**Abg. Pözl:** Herr Präsident, bei der Gruppe 2 haben sich 2 Mitglieder des Hohen Hauses und ein Re- gierungsmittglied zu Wort gemeldet. Insgesamt wur- den 212 Minuten debattiert. Ich bleibe bei meinem ursprünglichen Antrag und ersuche um Annahme.

**Präsident:** Danke für die intensive Berichterstat- tung. Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Grup- pe 2 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Die Gruppe 2 ist somit angenommen.

### **Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schram- mel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrammel:** Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 3 behandelt Kunst, Kultur und Kultus mit den Ansätzen Musik und Darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Samm- lungen, sonstige Kunstpflege, Heimatpflege, Rund- funk, Presse und Film und sonstige Kulturpflege.

Zur Gruppe 3 gibt es für 1978 216,992.000 Schilling an Ausgaben und 6,734.000 Schilling an Einnahmen. Zusätzlich gibt es noch 5,920.000 Schilling vorge- sehene Ausgaben im Sondervermerk für das Even- tualbudget.

Der Finanz-Ausschuß hat dieser Gruppe die Zu- stimmung gegeben und ich darf namens des Aus- schusses den Landtag um Annahme ersuchen.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jährlich bei diesem Kapitel habe ich die Ehre und das Vergnügen, über das Theater in Graz — die Vereinigten Bühnen zu sprechen. Ich möchte dies heuer tun, indem ich wieder einmal die Ziffern in Erinnerung bringe, die jährlich zur Deckung des Abganges aufgewendet werden.

Die Steuerzahler in der Steiermark insgesamt, im Land und noch einmal soviel in der Stadt, werden im heurigen Jahr zu den Vereinigten Bühnen einen Zuschuß von 43,1 Millionen Schilling leisten, wozu noch 11,9 Millionen Schilling für das Philharmonische Orchester kommen und noch 1,8 Millionen Schilling für den Musikverein. Diese rund 55 Millionen Schilling bedeuten gegenüber dem vergangenen Jahr eine Steigerung von 10 Prozent und sind trotzdem zu wenig. Der Bund leistet jährlich, das wurde im letzten Finanzausgleich festgesetzt, einen Betrag von 6,090.000 Schilling, was noch einmal viel zu wenig ist; vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß für die Bühnen in Wien ein Betrag ausgegeben wird, der im heurigen Jahr die Milliardengrenze mit Sicherheit übersteigen wird.

In diesem Zusammenhang kommt mir die Diskussion des gestrigen Tages über das Kongreßzentrum in Erinnerung. Ich frage mich und Sie, meine Damen und Herren, ob es nicht an der Zeit wäre nachzudenken, ob hier auch Prioritäten zu setzen sind. Wir beschließen offensichtlich ohne viel Debatte jährlich einen Betrag in der Größenordnung von 50 Millionen Schilling zum Abgang der Vereinigten Bühnen, einen Betrag für den man in Graz sehr viele Grünflächen, Schulklassen und andere Dinge tun könnte. Ich persönlich bin der Meinung, daß man sich zumindest einmal die Zielvorstellung nennen sollte, bis zu welcher Ziffer insgesamt diese Beträge steigen sollen. Es ist jährlich eine Steigerungsrate von 10 Prozent unvermeidlich, noch dazu bei einem Unternehmen, das weitgehend Personalkosten zu decken hat und das daher voll durch die Kostensteigerungen auf diesem Gebiet betroffen wird. In diesem Zusammenhang darf ich noch darauf verweisen, daß nach wie vor und auch dieses ist etwas, was ich jedes Jahr wieder anführe, drei große Investitionsprobleme offen und zu erledigen sind. Einmal die Heizung des Opernhauses, die, wenn man dem städtischen Liegenschaftsverwaltungsreferenten glauben kann, bereits seit mehreren Jahren überhaupt nicht mehr funktionieren dürfte. Es ist die Fassade des Opernhauses dringend zu restaurieren. Es ist vor allem und das ist das größte Anliegen, ein Werkstättegebäude zu errichten, das nicht nur den dort Beschäftigten, fast könnte man sagen eine menschenwürdige Arbeit ermöglicht, sondern auch einen rationalen Betrieb den Vereinigten Bühnen bieten könnte. Wer einmal von ihnen die verschiedenen Werkstätten der Vereinigten Bühnen besucht hat, wird zugeben, daß es nur der Gutmütigkeit des Gewerbeinspektors zuzuschreiben ist, daß diese Werkstätten überhaupt noch betrieben werden dürfen.

Wir haben heuer im außerordentlichen Haushalt in einer vorrangigen Priorität einen Betrag von 5 Millionen Schilling zum Neubau dieser Werkstättegebäude vorgesehen. Es ist dies etwa ein Drittel dessen, was notwendig sein wird. Es ist zu vermuten, daß die Stadt Graz nach erfolgter Gemeinderatswahl ihrerseits einen Beschluß in ähnlicher Höhe fassen wird. Es ist weiters zu hoffen, daß auch der Bund bereit ist, einen Beitrag zu leisten. Wie ich in Erfahrung gebracht habe, sind diesbezügliche Verhandlungen zwischen dem Landeshauptmann Dr. Niederl und dem Herrn Bundeskanzler Doktor Kreisky eingeleitet worden, die dann zweifelsohne in Gespräche der zuständigen Referenten und der Beamten münden werden, die aber natürlich in erster Linie Erfolg haben sollten.

Nun, wenn man jetzt davon redet, daß sehr viel Geld ausgegeben wird und sich die Frage vorlegt, wieviel Geld überhaupt zulässig ist, dann muß man natürlich auch ganz kurz darauf hinweisen, wie diese Bühnen verwaltet werden, wer die wesentlichen Persönlichkeiten sind und wie aus unserer Sicht das Ergebnis ist. Die Vereinigten Bühnen, Opernhaus und Schauspielhaus zusammen, werden laut Vertrag gemeinsam vom Land Steiermark und der Stadt Graz betrieben. Es gibt einen neunköpfigen Theaterausschuß, der über die Geschicke mehr oder weniger befindet, die Intendanten ernennt, das Budget genehmigt, das Programm genehmigt und den laufenden Betrieb, soweit dies in seinen Aufgabenbereich fällt, überwacht.

Die Mitglieder dieses Theaterausschusses sind: Für das Land Steiermark der Herr Präsident Koren als Vorsitzender, der Herr Landesrat Klausner, der Herr Landesrat Jungwirth, meine Wenigkeit und für die Stadt Graz der Herr Stadtrat Pammer als zweiter Vorsitzender, die Stadträte Stingl und Edler, der Herr Altbürgermeister Scherbaum und weiters für das Land und insbesondere eigentlich als Vertreter der FPÖ angesehen, der ehemalige Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag, Dr. Hueber. Ursprünglich, wie ich diese Zusammensetzung das erstemal gesehen habe, habe ich mir gedacht, es ist vielleicht zweifelhaft, daß Personen, die keiner gesetzgebenden oder verwaltenden Körperschaft angehören, diese in einem solchen Gremium vertreten sollen und in Anbetracht der idealistischen Vorstellungen von Besetzungen, von Posten usw. wie sie hier gestern von einigen Herren zum Ausdruck gebracht wurden, ist es auch überhaupt fraglich, ob so etwas sehr sinnvoll ist, denn das sieht fast so aus, als ob hier ein Parteienproporz, der gestern von mehreren Rednern angeprangert wurde, eingehalten werden würde. Tatsache ist, daß der Herr Altbürgermeister Scherbaum und der Herr Dr. Hueber nicht nur zwei verehrungswürdige Gestalten sind, sondern, daß sie auch sehr viel Zeit haben ins Theater zu gehen, dies wirklich tun und mit sehr viel Sach- und auch Kunstverständnis die Beratungen zweifelsohne beleben und daher meiner Meinung nach trotzdem richtig am Platze sind. Es wird den Beratungen zugezogen der Rechtskonsulent Dr. Kaspar und der Herr Hofrat Dr. Dattinger und es ist weiters fallweise der Herr Betriebsrat Priwallner zugezogen, so daß sie also im Hinblick auf Mitbestimmung und Vertretung der



Mitarbeiter der Vereinigten Bühnen alles versammelt haben. Ich darf Ihnen mitteilen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Arbeit in diesem Gremium weitgehend einvernehmlich vor sich geht. Der Herr Landesrat Dr. Klauser ist auch nicht ungeduldiger dort wie er es hier in diesem Hause manchmal mit uns ist, er ist auch dort manchmal mit seinen eigenen Kollegen oder eigenen Genossen nicht einverstanden, das äußert sich dann so, daß er sagt: „Aber Fredl!“, und dann ist der Fredl ruhig, fallweise Stingl oder der Stadtrat Edler. Es gibt so gut wie überhaupt keine Mehrheitsabstimmungen. In letzter Zeit kann ich mich nur an zwei Mehrheitsabstimmungen erinnern. Die eine war bei der Bestellung des Intendanten Dr. Nemeth und die zweite war mit einer Gegenstimme die Bestellung des Schauspielers Dr. Hauer.

Damit bin ich schon bei der Leitung der Vereinigten Bühnen. Das ist der Herr Intendant Dr. Nemeth, der, glaube ich, ein internationaler anerkannter Fachmann ist, der vor allem die Grazer Oper zu einem wirklich bedeutenden Institut gemacht hat. Ihm zur Seite steht der Verwaltungsdirektor Doktor Tarjan, dem man nachsagt, daß er lieber singt als wie seine Arbeit als Verwaltungsdirektor zu machen. Das ist eine böswillige Unterstellung, wenn gleich man sagen muß, daß er sehr gerne singt. Er behauptet, daß er damit den Vereinigten Bühnen, und das wird auch stimmen, viel Geld einspart, weil es natürlich billiger ist, wenn der Verwaltungsdirektor für irgendeine Gage am Abend einspringt, als wenn man aus München, Augsburg oder sonst wo her einen Sänger einfliegen müßte. Beide Herren sind Theaterleute. Die Mitglieder des Theaterausschusses sind keine Theaterleute und daraus ergibt sich natürlich eine gewisse Diskrepanz in den Anschauungen, da ergibt sich eine Diskrepanz in den Meinungen und natürlich versuchen beide Seiten ihre Ziele zu verfolgen. Die Herren vom Theater versuchen ihre künstlerischen Anliegen soweit dies im Budget und auch darüber hinaus möglich ist, durchzusetzen; und wir sind eben bestrebt, immer wieder darauf hinzuweisen, daß alles schön und gut ist, daß aber die Budgets eingehalten werden müssen und eben die Sache so halbwegs im Rahmen zu bleiben hat.

Als neue Herren in Graz wären zu erwähnen der künstlerische Leiter des Opernhauses, das ist der erste Dirigent Schrottner, ein Grazer, der sich mit seiner Meistersinger-Aufführung wirklich sehr empfohlen hat und der Leiter des Schauspielhauses Dr. Hauer, der auch kein Unbekannter in Graz ist, der aus Deutschland kommt und verschiedene Experimente im Schauspielhaus durchgeführt hat. Sie wissen, er hat das Kaffeehaustheater eingeführt, es ist das Bestreben auf der Probebühne mehr zu machen, kurz und gut, er versucht auch dort Belebungen zu bringen, was insofern, wenn man will, vom Erfolg gekrönt war, als die vergangene Saison im Schauspielhaus die zweitbeste in der Ära Nemeth war. Es ist also abzuwarten wie es weitergeht. Ganz sicher müssen wir langsam im Schauspielhaus vom Experimentieren wieder zu einem regelten und den Grazern genehmeren Betrieb finden. Ich habe aber keine Sorge, daß das nicht der Fall ist und

ich glaube, daß die Besucherzahlen auch zeigen, daß die Grazer schon bereit sind, gewisses mitzumachen und gewisses zu versuchen.

Das Programm im Opernhaus ist soweit unbestritten. Es ist hier natürlich immer wieder die Frage, wie weit man das eigene Ensemble durch Gäste verstärken soll um es dadurch auch attraktiver zu machen. Wir haben in vergangenen Zeiten Intendanten gehabt, die hauptsächlich mit den heimischen Kräften gearbeitet haben, mit dem Erfolg, daß die Presse sehr unzufrieden war. Es hat sich bisher in Graz noch kaum ein Intendant längere Zeit halten können, ohne mit einer, aber meistens mit allen Zeitungen in einen argen Streit zu geraten und es ist sehr erfreulich, daß zumindest in diesem Punkt Ruhe eingetreten ist und daß man mit den künstlerischen Leistungen des Theaters zufrieden ist.

Nun, ich habe gesagt, die Gäste sind ein Problem, das Experiment ist ein Problem und das Programm ist ein Problem. Es gibt noch zwei wesentliche Problemkreise, das eine davon sind die Abstecher in die Steiermark. Die Vereinigten Bühnen spielen in Leoben, in Thörl und in verschiedenen anderen steirischen Orten, Das ist für die Künstler eine starke Belastung. Die Räumlichkeiten, die als Garderoben angeboten werden, teilweise auch die Bühnen, sind nicht immer den Vorstellungen entsprechend und es kann auch natürlich nicht mit jedem Stück gastiert werden. Hier wird von den Mitarbeitern in technischer und in künstlerischer Hinsicht sehr viel verlangt und man muß wirklich mit Dankbarkeit zur Kenntnis nehmen, ich glaube, das ist etwas, was die ganze steirische Bevölkerung tun sollte, daß diese Abstecher immer wieder durchgeführt werden. Sie erfreuen sich größter Beliebtheit und beleben doch auch den Betrieb in Städten, die sonst auf ein Theater verzichten müßten, denn das was an Gastspielen vom Bund her kommt, das geht bestenfalls noch nach Leoben, darüber hinaus ist aber sehr wenig Möglichkeit, wirklich gutes Theater im heimischen Milieu zu zeigen. Eine Frage, in der die Meinungen eher noch geteilt sein können und wo auch die Gegensätze und Überlegungen sehr verschieden sind, sind die Gastspiele außerhalb von Österreich. Es ist soweit unbestritten, daß in Südtirol zum Beispiel oder auch an das Burgenland angrenzende Ungarn Gastspiele der Vereinigten Bühnen eine kulturelle Aufgabe zu erfüllen haben, wenn sie wollen, können sie auch hier den Trigon-Gedanken hineinmischen, aber es ist einfach wichtig und notwendig, gerade auch für die Steiermark, zum Beispiel in Südtirol durch die Vereinigten Bühnen präsent zu sein. Man ist dort sehr erfreut und dankbar dafür.

Viel schwieriger und nicht so leicht zu beurteilen ist die Frage, wie weit Gastspiele in Luxemburg, in Mallorca oder in Amerika wesentlich sind. Hier gibt es natürlich die Überlegung, daß man sagt, sollen die Steuerzahler einen Theaterbetriebsauswärts subventionieren. Es gibt natürlich auch die andere Überlegung, die man gelten lassen soll, daß man sagt, Repräsentation im Bund, Repräsentation im Land und ein Gastspiel der Vereinigten Bühnen außerhalb der Steiermark, außerhalb Österreichs ge-

hört auch manchmal zu dieser Repräsentation. Man kann nicht sagen, wir spielen nur in Graz und wir spielen vielleicht in der Steiermark und darüberhinaus ist alles unwesentlich. Man darf einfach nicht übersehen, daß es letztendlich auch eine Frage der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung und der Darstellung unserer selbst im Ausland ist, wenn die Vereinigten Bühnen fallweise Abstecher machen. Man hat der Theaterleitung den Auftrag erteilt, daß Abstecher nur dann gemacht werden dürfen, wenn sie kostendeckend sind. Die Kalkulationen und davon bin ich ganz überzeugt, die dabei vorgelegt werden, sind richtig insofern als die Ziffern stimmen. Es ist aber immer fraglich, wie weit die Kosten für Probenbetrieb, für Kostüme und verschiedene andere Dinge, die im Haus notwendigerweise anfallen, dabei berücksichtigt sind. Es sind auch sicher andere Nebenkosten und -spesen, die fallweise nicht berücksichtigt wurden. Soweit man dem Kontrollbericht, der in der nächsten Sitzung des Theaterausschusses behandelt werden soll und von dem zunächst eine Gegendarstellung der Bühnenleitung zu erwarten ist, entnehmen kann, sind auch Mißstände hinsichtlich dieser Kalkulationen zu bemerken. Wir haben uns gemeinsam immer sehr bemüht, hier zumindest eine Klarheit zu bekommen — von Wahrheit will ich gar nicht reden — wie diese Kalkulation tatsächlich aussieht. Ich glaube nur, daß man das nicht immer so handhaben können, sondern daß man auch sagen muß, daß es eine Umwegsrentabilität gibt und daß es andere Überlegungen gibt, die manchmal vordringlich sind. Man kann nicht ein generelles Verbot aussprechen sondern man soll jeden einzelnen Fall als solchen betrachten und dann entscheiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gesagt, es liegt ein Kontrollbericht vor, der dem Theaterausschuß zur Behandlung zugeleitet wurde. Es wird eine Gegendarstellung der Leitung der Bühnen geben und wir werden uns damit befassen. Es wäre daher nicht nur unrichtig und ungebührlich, wenn ich heute zu einzelnen Punkten aus diesem Kontrollbericht hier Stellung nehmen würde. Es gibt sicher im Bereich der Vereinigten Bühnen vieles zu verbessern. Es gibt sicher vieles zu verändern und es gibt sicher auch Möglichkeiten der Einsparung. Auf der anderen Seite muß man sagen, daß die Vereinigten Bühnen in Graz seit langem sich nicht eines solchen Rufes erfreut haben, wie sie dies heute tun, daß die künstlerische Leistung einheimischer Kräfte plus auswärtiger Kräfte wirklich beachtlich ist und daß die Vereinigten Bühnen und das gilt vor allem auch für das Philharmonische Orchester, zu einem Niveau gefunden haben, das bemerkenswert ist. Dafür gebührt der Theaterleitung in erster Linie und den Mitarbeitern selbstverständlich Anerkennung und unser Dank.

Ich habe eingangs gesagt, wir müssen uns überlegen, wie weit wir bereit sind, diesen Luxusapparat Vereinigte Bühnen tatsächlich weiter zu erhalten. Es ist eine Entscheidung, die ich nicht treffen kann, sondern die der Landtag treffen muß. Er muß sich nur bewußt sein, daß die Kosten für diese Bühnen jährlich mindestens in dem Ausmaß wie bisher steigen werden und aller Voraussicht nach

durch Investitionen, die in den letzten Jahren immer wieder verschoben wurden, in nächster Zeit noch stärker steigen werden. Wenn wir die Vereinigten Bühnen in der Qualität wie bisher weiter betreiben wollen, müssen wir sehr tief in den Säckel greifen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, im Rahmen dieser Budgetüberlegungen und auch für die zukünftigen Jahre diesen Gedanken aufzunehmen. Man kann nicht sagen, wir bezahlen gerade den Betriebsabgang und alles andere wird sich ergeben — nichts wird sich ergeben. Die Heizung des Opernhauses wird einmal zusammenbrechen, die Fassade des Opernhauses muß repariert werden, wenn es nicht ernstliche bauliche Schäden an dem Bauwerk geben soll. Das Werkstättegebäude, zu dem immerhin ansatzweise jetzt ein Schritt unternommen wurde, ist eine Notwendigkeit, ohne die die Bühnen auf die Dauer nicht arbeiten können. Die Leistungen, die vollbracht werden, sind großartig. Der Einsatz der Mitarbeiter ist beachtlich. Die Gagen und das muß auch ausgesprochen werden, die wir zu zahlen in der Lage sind, sind in keiner Weise großartig. Alles zusammen ist auf die Dauer in der derzeitigen Form untragbar, und zwar einfach deshalb, weil es den dort Beschäftigten einfach nicht zuzumuten ist. Ich glaube aber, daß weder die Steirer insgesamt, noch die Grazer wirklich bereit sind, auf ihr Theater zu verzichten und es ist daher notwendig, daß wir entscheidende Beschlüsse fassen. Ich danke vielmals. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Landesrat Doktor Klauser.

**Landesrat Dr. Klauser:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Zunächst muß ich um Entschuldigung bitten, wenn offensichtlich da oder dort der manchmal nicht ungerechtfertigte Vorwurf gegen mich erhoben wird, daß ich die Geduld verliere. Bitte um Verzeihung, obwohl ich als Erklärung hinzufügen muß, daß es auch im Theaterausschuß manchmal Diskussionsbeiträge gibt, bei denen es schwer ist, nicht die Geduld zu verlieren. Im übrigen macht es mir der Diskussionsbeitrag des Herrn Kollegen Fuchs leicht, weil ich cum grano salis im großen und ganzen doch sagen kann, daß ich in bezug auf die Vereinigten Bühnen mit ihm übereinstimme. Wenn das, was er zum Schluß gesagt hat, nicht eine Reihung ist, auch übereinstimme, was die Erfordernisse anlangt. Die Zwischenbemerkung ist meiner Meinung nach dahingehend auszulegen, daß die Werkstätten zweifellos Vorrang haben bei der Problematik der dort anstehenden Dinge.

An sich habe ich mich zu Wort gemeldet, weil ich ein paar Bemerkungen zum „Steirischen Herbst“ machen möchte und glaube, daß man heute etwas deutlicher reden kann, weil die Rettungsversuche, die da oder dort unternommen worden sind, nun doch schon 2 Jahre zurückliegen und wir etwas offener und unbefangener reden können, obwohl manches, was vorhin zur Staatsoperette angeklungen ist, durchaus an das erinnert, was da an Gegenaktionen und Aktionären vor 2 Jahren auch zum

„Steirischen Herbst“ gesagt worden ist. Eine etwas merkwürdige Parallele ergibt sich auch daraus, daß das Eröffnungstück des „Steirischen Herbstes“ auch von Otto Zykan stammt.

Die Besonderheit unseres „Steirischen Herbstes“, seine Auseinandersetzung mit der modernen Kunst bedarf natürlich der ständigen Diskussion und ich glaube daher, daß man hier auch durchaus etwas deutlicher einsetzen kann. Er ist in den Augen vieler seiner Besucher, aber auch der Presse sicher nicht mehr so klar in seinen Programmabsichten, wie dies vielleicht nützlich und notwendig wäre und ich glaube auch, daß dies über das Maß hinausgeht, daß die sicher schwierige Präsentation solcher Kunst, solcher avantgardistischer Kunst aufdrängt. Eine Auseinandersetzung mit dieser Kunst unserer Zeit verlangt klarere Strukturen des Programms. Ich glaube, daß der Betrachter die Linien der Szene und die Motive des Programms leichter und auffälliger wahrnehmen soll oder in der Lage sein soll, sie auffälliger zu erkennen und deutlicher wahrnehmen zu können. Die Entwicklung, die zu einer gewissen Unüberschaubarkeit geführt hat, hat ja mehrere Gründe. Einer ist sicher in der großen Zahl von Veranstaltungen zu suchen, die sich darüber hinaus in der Mehrzahl auf die Stadt Graz konzentrieren. 1977 wurden immerhin 204 Einzelveranstaltungen in der Zeit vom 8. September bis 20. November gezählt. Einige davon deklarieren sich übrigens nur sehr nachlässig oder beinahe könnte man sagen getarnt auf ihren Plakaten oder Einladungen als Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“. Das ist ein Hinweis auf ein zweispältiges Verhältnis zu dieser Art von Festival. Denn einerseits versucht jeder Veranstalter aus dem Finanztopf des „Steirischen Herbstes“ einen Zuschuß zu bekommen oder trachtet nach Kräften in das Hauptprogramm aufgenommen zu werden, andererseits nimmt die Neigung ab, sich auch öffentlich etwa auf Plakaten und mit anderen Werbemitteln mit dem „Steirischen Herbst“ identisch zu erklären. Das sollte den Verantwortlichen schon in der Anfangsphase zu denken geben.

Einen weiteren Grund für den eingangs erwähnten Programmschubel entdecke ich auch in der veränderten Situation und Position der sogenannten Avantgarde selbst. Sie stellt sich offensichtlich nicht mehr so pointiert dar. Bei einem Teil der Betrachter herrscht sogar der Eindruck vor, als sei sie zum Stillstand gekommen, als falle den Künstlern nichts Neues mehr ein. So allgemein wird man das sicher nicht behaupten können. Diesen Leuten wird offensichtlich der Kitzel am Neuen und Experimentellen verloren gegangen sein, den sie mit Freude gepflegt haben. Wo allerdings derartige Nebenerscheinungen keine Rolle spielen, sollten wir mit etwas mehr Aufmerksamkeit diesen jüngsten Entwicklungen nachspüren. Nicht immer kann es der Betrachter sein, der mit seiner Kritik falsch liegt. Die Rechtfertigung für den „Herbst“ liegt meiner Meinung nach gerade darin, immer wieder die neuesten Tendenzen aufzuzeigen und damit den Kontakt zwischen dem Modernsten und dafür interessierten Publikum herzustellen. Nur dann ist eine öffentliche Förderung am Platze, eine Förderung, die für diesen Kontakt

gewährt wird, meine Damen und Herren, und die man bitte nicht verwechseln soll mit einer jeweils hundertprozentigen Zustimmung zum Inhalt oder zur Qualität des Dargebotenen.

Für eine Nabelschau des bereits Gefundenen, für seine geringfügig veränderte Wiederholung müßte uns allerdings das Geld zu schade sein. Der „Steirische Herbst“ ist nicht dazu da, den Marktwert von Künstlern zu heben, er soll Impulse geben, die von anderen aufgenommen werden. Daß dessen ungeachtet der „Herbst“ in seinen 10 Jahren der zeitgenössischen Kunst viel von der kreischenden und manchmal hysterischen Aufnahme genommen hat, sollten wir getrost festhalten. Auch dann, wenn beim distanzierten Zaungast der „Steirische Herbst“ noch immer das Odium des Verrückten oder der Scharlatanerie hat. Wir hören das ja, wenn wir außerhalb fachlicher Kunstdiskussionen mit den Leuten reden. Das Programm des heurigen und des vergangenen Jahres läßt diese Behauptung allerdings kaum mehr zu, im Gegenteil, hier hat eine Seriosität im einzelnen Platz gegriffen, die gerade akademische Diskussionen zuläßt. Einige, in durchaus bürgerlich zu bezeichnenden Blättern beispielsweise, sprechen sogar von Langeweile. Ihnen ist der Grad des Neuen zu gering geworden. Gewiß, der „Herbst“ als Veranstaltungsreihe moderner Kunst bekommt sein Gütesiegel erst immer Jahre später. Denn nämlich, wenn zu sehen ist, was aus den vielen Impulsen in die Breite, oder noch besser zur Spitze gekommen ist. Die Frage für die Verantwortlichen ist, wie kann der Widerspruch auf ein akzeptables Maß reduziert werden und wie können die Informationen verbessert werden. Denn hier läßt ein wichtiger Teil des öffentlichen Kulturwesens — meiner Meinung nach — aus. Die Erwachsenenbildungseinrichtungen haben sich mit dem vom „Steirischen Herbst“ vertretenen Aspekt der Kunst offenbar nie so richtig befreunden können. Ich nenne hier zwei vom Land Steiermark direkt geführte Einrichtungen, das Steirische Volksbildungswerk und die Volksbildungsheime des Landes Steiermark. Sieht man sich jedoch deren Arbeit an, muß einfach festgehalten werden, daß sie die Bestrebungen des „Herbstes“ nicht nur nicht unterstützen, sondern den Eindruck erwecken, den „Steirischen Herbst“ und seine Impulse in ihrem Wirkungsbereich geradezu zu negieren. Das dürfte auch mit ein Grund dafür sein, daß es trotz vieler Anstrengungen einfach nicht gelingt, Veranstaltungen außerhalb der Landeshauptstadt stärker zu etablieren. Heuer waren es dreißig, also ein knappes Siebentel des ganzen Programms. Das ist einfach zu wenig und es wäre falsch hier die Schuld an der Organisation zu suchen, denn das Generalsekretariat des „Herbstes“ ist ja keine Agentur, die den verschiedenen steirischen Städten und Gemeinden Ableger vermittelt. Damit würde dem „Steirischen Herbst“ eine notwendige Nebenwirkung genommen werden.

Einmal ist er dazu da, um eigenständige Initiativen zu fördern und zu provozieren und diese sollen auch an Ort und Stelle in die Praxis umgesetzt werden, das heißt Organisation, Information und Werbung sollen nicht ferngesteuert werden von einer Zentrale aus, sonst wird die Mündigkeit der

Gemeinden in ihrer Funktion als kulturelle Keimzellen kaum besser entwickelt werden können. Sie verstehen sicherlich, daß damit keineswegs jene Städte gemeint sein können, die ohnedies mit Engagement bei der Sache sind. Es sind aber nur acht, die diese dreißig Vorstellungen aufgenommen haben. Aber das ist ja überhaupt ein generelles Problem unserer Kulturpolitik, denn das Verhältnis zwischen Graz und den Städten und Gemeinden am Lande war immer schon ungesund und trotz mancher Linderung ist es auch heute noch unbefriedigend. Selbst die Vereinigten Bühnen, die immerhin zur Hälfte dem Lande ihre Existenz verdanken, finden offensichtlich keinen befriedigenden Ausgleich zwischen der Wahrung künstlerisch vertretbarer Abstechervorstellungen und der Befriedigung jener Steuerzahler, die eben nicht in die Theater der Landeshauptstadt fahren können.

Trotz großer Bau- und Organisationsanstrengungen lassen sich die meisten Produktionen nicht adäquat in das Land schicken. Von der Theaterleitung müßte meiner Meinung nach doch verlangt werden, daß sie hier ein Risiko in dem Sinn eingeht, daß versucht wird, von vornherein ihre baulichen Maßnahmen auf diese Dinge auszurichten. Sie müßte eben versuchen, ihre Inszenierung von vornherein besser instand zu setzen, unabhängig von solchen Problemen, in der Steiermark auf Tournee gehen zu können. Diese Förderung an die Spielplangestaltung und die Inszenierungspraxis ist angesichts vieler Beispiele im Ausland eigentlich eine Selbstverständlichkeit und müßte stärker befolgt werden.

Ich will versuchen, möglichst wenig polemisch zu werden, aber mir scheinen trotzdem ein paar Worte zur Robert-Stolz-Show notwendig. Die finanziellen und auch künstlerischen Anstrengungen, die für die Robert-Stolz-Show gemacht wurden, scheinen mir im Hinblick auf die gegebenen Relationen bei den Vereinigten Bühnen eben doch grotesk. Ich halte das Zustandekommen solcher zweifelhafter Produktionen auf Veranlassung bestimmter Grazer Kulturpolitiker nicht dazu angetan, die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land innerhalb der Vereinigten Bühnen zu fördern. Wir haben mit der Erhaltung des vollen Spielbetriebes unserer Bühnen wahrhaft größere Sorgen als die Realisierung einer solchen eiteln Show, die nicht einmal imstande ist das vorhandene Publikumsinteresse zu stillen, schon gar wenn sie über die vom Budget gesetzten Grenzen glaubt, hinweggehen zu können. Deshalb gleich von einer Pleite zu reden, ist sicher falsch. Genauso falsch wäre es zu verschweigen, daß zusätzliche Mittel für diese Show auch von jenen nicht beigestellt werden, die diese Ausgaben veranlaßt haben. Die vor uns liegende Zeit wird es nicht mehr gestatten, solche finanziellen Risiken einzugehen. Wir werden trachten müssen, den Bestand zu sichern. Daß darin genügend Spielraum für die organisatorische und künstlerische Verbesserung vorhanden ist, ist sicher unser aller gemeinsame Absicht. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landesrat Prof. Jungwirth.

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Der Herr Landesfinanzreferent hat in seiner Einbegleitungsrede zum Budget vor etwa 14 Tagen in diesem Haus gesagt, wenn man das Landesbudget betrachtet, dann merkt man, daß nur mehr 7 Prozent unseres Budgets noch beweglich sind, 93 Prozent sind schon eingeeist und starr für Personalkosten, Sachaufwand, Tarife und ähnliches vorausbestimmt. Das heißt wir gehen einer Entwicklung entgegen oder wir sind schon längst drinnen, die bedeutet, daß Einrichtungen immer mehr sich selbst administrieren und daß sie immer weniger Mittel für das zur Verfügung haben, wofür sie eigentlich da sein sollten. Das ist eine Entwicklung, die ganz besonders auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft gefährlich ist. Ähnliches gilt auch für eine Einrichtung wie die Vereinigten Bühnen. Die haben etwa 90 Prozent stehende Kosten und fürs Theaterspielen bleiben 10 Prozent übrig. Diese gefährliche Entwicklung dürfen wir nicht übersehen, wenn wir Probleme auf dem Gebiet von Kunst und Kultur diskutieren. Sie betreffen eben gerade auch eine solche Einrichtung, wie es die Grazer Theater sind. Weitgehend möchte ich mich einverstanden erklären mit den Ausführungen meiner beiden Vorredner. Wir dürfen Opernhaus und Schauspielhaus nicht krankjammern, haben auch keinen Grund dazu. Es kommen viele Menschen von auswärts, sogar aus der Bundeshauptstadt Wien, zu unseren Aufführungen und sagen, bei uns zu Hause sehen wir das nicht, wir müssen nach Graz fahren, um diese oder jene Inszenierung zu sehen.

Wir haben auf der anderen Seite natürlich immer wieder die Konfrontation mit den finanziellen Problemen und deswegen setzt ja der Theaterrausschuß in regelmäßigen Zeitabständen seine Kontrollämter ein, um über die Finanzierung neu zu diskutieren und auch neue Richtlinien zu erlassen. Das wird in Kürze wiederum geschehen. Die große Sorge um die Gebäude möchte ich noch unterstreichen. Hier ist wirklich die Problematik sehr groß; speziell was die Werkstätten betrifft. Hier muß es zu einer Lösung kommen. Daß im außerordentlichen Budget des Landes für diese Bauvorhaben der Vereinigten Bühnen eine Summe eingesetzt ist, ist eine Goodwill-Erklärung, eine Absichtserklärung des Landes Steiermark gegenüber den Vereinigten Bühnen.

Weil ich hier bei einer Gebäudefrage bin, möchte ich ein paar Worte sagen zu einem anderen Bau, der in Graz steht und der in der letzten Zeit auch in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten ist. Er gehört nicht einmal dem Land, er gehört dem Bund. Ich möchte ganz leidenschaftslos ein paar Sätze dazu sagen. Es ist ein wunderschönes Haus, das ernstlich vom totalen Verfall bedroht ist. Es handelt sich um das Meerscheinschlössl in der Mozartgasse, ein Gebäude, das der Grazer Universität überantwortet ist und das seit vielen Jahren stiefmütterlichst behandelt wird. Was ist der Grund, meine Damen und Herren? Es sind nicht schlechte Absichten. Ich will es mir nicht einfach machen. Da kann man nicht mit dem Finger auf einen zeigen, der nicht hier ist und der an allem schuld ist. Das stimmt nicht. Es ist schon wieder eine Frage dieser Superstrukturen, wo

die Kompetenzen ineinander verflochten sind und verfilzt sind, so daß man manchesmal von einer Filzokratie spricht und daß man sich kaum mehr auskennt; nicht einmal der Eingeweihte. Es geht nichts weiter und tritt immer wieder eine Blockade ein. Das ist in diesem konkreten Fall in der Struktur wie folgt: Die Instandhaltung des Gebäudes obliegt der Bundesgebäudeverwaltung. Es ist wirklich ein kleiner Krimi in ein paar Sätzen. Diese verweist bei Vorhaben auf den Rektor der Universität. Der Rektor der Universität wechselt bekanntlich alle zwei Jahre. Wenn er einmal zu seinem Entschluß gekommen ist, dann ist er schon wieder vor dem Abtreten. Darüber hinaus muß er sich mit dem Bauausschuß der Universität ins Einvernehmen setzen. Aber auch dieser Bauausschuß tritt ab, wenn der Rektor abtritt. Mit dem Rektorswechsel beginnt alles wieder von vorne. Hat sich ein Projekt doch herauskristallisiert, dann wird es nicht vom zuständigen Ministerium bewilligt — nicht vom Wissenschaftsministerium —, sondern vom Bautenministerium, zu dem der Weg naturgemäß länger ist. Wenn das Bautenministerium aber etwas machen will, dann muß es wiederum das Wissenschaftsministerium fragen, denn das Haus steht unter Denkmalschutz und dieser obliegt dem Wissenschaftsministerium. Kein Wunder, meine Damen und Herren, wenn nichts weitergeht. Es ist wirklich wie bei Kafka. Es ist wie im „Schloß“. Man kommt nie zum Schlüssel hin, und bevor der Retter zum Schlüssel kommt, verfällt es.

Das ist eigentlich die Situation. (Abg. Dr. Schilcher: „Das Märchenschloß!“ — Landesrat Gruber: „Dann muß einer einmal schneller arbeiten am Anfang einer Periode!“) Wir werden es probieren, wir haben jetzt einen neuen Rektor. (Landesrat Bammer: „Es gibt ja auch Wiedergewählte!“) Nein, Rektoren gibt es keine wiedergewählten. (Abg. Dr. Schilcher: „Landesräte gibt es wiedergewählte!“) Die sind wieder nicht zuständig.

Meine Damen und Herren jetzt ein paar Worte zum „Steirischen Herbst“. Er hat in diesem Jahr zum zehnten Mal stattgefunden und versucht seine Linie weiterzuführen trotz aller Schwierigkeiten. Auch die sind hier schon beleuchtet worden, Schwierigkeiten finanzieller Natur. Mit wenig Geld den „Steirischen Herbst“ in dieser großen Form zu machen, ist immer wieder ein Kunststück; Schwierigkeiten selbstverständlich immer wieder mit dem Problem Künstler — Publikum, aber auch Schwierigkeiten dann, wenn Kunst im Umbruch ist; wenn neue Kunst herkommt, der vorgeworfen wird, sie sei nicht mehr interessant, sie sei langweilig geworden. Das ist ein Vorwurf, den man ungerechterweise wohl dem Künstler macht, denn er schafft das, was ihm paßt und das, was er will, und ein Vorwurf, der keinesfalls den „Steirischen Herbst“ trifft. Den Versuch einer Kurzbilanz möchte ich persönlich nicht wagen, aber ich habe mir gedacht es ist interessant, in ein paar kurzen Berichten, in ein paar kurzen Zeitungsausschnitten aus der Presse außerhalb der Steiermark, schlaglichtartig den „Herbst“ dieses Jahres zu beleuchten.

Wir haben ein Musikprotokoll gehabt, das eine unheimlich starke Information über die neuen Tendenzen in der Musik gebracht hat. Die Melodie

kommt wieder beim Hintertürl herein in der modernen Musik, das ist eine interessante Entwicklung und über das Musikprotokoll schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ aus München wörtlich: „Tendenz leicht ansteigend könnte die Börsenprognose lauten, die der in Sachen Musikfestival reisende Rezensent aus der freundlichen, herbstfarbenfrohen Steiermark nach Hause mitbrachte, sähe er nur aufs gespielte Musikquantum. In nüchternen Zahlen vollzog sich der energische Schritt aus der Talsohle des Vorjahres heraus auf folgende Weise: Veranstaltungstage acht, Konzerte 22, österreichische Erstaufführungen 40, Uraufführungen 26, davon allein 13 mit Hilfe von ORF-Kompositionsaufträgen aus dem genieträchtigen Grazer Boden gestampft. Solche Zahlen kannte man bisher allenfalls aus der Musikmessestadt Royan, nicht aus dem liebenswerten Graz.“

Das Theater war mit interessanten Beiträgen vertreten und wir hatten hier ganz besondere Aufmerksamkeit dadurch, daß ja das Stück Gerhard Roths am selben Abend in Grätz und in Basel uraufgeführt wurde. In Basel übrigens unter der Regie des Grazers Zankel mit dem Bühnenbild des Halb-Grazers Pongratz. Allein durch diese Koinsedenz war das internationale Echo für die Grazer Aufführung sehr beachtlich. Das Literatursymposium, um ein anderes Beispiel zu nennen, im Forum Stadtpark hatte wiederum ganz besondere Sprengkraft und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat ihm einen großen Dreispalter gewidmet, in dem es unter anderem wörtlich heißt: „Männersprache — Frauensprache — Frauenliteratur — Männerliteratur hatten die Veranstalter im österreichischen Graz etwas tollkühn das diesjährige Literatursymposium im Rahmen des 10. ‚Steirischen Herbstes‘ genannt. Das gilt es jenseits von Erfolg oder Mißerfolg der Veranstaltung zu loben. Endlich ein Thema, das weder aus der Luft, noch aus der Mottenkiste gegriffen war. Hinter dem Thema stecken zahllose Probleme.“ Ende des Zitates. Die Diskussionen rund um dieses Symposium haben gezeigt, wie spannend dieses Thema in der Welt von heute ist und ähnlich war es auch bei den Grazer Filmtagen, die sich einer ähnlichen Problematik zugewendet haben.

In der bildenden Kunst, in der Malerei und Graphik da scheint es wohl so zu sein, daß hier, ich möchte sagen die Krisensituation auf dem Höhepunkt ist. Das ist tatsächlich eine Kunstsparte, in der die interne Diskussion hart aufeinanderprallt und mit der eigentlich die Öffentlichkeit im Augenblick am wenigsten anfangen kann. Wir haben das dieses Jahr wohl empfunden beim Besuch des Trigon im Künstlerhaus und in der Neuen Galerie. Viele Stimmen waren wohl ähnlich gelagert, wie diese aus dem „Rheinischen Merkur“, der wörtlich schrieb: „Reden viele Kunstkritiker schon oft unverständlich, so findet man die Künstler in arger Sprachnot. Entweder führen sie nur einfachste kreative Prozesse vor“ — das war ja der Titel des Trigon der kreative Prozeß — „wie man etwa am italienischen Strand Zeichen in den Sand schreibt oder was man sich dabei denkt oder wie man am griechischen Strand Steine sammelt oder irgendwie arrangiert oder sie übernehmen sich bei der Erklärung komplizierter Vorgänge, heben sich sozusagen einen intellektuel-

len Bruch. Auch der gutwillige Besucher der Ausstellung oder Leser des Kataloges bleibt ratlos. Weder spricht ein Kunstwerk ihn unmittelbar an, noch fühlt er sich in einen Schaffensprozeß einbezogen, zum Mitmachen oder Nachvollziehen veranlaßt, doch das war ja eigentlich gemeint." Soweit dieses Zitat. Also ein kleiner Spiegel einer großen Entwicklung, die nicht mit Gewalt beeinflußt und dirigiert werden kann, die sicher weitergehen wird und vor fünf Jahren waren wir vielleicht beim Musikprotokoll in dieser Entwicklung. Vielleicht wird es in fünf Jahren in der bildenden Kunst und damit im Trigon wieder ganz anders aussehen.

Ein großer Volltreffer war wiederum das sogenannte open house. Diese Sympathieaktion für den „Steirischen Herbst“, die besonders stark die jungen Menschen anspricht, es war wirklich über eine Woche lang bummvoll im Grazer Orpheum, es herrschte eine wunderbare Stimmung und es wurde mit verhältnismäßig geringen Mitteln wirklich ein hochinteressantes und spannendes Programm gebracht. Darüber schrieb der Wiener „Kurier“: „Stürmischer ‚Steirischer Herbst‘ in Graz, durch die Straßen tobt der Wind und im open house tobt ein tolles Programm. Zeitgenössische Kunst nahezu rund um die Uhr, Eintritt frei, Filme, Kabarett, Theatermacher, Liedermacher, Spaßmacher, das meiste hier zu Lande noch ungesehen, da toben auch die meist jungen, begeisterten Zuschauer im Saal und draußen toben oft die, die drinnen keinen Platz mehr bekommen.“ Und dann eine lange Besprechung über das open house.

Was die Steirische Akademie betrifft, ist es nur zu gut bekanntgeworden, daß hier auch die Hörsäle fast gestürmt wurden und daß es nicht ruhiger zugeht als in diesem open house und auch das Echo im Ausland war groß, auch über das Medium des Rundfunks. Es war der Sender „Freies Berlin“ hier, hat eine große Sendung gestaltet über die „Utopie Gesundheit“, es war der „Nordwestdeutsche Rundfunk“ hier, „Radio Bremen“ und auch der „Deutschlandfunk“ hat mehrere Sendungen gestaltet mit den Beiträgen aus der Steirischen Akademie „Utopie Gesundheit“. Nicht zuletzt möchte ich auch das Adornosymposium hier zitieren. Es gibt ja bei uns ein ausgezeichnetes Institut für Wertungsforschung an der Musikhochschule, eine Gründung von Harald Kaufmann, das jedes Jahr auch einen wichtigen Beitrag zum „Steirischen Herbst“ leistet. Über diese Konferenz, die dieses Jahr stattgefunden hat, schreibt die „Frankfurter Rundschau“, wiederum wörtlich: „Der Adornokongreß wurde in Verbindung mit dem Kulturfestival „Steirischer Herbst“ vom Institut für Wertungsforschung an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Graz, initiiert. Dieses Institut, von dem 1970 verstorbenen Harald Kaufmann gegründet, machte sich wiederholt um das Aufgreifen für die wissenschaftliche Bearbeitung aktueller Themen verdient. So wurde von Graz aus die westliche Rezeption des Komponisten Hans Eisler durch das Eislersymposium 1971 entscheidend in Gang gesetzt“. Ende des Zitates. Also wirklich auch ein internationales Echo, eine internationale Entwicklung in der Diskussion um einen großen Komponisten wurde, wie uns hier bescheinigt wird, in Gang

gesetzt durch eine Veranstaltung des „Steirischen Herbstes“ im Jahr 1971. Vielleicht werden auch die Resultate des heurigen Symposiums ähnliches in ein paar Jahren zeigen.

Nun, meine Damen und Herren, das war natürlich nur ein Kurzflug. In keiner Weise sei verschwiegen, daß es auch kritische Stimmen gibt. Wir selber sind, ich glaube das sagen zu können, selbstkritisch genug, um immer wieder zu fragen, sind wir auf dem richtigen Weg, was können wir verändern, was können wir verbessern. Es wird auch in Kürze im Präsidium des „Steirischen Herbstes“ die Manöverkritik 1977 stattfinden und der Ausblick auf 1978. Die Beteiligung der Bevölkerung suchen wir immer. Ich glaube persönlich, daß besonders diese Formeln wichtig sind, die wir die Werkstätten nennen oder mit dem englischen Modewort „workshop“. Hier hat es einige sehr interessante Beispiele gegeben. Internationales Fotoworkshop im Stadtpark oder Musikwerkstätten für Ensembles von steirischen Musikschulen zusammen mit modernen steirischen Komponisten, oder die Versuche mit Jugend- oder Kindertheatern, die versucht haben, Kinder und Jugendliche zu aktivieren. Wir wollen das jedenfalls weiter verfolgen und ich hoffe, daß diese Linie auch beibehalten werden kann.

Die Beziehungen zur Volksbildung sind nicht so schlecht, wie Herr Landesrat Klausner ausgeführt hat. Wir haben durchaus diese Kontakte auch in den Einrichtungen der Volksbildung. Ein Kind der Steirischen Akademie 1973 ist die Aktion Ortsidee, die seither über das Land läuft. In den Volksbildungshäusern des Landes, weil die auch angesprochen worden sind, gibt es seit einigen Jahren eine Aktion „Kunst in Bildungshäuser“, die sich gerade bemüht, moderne Kunst hereinzubringen und die Menschen damit zu befassen und ihnen in Diskussionen auch diese Kunst langsam näherzubringen. Hier braucht man bestimmt Geduld. Das geht nicht von heute auf morgen. Es darf dabei niemand vergewaltigt werden. Wir wollen den Menschen diese Dimensionen doch auch eröffnen, die eben die Kunst der heutigen Zeit bringt. Wir können sagen, meine Damen und Herren, daß wir überhaupt in der Steiermark dieses Bewußtsein für die Kultur der heutigen Zeit immer stärker beobachten können. Auch in kleinen Orten. Ich war vor kurzem in einer kleinen weststeirischen Gemeinde, in Kainach. Diese Gemeinde hat seit langen Jahren wieder einmal versucht, Kulturwochen zu veranstalten. Die Veranstalter haben mir erzählt, daß sie am Anfang viel Bauchweh gehabt haben, ob überhaupt jemand kommt. Bei der Eröffnungsveranstaltung waren mehr Menschen als die Gemeinde Einwohner hat, weil die Nachbargemeinden gekommen sind. Tausend Menschen sind zur Eröffnungsveranstaltung gekommen. Das ist wirklich ein Aufbruch. Es ist die Suche nach dem neuen Ausdruck eindeutig vorhanden. Unser ganzes Land ist überrollt worden von den Entwicklungen, von der Industrialisierung, von der Verstädterung, von der Technisierung. Daran hat natürlich die Entwicklung der Kultur, wenn schon nicht gelitten, aber sie hat sich danach gerichtet. Jetzt ist es so, als ob die Menschen aus einer Lähmung, aus einer Paralyse aufwachen und sagen, jetzt möchten wir wieder zu uns finden, jetzt



suchen wir wieder unsere Identität, wie dieses Modewort heißt, jetzt schauen wir, wo wir stehen, jetzt suchen wir unsere Selbstfindung, unsere Selbstdarstellung. Ich könnte eine ganze Reihe von Veranstaltungen aufzählen, weit über den „Steirischen Herbst“ hinaus. Und das ist wichtig. Im ganzen steirischen Jahr wird in kleinen und größeren Gemeinden oft mit neuen Formen ein neuer Ausdruck gesucht und gefunden. Vielleicht paßt dazu abschließend ein kurzes Zitat aus der Wiener „Presse“. Hier schrieb über Trigon 1977 Christian Satriffer; und diese paar Sätze passen auch auf diese ganze Entwicklung, die Entwicklung eines neuen Kulturbewußtseins in unserem Land. Er schreibt über Trigon 1977: „Wenn man einen gemeinsamen Nenner zu finden sucht, der zusammenhält, was da an divergierenden Erscheinungen auf den gewiß überforderten Besucher dieser Biennale eindringt, so ist es der: Jede Form der alten Gewißheit, der alten Sicherheit wurde aufgegeben. Die Kunst ist das Spiegelbild der Suche nach neuen Lebens- und Arbeitsformen.“

Neue Lebens- und Arbeitsformen, meine Damen und Herren, haben wir zum Teil finden müssen in diesen Umbruchszeiten der Sechziger- und Siebzigerjahre. Neue Lebens- und Arbeitsformen zeigen sich auch in vielen Veranstaltungen, in vielen Äußerungen des kulturellen Lebens in der Steiermark im ganzen Jahr.

Nun, meine Damen und Herren, mein Wunsch ist, daß diese Lebendigkeit sich weiter erhält und sich weiter steigert. Vergessen wir nicht, wir haben nur 1,2 Millionen Einwohner in diesem Land. Das bedeutet, so viele Menschen, wie in einer sehr kleinen Großstadt. Wenn man das bedenkt, dann kann man sagen, die künstlerische, die wissenschaftliche, die geistige Auseinandersetzung ist in dieser Steiermark sehr lebendig. So soll es bleiben. Das wünsche ich auch für das kommende Jahr mit einem herzlichen Dank jenen, die dazu beitragen; sei es als Künstler, als Wissenschaftler, als Ausübender, sei es als Helfer und Organisator in der Beamtenschaft unseres Landes oder auch in den Gemeinden unserer ganzen Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Keine weitere Wortmeldung. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

**Abg. Schrammel:** Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Budgetgruppe 3.

**Präsident:** Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, mögen eine Hand erheben.

Danke. Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ist somit angenommen.

#### **Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Johann Fellinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Fellinger:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ist unterteilt in 7 Abschnitte und 18 Un-

terabschnitte. Von diesen entfallen 6 Abschnitte und 18 Unterabschnitte auf die Soziale Wohlfahrt. Im Kapitel Soziale Wohlfahrt sind unter anderem enthalten, die allgemeine öffentliche Wohlfahrt, die freie Wohlfahrt, die Jugendwohlfahrt, die Behebung von Notständen sowie sozialpolitische Maßnahmen und familienpolitische Maßnahmen.

Die Wohnbauförderung ist im Abschnitt 48 in 4 Unterabschnitten zusammengefaßt, und zwar allgemeine Wohnbauförderung, die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz, Förderung nach dem Wohnbauverbesserungsgesetz und sonstige Maßnahmen.

Insgesamt sind in der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, Einnahmen in der Höhe von 2.072,545.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 2.938,375.000 Schilling vorgesehen. Im Namen des Finanz-Ausschusses ersuche ich das Hohe Haus der Budgetgruppe 4 die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Spezialdebätte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Primarius DDr. Gerd Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. DDr. Stepantschitz:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Seit einem Jahr hat das Land Steiermark ein neues Sozialhilfegesetz. Es hat ziemlich lange gedauert bis es gekommen ist; erste Bestrebungen 1969, OVP-Initiative im Jahr 1974, Beschluß 1976. Man könnte im Sinne des sozialistischen Parteitages in etwa sagen, die OVP hat es dem Referenten aufzwingen müssen. Ich will aber nicht so sprechen; weil ich genau weiß, daß es ein echtes Anliegen aller Steirer war dieses Gesetz und auch ein echtes Anliegen aller zuständig damit Befassten. Es hat eben lange gedauert — gut Ding braucht Weile, nicht nur hier auch anderswo, und wir haben nun das Gesetz.

Ich darf heute sagen, daß die Erfolge, die das Gesetz zu bringen hatte, im großen und ganzen eingetreten sind. Es sind die Bezirksausschüsse zusammengetreten, sie sind zwar in fünf Bezirken beinsprucht worden aus verschiedenen Gründen, zum Teil aus formellen, auf die wurde bereits Rücksicht genommen, zum Teil auch aus grundsätzlichen, weil wieder gewisse Leute doch glauben, daß der Bezirkshauptmann nicht geeignet ist, selbst hier tätig

zu sein und weil ein eigenes demokratisches Forum gefordert wird. Meine Damen und Herren, man kann über Demokratie sicher verschiedener Meinung sein, was die Fortsetzung dieser Institution bis in die letzte Einheit betrifft. Wir glauben, daß der Bezirkshauptmann hier in diesem Land eine Einrichtung ist, die sich bewährt hat, daß es bei der Wahrnehmung der Sachen der Wohlfahrt nicht um legislative Dinge geht, sondern um reine Durchführung und Herr Abgeordneter Loidl, ich glaube, auch die Gebietskrankenkasse hat auch auf eine direkte Wahl und auf die Demokratie in der letzten Einheit verzichtet und lebt nur von Delegierten, und ich glaube, wir können uns schon auf dieser Basis treffen. Daß gewisse Dinge durchgeführt werden müssen, selbstverständlich unter einer Kontrolle, dazu ist der Landtag da, wir kontrollieren auch, aber es geht uns, meine Damen und Herren, das darf ich wirklich sagen, nicht darum wer das macht, sondern es geht uns darum daß es gemacht wird, und zwar im Einzelfall möglichst schnell und möglichst ausreichend. Wenn bekrittelt wurde die zunehmende Verwaltung in diesem Land Steiermark, ja wenn wir eine eigene Einrichtung in jedem Bezirk für die Fürsorge schaffen wollten, dann wäre das eine ganz beträchtliche weitere Ausweitung der Bürokratie.

Die Fürsorgeeinrichtungen in diesem Land werden immer gut dotiert. Ich darf sagen, daß der Abgang für die Fürsorgeeinrichtungen im kommenden Jahr auf 402 Millionen Schilling ansteigen wird, das ist um 10,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Ich darf also auch feststellen, ohne weiteres Eingehen auf die Ursache, daß die Zunahme des Abganges wesentlich größer ist bei der Fürsorge als bei den Krankenanstalten. Ich stelle nur fest, ich bekrittelle es nicht. Ich werde auch dort den Abgang vertreten, Frau Abgeordnete.

Darf ich, bevor ich auf Einzelheiten eingehe, noch einmal auf die Grundsätze zurückkommen, die wir festgelegt haben, als wir an die Erarbeitung dieses Gesetzes gegangen sind. Erstens einmal allgemeines Ja zu der Verpflichtung des Landes zur Fürsorge. Zweitens Festlegung auf den Grundsatz der Subsidiarität, das heißt, das Land soll dort eingreifen, wo es notwendig ist, wo nicht schon andere Einrichtungen da sind, die das anders, besser und vielleicht auch billiger machen. Drittens: Wir sind uns im klaren, auch das soll man immer wiederholen bevor man in eine Einzelbesprechung eingeht, daß wir nicht jedem Menschen alle Sorgen nehmen können. Ich darf sagen, das sollten wir auch nicht. Der Mensch ist nicht dazu auf die Welt gekommen, um in einem Glashaus zu leben, er muß sich mit Problemen auseinandersetzen, und wir wissen genau, man könnte das auch rein physiologisch-medizinisch begründen, daß gerade in der Auseinandersetzung mit Sorgen und mit Problemen der Mensch sich immer wieder bewährt und auch wieder gesundet. Aber trotz allem die grundsätzliche Feststellung jedenfalls ein Ja zu der Wohlfahrtsaktion des Landes.

Wenn ich von Subsidiarität gesprochen habe, so muß ich hier die ganzen privaten Aktionen erwähnen, die in diesem Land durchgeführt werden und

die alle — ich darf sagen — mit sehr viel Verständnis vom Land gefördert werden. Ich darf hier z. B. das Blindeninstitut erwähnen, wo ein neuer Hallenbau unlängst erst die Dachgleiche gefeiert hat. Nun nur eine Anmerkung ohne jede Polemik. Wenn Sie sich das Budget durchschauen und sich den Betrag anschauen, der für das Blindeninstitut vom Land verwendet wird und wenn Sie feststellen, was die Erhaltung des Taubstummeninstituts kostet, so können Sie sich daraus selbst errechnen, wieviel Arbeit und wieviel Geld durch private Initiative eben der Öffentlichkeit abgenommen wird.

Ich darf hier erwähnen die Arbeit der Lebenshilfe, die sich der geistig zurückgebliebenen Kinder annimmt, ich darf erwähnen die steirische Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher. Es ist davon heute im Zusammenhang mit der Schule für behinderte Kinder schon davon gesprochen worden, mit den Schwierigkeiten im Bereich des Morreschlößchens und der Möglichkeit die sich anbietet, durch die Vermietung des Gebäudes der „Guten Hirtinnen“, ich weiß, daß es Schwierigkeiten gibt, weil es sich um eine Schule und ein Internat handelt, ich weiß, daß bereits ein großer Betrag im außerordentlichen Haushalt vorgesehen ist für die Renovierung dieses Gebäudes. Aber ich darf feststellen, daß die Initiatoren dieser Aktion uns sagen, wenn das Gebäude renoviert wird, sie die Erhaltung allein aus den Geldern vornehmen könnten, die aufgrund des Behindertengesetzes ihnen zufließen. Ich glaube auch, hier handelt es sich um eine private Aktion, die man entsprechend fördern sollte.

Ich habe zu sprechen zu kommen auf die ganze große Zahl von privaten Pflegeheimen, die hier im Lande Steiermark wirksam sind, und ich freue mich sehr, daß die Caritas jetzt in Straßgang ein neuerliches Pflegeheim errichten wird, ebenfalls mit aktiver Förderung durch das Land Steiermark, und ich glaube, daß das ein richtiger Weg ist. Ich darf erwähnen etwa die Anstalt in Kainbach, wo die Ärmsten der Armen gepflegt werden auch mit einem Betrag der erstaunlich niedrig ist und die Förderung, die das Land dort zu geben hat, ist ganz minimal. Ich darf auch sagen, man könnte an Hand des Budgets ersehen, um wieviel teurer es käme, wenn es das Land direkt machen müßte. Also auch diesen Tätigen dort muß der Dank des Landes gesagt werden.

Ich darf erinnern an die vielen privaten Altersheime, die unterstützt werden vom Land und von den Gemeinden und die ebenfalls sehr, sehr viele Aufgaben dem Land Steiermark abnehmen, und es sind zu erwähnen in diesem Zusammenhang, ohne daß ich Anspruch auf Vollständigkeit mir deshalb herausnehmen würde, auch die Kinderdörfer der verschiedenen Richtungen, die ebenfalls sehr wesentlich wirksam sind.

Nun, meine Damen und Herren, wenn ich von Subsidiarität gesprochen habe: Das erste Ziel jeder Tätigkeit auf dem Gebiet der Wohlfahrt muß es sein, jeden Menschen, jedes Kind, jeden Kranken, jeden Alten so lange als möglich zu Hause lassen zu können. Er soll sein Heim erst dann aufgeben müssen, wenn es unbedingt notwendig ist. Ich darf

also sagen, daß sehr viel geschieht auch schon vom Land Steiermark in dieser Richtung. Ich erwähne die Familienhelfer, eine Aktion, die sehr gestützt wird von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, obwohl heute nur mehr ein Drittel der Betreuten Bäuerinnen sind und es wäre vielleicht eine Anregung, wenn ich sage, daß auch die anderen Kammern sich finanziell an dieser Aktion in Zukunft beteiligen könnten. Ich darf hier erwähnen das Altenhilfswerk, das seit zwei Jahren im Land Steiermark tätig ist mit zunehmender Bedeutung und mit zunehmendem Erfolg. Es sind heuer wieder neue Altershelfer ausgebildet worden, die tätig sein werden in der Stadt und zum Teil auch schon auf dem Land. Leider ist es ja so, daß die Landbevölkerung, die Orte draußen auf dem Land in dieser Entwicklung noch benachteiligt sind. Hier ist noch ein sehr, sehr großer Nachholbedarf zu leisten.

Ich darf erwähnen in diesem Zusammenhang die Hauskrankenpflege, obwohl sie nicht in dieses Kapitel gehört, die auch wieder entlasten wird die Krankenhäuser und die ganzen Fürsorgeanstalten, weil es wieder möglich sein wird, einige Menschen zu Hause zu behalten und zu Hause zu pflegen. Es ist die Ausbildung auf diesem Gebiet abgeschlossen, und es ist im Budget ein Betrag vorgesehen, der diese Einrichtung im nächsten Jahr ermöglichen wird.

Meine Damen und Herren, diese Arbeiter, die hier tätig sind in der Familienhilfe, im Altenhilfswerk, in der Hauskrankenpflege, in der Fürsorge, das sind höhere Berufe, das sind Berufe, die eine sehr, sehr wesentliche Ausbildung brauchen, das sind Berufe, die sozialpolitisch tätig sein müssen, nicht im parteipolitischen Sinn bitte, das sind die, die die ganze sozialpolitische Entwicklung in diesem Land zu tragen haben. Ich darf sagen, daß gerade der Ausbildung dieser Personen im Land Steiermark eine sehr wesentliche Bedeutung zukommt, daß man das auch erkannt hat und daß auch hier sehr viel geschieht.

Nun, es gibt ein europäisches Institut für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt, unterstützt von der UNO, das die Zielgruppen der Befürsorgten untersucht hat. Es ist nicht erstaunlich, wenn die Zielgruppe bei den Erwachsenen, die am meisten Betreuung erfordert, die alten Menschen sind.

Wir haben einen Altenhilfsplan eingebaut in unser Sozialhilfegesetz. Es wäre sehr verlockend, jetzt wieder über die alten Menschen zu reden, nur glaube ich, das ist alles schon geschehen und in den Protokollen dieses Hauses aktenkundig geworden. Darf ich zwei Dinge hier vielleicht noch einmal erwähnen. Das wesentlichste bei der Pflege des alten Menschen ist, ihn aktiv zu erhalten. Professor Schäfer, der bei der schon mehrmals strapazierten Steirischen Akademie gesprochen hat, hat unlängst eine wissenschaftliche Arbeit veröffentlicht, in der er glaubt, nachweisen zu können, daß Inaktivität beim alten Menschen zur Krebsbildung führt. Beim Zusammenhang zwischen Psyche und somatischer Erkrankung ist auch das durchaus möglich. Sicher ist aber, daß Aktivität das Leben ver-

längert. Es gibt ganz exakte Untersuchungen, wo man 65jährige auf ihre Eigenschaften hin untersucht hat, ob sie viel essen, ob sie rauchen, was sie tun. Man hat nach zehn Jahren geschaut, was aus diesen Menschen geworden ist. Man ist darauf gekommen, daß es einen eindeutigen Unterschied gibt bei jenen, die geistig rege waren und bei jenen, die geistig nicht rege waren. Die geistig regen Menschen haben länger gelebt im Durchschnitt als die anderen. Auch hier geht es darum, meine Damen und Herren, die geistige Regsamkeit des alten Menschen zu erhalten. Der größte Feind dieser geistigen Aktivität ist die Einsamkeit, ist die durch die Einsamkeit hervorgerufene Angst, die meistens in unserem Land noch nicht einmal begründet ist. Durch das ewige Einsamsein, durch den Mangel an Ansprache wird der Mensch ängstlich, traut sich nicht ausgehen, bleibt zu Hause und verschließt sich. Es ist bekannt, daß Befürsorgte einen verbilligten Telefonanschluß bekommen können. Ich glaube, daß das zu wenig ist. Es wäre in einer Aktion, z. B. im Rahmen der 800-Jahr-Feier der Stadt Graz, dafür zu sorgen, daß sämtliche alte Menschen einen Telefonanschluß bekommen. Ich habe mich interessiert und von der Postdirektion auch die Antwort bekommen, daß zwar ein großer Bedarf an Telefonleitungen besteht, daß eine solche Aktion aber durchaus realistisch erscheint. Wenn man von der Stadt zinsenlose Darlehen gibt für die Einleitungsgebühren, erscheint es durchaus denkbar, daß man alte Menschen dazu bringt, daß sie ein Telefon mit einem Notruf zu Hause haben. Ich glaube nicht, daß der Notruf sehr oft betätigt werden wird. Ich bin aber sicher, daß allein das Gefühl, mit der Außenwelt verbunden zu sein, doch sehr viel dazu beitragen würde, um den alten Menschen ein weiteres Leben in ihren Wohnungen zuzumuten.

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang ein kurzes Wort zur Organisation der Sozialhilfe. Bitte ohne Kritik! Es ist alles in Fluß, die Maßstäbe werden immer größer. Es wird, was die Gesetze, das Angebot und den Bedarf betrifft, immer schwieriger, alles das zu tun, was man tun kann und was man tun soll. Ich glaube, wir brauchen bezirksorientierte Sozialstationen, etwas was es anderswo schon gibt. Etwa herumgelagert um Altenwohnhäuser. Wir haben Altenwohnhäuser modernen Stils. In Graz wurde der Grundstein zu einem dritten gelegt. Wir haben vom Aktiven Lebensabend her die Begegnungsstätten, also Räume, wo alte Menschen sich treffen, wo sie Kontakte haben, wo sie Vorträge hören und wo sie selbst auch etwas tun können. Wir haben das Angebot freiwilliger Helfer. Es ist durch verschiedene Umfragen festgestellt worden, daß ein Großteil der Bevölkerung grundsätzlich bereit ist, alten Menschen freiwillig — ohne Kostenersatz — zu helfen. Man nimmt an, daß das etwa 40 Prozent der Bevölkerung sind, die gerufen werden müssen und die man aktivieren muß.

Wir haben die Hilfsdienste, die ich schon genannt habe. Wir haben die Helfer des Roten Kreuzes, die nicht nur bei der Rettung tätig sind, sondern auch aktiv bei der Betreuung alter Menschen. Wir haben unsere Fürsorgebeamten und -beamtinnen. Wenn man nun ein Zentrum schafft in jedem Bezirk, vor

allem auch draußen am freien Land, wo es einen Raum gibt, wo der alte Mensch sich mit anderen treffen kann, wo das Altenheim bereits dabei ist, wo vielleicht auch ein Kindergarten angeschlossen ist, wo man das Leben der Jugend noch sieht, dann wird das eine Form sein, die in Zukunft einer modernen Wohlfahrtspflege entsprechen könnte. Es gibt bereits Ansätze. Es ist nicht utopisch, was ich sage. Wenn wir in dieser Richtung weitertun, dann können wir sehr viel erreichen.

Bei den Kranken, die von der Wohlfahrt betreut werden müssen, ist die größte Klientengruppe — 15,2 Prozent — die der Alkoholiker. Wir wissen alle ganz genau, daß es sich hier um eine Krankheit handelt, die es zu bekämpfen gilt, wo die Erfolge sowohl der Medizin als auch der Sozialfürsorge durchaus den Erwartungen nicht entsprechen. Ich darf in dem Zusammenhang daran erinnern, daß ein Antrag aufliegt, in Hörgas-Enzenbach eine Heilstätte für Alkoholiker einzurichten; entsprechend den Erfahrungen einer solchen Stelle in Kalksburg. Ich hoffe, daß in absehbarer Zeit hier auch eine Realisierung möglich sein wird. Wir können hier sehr vielen Menschen echt helfen. Wir können hier zeigen, daß auch in der Steiermark alles unternommen wird, um einem Teil von Kranken Hilfe zu bringen, die darauf wirklich sehr viel Anspruch haben.

Ich darf im Zusammenhang mit der Betreuung Kranker auch erwähnen die Tatsache, daß man eine Verbindungsfürsorge in die Krankenhäuser hineingibt. Wir haben im Krankenhaus Graz vier Fürsorgerinnen, die sich redlich bemühen, das zu tun, was nur halbwegs notwendig ist. Ich darf in dem Zusammenhang sagen, daß wir auch hier daran sind, freiwillige Helfer einzuschalten in Zusammenarbeit mit der Aktion Aktiver Lebensabend. Es haben sich schon ältere Menschen gemeldet, die bereit sind, kranke Mitbürger im Krankenhaus von Zeit zu Zeit zu besuchen und zu betreuen. Ich kann mir vorstellen, daß über den Krankenhausaufenthalt hinaus auch noch günstige Kontakte geschaffen werden können, die der Vereinsamung entgegenarbeiten können. Wir haben eine ähnliche Einrichtung schon bei Kindern. Die gelben Tanten kommen hinein und lesen den Kindern vor und unterhalten sie, um von der Krankheit abzulenken. Ich glaube, wenn wir eine solche Einrichtung auch für Erwachsene, vor allem alte Menschen, schaffen, daß wir auch etwas auf dem Gebiet der Wohlfahrt leisten könnten.

Ich darf erinnern an die große Zahl von Invaliden, vor allem als Folge von Verkehrsunfällen, die Rollstuhlfahrer, die immer wieder ihre Ansprüche anmelden. Hier wurde noch nicht richtig zur Kenntnis genommen, um was es sich dabei handelt. Nur schlagwortartig: Straßenbahn, Eisenbahn, Wohnung. Vielfach unerreichbare Gebiete für jene armen Mitbürger, die an den Rollstuhl gefesselt sind.

Bei der Jugend ist die größte Klientengruppe jene — 20 Prozent —, die aus zerrütteten Familien kommt. Man müßte hier anfangen von Familienpolitik zu reden. Das ist, glaube ich, schon geschehen. Darf ich nur eines noch dazu sagen. Zur Grün-

dung und Führung einer Familie wird immer Mut gehören, und daß man auch bereit ist, Opfer zu bringen. Alles das, was die Öffentlichkeit anbietet, vom Schulbuch bis zur Beihilfe beim Studium, das können und sollen nur flankierende Maßnahmen sein. Es sollen diese nicht so weit gehen, daß der Spielraum — auch der finanzielle —, der der Familie bleibt, dann so eingeengt ist, daß die Führung einer Familie unmöglich geworden ist. Wir haben einen Fortschritt erzielt im vergangenen Jahr durch das Kinderspielplatzgesetz; etwas was auf sozialpolitischem Gebiet unbedingt notwendig wird.

Wir haben im Ausschuß gefragt, was aus den Kindern wird, die in den Landesjugendheimen erzogen werden. Wir konnten keine Auskunft erhalten, weil eine Statistik noch nicht vorliegt. Dennoch darf ich zwei Dinge sagen. Es ist bewundernswert, was die Erzieher in diesen Anstalten leisten. Das ist kein Honiglecken, sich mit so schwierigen Kindern abzugeben und zu versuchen, aus ihnen wertvolle Staatsbürger zu machen. Ich glaube, wir haben allen Grund, diesen Menschen, ob sie Erfolg haben im Einzelfall oder nicht, für ihr Bemühen sehr herzlich zu danken. Sie können zwar keinen Familienersatz bieten, sie tragen aber doch dazu bei, daß gerade die schwierigsten Kinder dieses Landes doch zu entsprechenden Menschen heranerzogen werden, die ihrer Arbeit nachkommen und die nicht in den Kriminalismus abgleiten. Sicher gibt es das auch. Es handelt sich um Kinder, die besonders schwierig sind. Das ist aber nicht die Quelle des Terrorismus. Das kann man auch feststellen. Es liegt nicht an einem Minus an Wohlfahrt. Das sind andere Gründe bei anderen Familien. Es sind überhaupt keine sozialen Gründe, die dazu führen. Jedenfalls, wie immer es sein mag und was die Statistik uns bringen wird, es ist schon wesentlich, daß diese Kinder nicht so auffallen, daß man gleich hätte sagen können, es schaut nichts heraus aus diesen Jugendheimen.

Wir haben schon bei der Erlassung des Gesetzes festgestellt, dieses Gesetz ist weniger ein Gesetzeswerk, sondern ein Appell. Es geht weniger darum, wie die Paragraphen ausschauen, es geht im wesentlichen darum, was die Menschen daraus machen. Wenn wir zwei Meldungen aus Wien in letzter Zeit gehört haben, daß in einem Hochhaus jemand bereits über ein halbes Jahr tot war bevor er gefunden wurde und wenn es möglich war, daß mitten in einer Stadt ein Terroropfer verschleppt werden konnte und versteckt werden konnte, ohne daß man heute noch weiß wo dieses Versteck überhaupt ist, dann heißt das doch, daß es sehr erhebliche Kommunikationsschwierigkeiten vor allem in den Städten noch gibt.

Meine Damen und Herren, man könnte sagen, das, auf was es ankommt, ist die Liebe zum Nächsten oder ähnliche, wie manche vielleicht glauben, altmodische Ausdrücke, man kann es auch etwas progressiver fassen und man könnte den Appell an die Steirer richten: Es soll jeder ein freiwilliger Sozialarbeiter sein. Wie immer Sie das nennen wollen es geht darum, daß wir nicht uns auf das Gesetz und auf ein Amt und eine Regierung verlassen, daß wir zur Kenntnis nehmen, daß wir alle

selbst aktiv tätig sein müssen, wenn wir dieses Land gerade auch was die Fürsorge, was die Wohlfahrt betrifft, gesund erhalten wollen! Mein Wunsch für dieses Budget, das ja das Programm für ein weiteres Jahr wieder ist, möge der sein, daß kein Steirer Not leiden möge im nächsten Jahr, und daß jeder Steirer diese Förderung bekommen möge, die er wirklich braucht. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

**Abg. Erhart:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Die nun zur Debatte stehende Gruppe 4, die soziale Wohlfahrt, ist in Teilbereiche unterteilt, und ich will zum Teilbereich Jugendwohlfahrt ein paar Betrachtungen anstellen. Ziel der Jugendwohlfahrt ist es, eine gedeihliche Entwicklung der Jugend zu ihrem eigenen Wohl aber auch zum Wohle der gesamten Gesellschaft zu erreichen. Alle gesetzlichen und administrativen Maßnahmen haben sich nach diesem Ziel zu orientieren. Dieses Ziel wird erreicht durch die volle Integration des Jugendlichen in die Gesellschaft. Am besten läßt sich dieses Ziel, das ist eine Binsenweisheit und da stimmen wir vollkommen überein in unserer Aussage, wohl in der Familienerziehung erreichen. Die primären Maßnahmen der Jugendwohlfahrtspflege müssen sich daher auf die Stärkung und auf die Unterstützung der Familie erstrecken, damit gefährdete Jugendliche im Familienverband die erforderliche Erziehung erhalten können. Gemeint ist die Erziehungshilfe dort, wo sie notwendig wird. Solche Maßnahmen werden in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß im vergangenen Jahr in der Steiermark 1755 Erziehungsberatungen durchgeführt wurden. Trotz aller dieser Maßnahmen der Erziehungshilfe wird auch in Zukunft leider auf die Heimerziehung nicht ganz verzichtet werden können. In diesem Jahr stehen z. B. 300 Mädchen und Burschen in landeseigenen Heimen in Fürsorgeerziehung. Um hier zeitgemäß bleiben zu können, um nach entsprechenden Erkenntnissen der Wissenschaft arbeiten zu können, wird es immer wieder notwendig sein, diese Heime dementsprechend auszustatten, Umbauten, Veränderungen dieser Heime vorzunehmen. So wird im Landesjugendheim Rosenhof ein Schulbau mit einem Gesamtkostenaufwand von 11 Millionen Schilling vorangetrieben, der 1978 fertiggestellt werden soll. In den Landesjugendheimen Blümelhof und Hartberg sind ebenfalls Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenaufwand von 13 Millionen Schilling im Stadium der Planung. Mit diesen Maßnahmen schaffen und erhalten wir ständig die Voraussetzung, daß die Jugendfürsorgeerziehung in der — da schließe ich mich meinem Vorredner an — wirklich Hervorragendes geleistet wird, weiterhin von Erfolg begleitet ist. Die Erziehungsarbeit in diesen Heimen konzentriert sich immer mehr auf die Erfassung der Gesamtpersönlichkeit. Diese Erfassung der Gesamtpersönlichkeit wird im Zusammenwirken mit den Fachexperten

durchgeführt. Bei den Jugendlichen wird das Hauptaugenmerk auf eine Berufsausbildung gerichtet. Es wird die Möglichkeit geboten in sowohl freien Lehren als auch in Heimlehren einen Beruf zu erlernen. Jährlich werden ca. 30 Jugendliche in den Fürsorgeheimen freigesprochen.

Bei der Erfassung der Gesamtpersönlichkeit kommt aber auch der Bewältigung der Freizeit große Bedeutung zu. Wir streben in der Erziehung von der passiven Freizeitgestaltung zum aktiven Freizeiterleben. Das ist sicherlich eine Aufgabe, die auch mit materiellen, aber vor allem mit ideellen Aufwand verbunden ist. Eine große Aufgabe stellen in den Landesjugendheimen die in Fürsorgeerziehung stehenden schwer erziehbaren Minderjährigen, die sowohl einer psychiatrischen Behandlung als auch natürlich einer intensiveren Betreuung im Heim bedürfen, dar. Aktualisiert wird natürlich dieses Thema derzeit durch die angekündigte Schließung des Hirtenklosters als Fürsorgeerziehungsheim.

Für die in Fürsorgeerziehung stehende männliche Jugend ist geplant im Landesjugendheim Hartberg eine eigene Gruppe zu führen, die eine intensivere Betreuung dieser schwierigen Fälle ermöglicht. Die schwererziehbaren Burschen sollen eine Zeit lang in dieser Gruppe belassen werden und nach einer Besserung des Zustandsbildes wieder in die Normalgruppe integriert werden. Gleichzeitig wird eine intensivere psychologische und psychiatrische Betreuung zu erfolgen haben. Es ist zu erwarten, daß diese Maßnahmen Jugendliche, welche derzeit wegen Ausweglosigkeit aus der Fürsorgeerziehung entlassen werden müssen, einer Heimerziehung zugeführt werden können. In der gesamten Heimerziehung, oder besser gesagt in der gesamten Jugendwohlfahrt darf die Heimerziehung aber schließlich nur als eine Übergangslösung angesehen werden, quasi als eine therapeutische Maßnahme im Kreise vieler Maßnahmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, vieles wurde erreicht, große Leistungen konnten erbracht werden, doch leider wird dem Thema Jugendwohlfahrt als Teilbereich ebenso, wie dem Gesamthema soziale Wohlfahrt in der Öffentlichkeit nicht die Bedeutung beigegeben, die eigentlich erwartet werden kann. Es gibt hier keine Sensationen, weil ja nur Hilfsbedürftigen geholfen wird und dafür in unserer Zeit wenig öffentliches Interesse besteht. Es wäre sicherlich von großem Vorteil, wenn Probleme, die uns alle angehen, vom Staatsbürger nicht nur an die zuständigen Stellen delegiert werden, sondern wenn zur Lösung dieser Fragen auch die Unterstützung aller Angehörigen unserer Gesellschaft erreicht werden könnte. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Zdarsky. Ich erteile es ihr.

**Abg. Zdarsky:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte zu einem kleinen, relativ unbeachteten Posten der sozialen Wohlfahrt sprechen. Im Budgetansatz der Gruppe 4 scheint unter dem Posten 7270 mit einer Summe von 2,700.000 Schilling,

die psychiatrische Außenfürsorge auf. Wenn man dieses Wort hört, so weiß man, daß damit in der Praxis zum größten Teil noch immer nur die Unterbringung psychiatrischer Patienten in Familien, meist auf dem Land, gemeint ist. Diese psychiatrische Außenfürsorge hat den Zweck, Patienten bei Pflegefamilien, bei Eignung in den Arbeitsprozeß und in die Gesellschaft wieder einzugliedern. Diese Art von Rehabilitation ist eine erweiterte Therapie von Ärzten und pflegerischer Betreuung überwacht. Sie werden teilweise als billige und willige Arbeitskräfte verwendet. Es ist dies ein Versuch, ihnen dadurch ein Leben außerhalb der Heilanstalt zu ermöglichen. Derzeit sind ca. 150 Personen, für die ein Aufwand von eben 2,7 Millionen Schilling veranschlagt wird. Der Pflegeplatz wird von der Anstaltsleitung ausgesucht, die Anstalt haftet für den Pflegling, wie bei der Unterbringung in der Anstalt selbst. Bei Jugendlichen unter 16 Jahren ist dies also kein Pflegeplatz im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes, weil der Zweck der Pflege ausschließlich Heilbehandlung und Krankenpflege ist. Zwischen der Anstalt und dem Pflegeplatzinhaber ist ein Pflegevertrag abzuschließen.

Fürsorge und Betreuung kann als wiederholter oder kontinuierlicher Beitrag zur Besserung der Lage einer Person oder Personengruppe festgelegt werden. In der Regel wird Betreuung unter Anwendung spezieller Kenntnisse geleistet. Sie grenzt an Hilfe. Ein nicht abgeschlossener Krankheitsprozeß, der der Langzeit- oder Dauerbetreuung bedarf, aber auch ein abgeschlossener Krankheitsprozeß mit Funktionseinbuße, welche die Lebensführung teilweise beeinträchtigt, kann durch die angeführte psychiatrische Außenfürsorge allein nicht als Betreuung in der vorausgestellten Definition des Wortes angesehen werden. Österreich hat auf dem Gebiet der Psychiatrie große Tradition. Das mangelhafte Eingehen auf psychiatrische Betreuung und Außenfürsorge muß als besondere Lücke empfunden werden, da es außer der Anstaltsbetreuung für diese Menschen nichts gibt. Menschen mit größeren Auffälligkeiten werden meist zwangsweise zur stationären psychiatrischen Behandlung eingewiesen. Zwangsweise Einweisung und Asylisierung ergeben eine schlechtere Ausgangsposition für Heilung psychischer Defekte, als Therapie bei Freiwilligkeit. Hiefür ist oft die geringe Aufgeschlossenheit und Toleranz der Gesellschaft gegenüber den psychisch Kranken verantwortlich zu machen. Dabei sind die psychischen Erkrankungen im Zunehmen. Es wird angenommen, daß bei Depressionen, Alkoholikern und Neurotikern die Zahl der unbehandelten Fälle zehnmal so groß ist, als die der behandelten. Für den Anstieg seelischer Störungen kommen in Frage: Erhöhte psychische Belastungen, geringe allgemeine Toleranz für abweichendes psychisches Verhalten, Unglück, Unzufriedenheit, Krisen und manches andere mehr. 16 Prozent der Österreicher werden zumindest einmal im Leben in stationäre psychiatrische Behandlung genommen. Davon sind 50 bis 80 Prozent Zwangseinweisungen. Insgesamt sind in Österreich 11.200 Betten ständig mit psychiatrischen Patienten belegt, davon in der Steiermark 1600. Das sind 18 Prozent. Es fehlt ganz allgemein

an der psychiatrischen Betreuung außerhalb der Kliniken und der Sonderanstalten. Wir sind bezüglich der Anwendung psychiatrischer Betreuung und echter Fürsorge in eventuellen Sozialzentren, Praxen der niedergelassenen Ärzte, aber auch noch in den dezentralisierten Krankenanstalten ein Entwicklungsland. Dabei ist, wie gesagt, die Schätzung der Zahl der Behandlungsbedürftigen zwischen 15 und 40 Prozent. In der Steiermark sind 633 praktische Ärzte und 27 Fachärzte für Psychiatrie und Neurologie niedergelassen. Von den Nervenärzten ordinieren 17 in Graz in isolierter Alleinpraxis. Das Land Steiermark ist also diesbezüglich fast ein weißer Fleck. Praktische Ärzte haben meist ob ihrer großen Überlastung keine Zeit zum Reden. Die Mitmenschen, oft auch die engste Familie, zeigen wenig Verständnis für Verhaltensauffälligkeit und Leistungsbeeinträchtigungen psychischen Ursprungs. Der Patient erwartet heute schon in vielen Fällen gar nicht mehr vom Arzt, daß er mit ihm über seine Familie spricht oder über seinen Kummer und seine Sorgen reden kann. Oft verdecken Medikamente zeitweilige Symptome. Die wahren Ursachen bleiben unentdeckt. Psychiatrische Außenfürsorge müßte in der heutigen Zeit mehr leisten wie bisher und durch Einrichtungen gestützt werden, die dem psychisch Kranken in regionalen heimnahen Zentren eine Hilfestellung anbieten. Vorbeugung und vertrauengiebende Hilfe sollten die Zahl der Zwangseinweisungen herabsetzen; aber auch Anstaltsentlassene nachzubetreuen, daß sie wieder festen Fuß fassen können, wäre eine Aufgabe. Psychiater, Sozialarbeiter, Psychologen, eventuell Arbeitsberater und psychiatrische Pfleger könnten den Betroffenen, aber auch ihren Familien sinnvoll organisierte Hilfe leisten sowie praktische Betreuungsarbeit bieten. In Graz wird ab Februar 1978 ein Versuch einer solchen Einheit gestartet, ein Bezirkszentrum für seelische Gesundheit und soziale Fragen. Ich bitte Sie, sehr geehrte Damen und Herren, diesem Versuch Augenmerk und Hilfe angedeihen zu lassen. Im Budget des nächsten Jahres müßte aber der Ansatz für die psychiatrische Außenfürsorge höher sein. (Allgemeiner Beifall.)

**Zweiter Präsident Gross:** Ich unterbreche nunmehr die Sitzung des Landtages bis 14 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.55 Uhr.)

Wiederaufnahme der Sitzung: 14.05 Uhr.)

**Dritter Präsident Feldgrill:** Als nächster Redner hat sich die Frau Abgeordnete Bischof zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Bischof:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn wir der Meinung waren, es würden am Nachmittag mehr Abgeordnete von der rechten Seite Interesse finden für die Gruppe 4, dann muß ich sagen, daß wir uns getäuscht haben. (Beifall bei der SPO.) Es ist die Regierungsbank der ÖVP völlig leer. Dem Herrn Abgeordneten Štepančič muß ich, noch bevor ich auf die Behindertenhilfe eingehe,



sagen, daß die Sicherheit unserer Kinder der OVP kein eigenes Gesetz wert war. Obwohl die Junge Generation über 50.000 Unterschriften erbracht hat. Mit den Änderungen zur Bauordnung sind wir nicht einverstanden, das möchte ich hier eindeutig feststellen. Dieses Gesetz wurde mehrmals von unserer Fraktion in der Fragestunde gefordert und urgiert und auch einmal im Jahr der Frau. Und nun möchte ich in der Gruppe 4 vor allem auf die Behindertenhilfe eingehen.

Neben der Sozialhilfe hat der Steiermärkische Landtag über Initiative unseres Sozialreferenten einen weiteren Schwerpunkt im sozialen Bereich gesetzt, nämlich mit der Novelle zum Behindertengesetz vom 25. Februar dieses Jahres. Ziel der Behindertenhilfe ist es, den Behinderten ein Leben als voll anerkanntes Mitglied der Gesellschaft zu ermöglichen. Hierzu ist erforderlich, daß die Behinderung möglichst früh erfaßt wird und daß die Ausbildung und Therapie so frühzeitig und ausreichend eingesetzt werden kann, damit eine optimale Entfaltung im Rahmen der gegebenen Behinderung möglich ist. Wünschenswert ist daher die Integration des Behinderten in die menschliche Gesellschaft, eine Gattobildung soll nach Möglichkeit verhindert werden. Der Behinderte soll möglichst normalisiert werden. Dies geschieht am besten darin, daß der Behinderte ein solches Leben führen soll, wie dies der gesunde Mensch führen kann und dazu glauben wir ist eine flexible gesetzliche Grundlage erforderlich. Zu achten ist auch auf ein Zusammenwirken zwischen den Organisationen der privaten Wohlfahrt und der öffentlichen Wohlfahrt. Die Gesetzesnovelle vom 25. Februar zum Behindertengesetz bringt ganz entscheidende, bedeutende Verbesserungen und schafft die nötige Voraussetzung, um wirkungsvoll für die Behinderten arbeiten zu können. Im Hinblick auf diese Verbesserungen ist auch im Voranschlag eine enorme Steigerung vorgesehen. 1977 waren insgesamt für die Behindertenhilfe 155 Millionen Schilling vorgesehen, im Voranschlag 1978 sind es 206 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt; dazu kommt noch die Blindenbeihilfe im Betrag von 61 Millionen Schilling.

Die weiteren Verbesserungen der Gesetzesnovelle sind die Einführung des zweistufigen Pflegegeldes, wodurch auch leichter Geschädigte in den Genuß eines Pflegegeldes gelangen und ganz entscheidend ist die Herabsetzung der Anspruchsberechtigten vom 16. auf das 6. Lebensjahr. Sehr entscheidend, glauben wir, aber ist auch der Anspruch auf einen geschützten Arbeitsplatz, und er wird nicht mehr von einer perzentuellen Unfähigkeit abhängig sein, sondern nur damit, ob der Betreffende auf dem freien Arbeitsmarkt mit Gesunden konkurrenzfähig ist oder nicht. Damit fällt die schwierige Feststellung weg, daß der Behinderte zu 50 Prozent arbeitsunfähig sein muß. Eine bedeutende Hilfe ist auch die Einführung einer Mietzinsbeihilfe, die in dieser Absicht erfolgt, Behinderten eine Wohnung zu ermöglichen, die ihren Bedürfnissen entspricht. Da eine Behindertenwohnung aber im allgemeinen mehr Kosten verursacht, wird mit der Gewährung der Mietzinsbeihilfe diese Kostendifferenz nach Möglichkeit ausgeglichen. Denken wir nun daran, daß

Querschnittgelähmte oft bei Beschaffung einer Wohnung vor kaum lösaren Problemen stehen. (Abg. Karl Lackner: „Vor unlösaren Problemen!“)

Ebenfalls eine persönliche Hilfe stellt die ab 1. April dieses Jahres im Landesbehindertenzentrum Graz-Andritz errichtete Beratungsstelle dar. Hier werden Behinderte mit ihren Angehörigen kostenlos über medizinische Maßnahmen und über rechtliche Möglichkeiten beraten. Erfreulicherweise haben bisher 92 Personen von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht, dies entspricht einer Besucherfrequenz von ca. sechs Personen pro Beratungstag. Die Bevölkerung müßte aber auf diese Einrichtung noch viel mehr aufmerksam gemacht werden und hier, glaube ich, könnte uns auch die Presse entsprechend helfen.

Ebenfalls im Landesbehindertenzentrum Andritz wird über Initiative unseres Sozialreferenten (Abg. Dr. Eichtinger: „Nicht nur, Frau Kollegin!“) eine Schulungsaktion für Familien mit behinderten Kindern seit 1974 durchgeführt und erfreut sich diese Aktion seit Beginn größter Beliebtheit. Auch hier ist es das Ziel, daß die Eltern über die zweckmäßige Betreuung und Beschäftigung ihrer behinderten Kinder informiert werden und umfaßt diese Aktion auch die Beratung über rechtliche und medizinische Fragen. Schwerpunkte in der Behindertenhilfe sind im ordentlichen Haushalt die Pflegegebühren in eigenen und fremden Anstalten mit insgesamt 54 Millionen Schilling und das Pflegegeld selbst, wofür im Voranschlag knapp 100 Millionen Schilling vorgesehen sind; gegenüber dem Voranschlag 1977 mit 65 Millionen. Und wenn das Recht auf Arbeit ein Menschenrecht ist, eine alte sozialdemokratische Forderung, weil wir nichts anderes haben als unsere Arbeitskraft verkaufen zu können, wir können von keinem Besitz oder Vermögen leben, so muß dieses Recht auf Arbeit auch für die Behinderten Gültigkeit haben. (Abg. Dr. Eichtinger: „Sehr richtig!“) Daher setzen wir uns ganz besonders dafür ein, daß Behinderte, die eine wirtschaftlich verwertbare Arbeit zu leisten imstande sind und auch bestrebt sind, arbeiten zu können, daß diesen Behinderten eine solche Möglichkeit geboten wird. Derzeit gibt es insgesamt 939 geschützte Arbeitsplätze in der Steiermark. Davon allein beim Land 129. Da aber die Nachfrage nach geschützten Arbeitsplätzen weitgehend größer ist als die hierfür vorgesehenen Plätze, so müssen zukünftig hier noch mehr Initiativen gesetzt werden und auch Überlegungen bezüglich der Errichtung geschützter Werkstätten angestellt werden.

Daß dieses Problem der geschützten Arbeit eine besondere Priorität genießt, zeigt sich ebenfalls im Voranschlag für 1978. Es sind knapp 30 Millionen Schilling dafür vorgesehen, im Vorjahr waren es 23 Millionen Schilling. Damit wir aber dem Ziel, den Behinderten ein menschenwürdiges Leben innerhalb der Gesellschaft zu ermöglichen, näherkommen, bedarf es aber auch bedeutender Bauvorhaben. Es handelt sich hier insbesondere um die Neuerrichtung zweier Heime mit Schule und Sonderkindergarten. Auch wünschen wir uns ein Heim, in dem schulentlassene behinderte Mädchen eine Berufsaus-

bildung erlangen können und auch Institutionen, in denen erwachsene Behinderte weiter einer Beschäftigung nachgehen können und dort auch therapeutisch betreut werden können. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch aufzeigen, daß darüber hinaus eine Zusammenarbeit zwischen Land und Bund sehr zweckmäßig und notwendig sein wird.

Das Sozialministerium hat vor kurzem ein Konzept zur Eingliederung Behinderter auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Derzeit stellt das Sozialministerium 90 Millionen Schilling für die Behindertenhilfe zur Verfügung. Dieser Betrag wird im nächsten Jahr aber auf 160 Millionen Schilling angehoben werden, wobei ebenfalls wie bei uns die Errichtung von geschützten Werkstätten berücksichtigt werden soll. Dieses Konzept des Bundes zur Eingliederung Behinderter befaßt sich eingehend mit den Grundsätzen der Eingliederung, mit der Beratung der Behinderten, mit der Beschäftigung auf dem offenen Arbeitsmarkt und mit der Sicherung einer Beschäftigung in geschützten Werkstätten. Es wird aber auch aufgezeigt die derzeitige Lage, der derzeitige Stand in Österreich und verglichen mit der Situation in Schweden und England, die uns hier weit voraus sind. Minister Weißenberg will auch ein Team einrichten, das den Behinderten gleich unmittelbar nach einem Unfall betreut. Diesem Team sollen ein Arzt, ein Vertreter des Arbeitsmarktes und ein Vertreter der Sozialversicherung angehören. Derzeit sieht es allerdings mit den Behindertenberatern in Österreich nicht günstig aus. Es gibt nur 14, während es in England 300 gibt. (Abg. Ritzinger: „Frau Kollegin, woher wissen Sie das? Waren Sie dort? Haben Sie das studiert?“) Das weiß ich. Ich kann Ihnen das Konzept geben. Es liegt auf meinem Tisch. (Abg. Brandl: „Sie hat sich Unterlagen beschafft!“) Das Konzept ist eben vom Bund gekommen. Ich kann Ihnen das geben. (Abg. Dr. Eichinger: „Das war höchste Zeit!“)

Der Sozialminister hat aber auch betont, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage nicht zu Lasten der Behinderten gehen darf. Erwähnt soll auch noch werden, daß das Burgenland eine mobile Beratung für Behinderte ins Leben gerufen hat. Ein Team von Fachkräften besucht die Familien. Diese Einrichtung wird von der Steiermark beobachtet und es werden Überlegungen angestellt in Richtung Nachahmung.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, Land und Bund bemühen sich, den Behinderten die erforderlichen Hilfeleistungen zu bringen. Einen großen Schritt vorwärts hat uns die Novelle vom 25. Februar 1977 gebracht. Sie schafft nämlich die nötige gesetzliche Voraussetzung, um wirkungsvoll für die Behinderten arbeiten zu können. Wir nähern uns damit einer modernen Behindertenhilfe nach den derzeitigen Erkenntnissen der Wissenschaft und der Praxis. Sicher erfordert dies zweifellos einen finanziellen Mehraufwand. Wir glauben aber, daß gerade diese Hilfe für die Behinderten eine Verpflichtung für die Gesellschaft sein muß und daß diese Aufgabe eine unserer vornehmsten ist. Neue Behandlungsmethoden sowie die Früherfas-

sung Geschädigter werden in vielen Fällen zur vielzitierten Chancengleichheit führen. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Sponer:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Aufgaben der Sozialhilfe sind im § 1 des Sozialhilfegesetzes sehr ausführlich umschrieben. Unter anderem hat sich herausgestellt, daß durch die Sozialhilfe jedem Menschen in unserem Land ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird; allen jenen Menschen, die dazu der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Anlässlich der 100-Jahr-Feier im Landesaltenpflegeheim in Knittelfeld vor einigen Wochen, haben die Mitglieder des Sozial-Ausschusses mit dem Herrn Landesrat Gruber die Möglichkeit gehabt, diese Einrichtung zu besichtigen. Ich glaube, jeder, der an dem Rundgang teilgenommen hat, ist um vieles zufriedener wieder herausgegangen. Ich möchte sogar noch sagen, es ging nicht darum, wer weswegen dort untergebracht ist, sondern es ging darum, warum die Menschen dort untergebracht und aufgenommen werden. Ich möchte noch vorausschicken, daß die Zahl der Anmeldungen derart groß ist, daß es in absehbarer Zeit überhaupt nicht möglich sein wird, alle Wünsche zu berücksichtigen. Ich möchte aber im gleichen Atemzug dazusagen, daß sehr viele solche Anmeldungen aufgrund von Familienverhältnissen zustandekommen und zustandegekommen sind, wo eben leider — ich glaube das ist notwendig, hier gesagt zu werden — sich herausstellt, daß für ältere, pflegebedürftige Menschen kein Platz ist. Der Verwandtschaftsgrad spielt hier keine Rolle, auch Eltern von Kindern ersuchen um Aufnahme, weil eben im Familienverband für sie in dem Zustand, in dem sie sich befinden, kein Platz mehr ist. Ich möchte sagen, daß doch früher, wo das Zusammenleben im Familienverband eine Selbstverständlichkeit war, es solche Erscheinungen doch nicht gegeben hat. Auch in dieser Richtung — das ist nur ein Punkt von vielen — wurden im Sozialhilfegesetz, das seit 1. Jänner 1977 in Kraft ist, doch einige Verbesserungen geschaffen.

Meine Damen und Herren, zur Führung eines menschenwürdigen Lebens gehört nicht nur die Nahrung, die Unterkunft, der Hausrat, die Beheizung und die Bekleidung, sondern auch eben die erforderliche Pflege, die Krankenhilfe, die Hilfe für werdende Mütter sowie die Erziehung und die Erwerbsbefähigung. Das sind alles Voraussetzungen um eine echte Sozialhilfe demjenigen angedeihen zu lassen, der eben diese Dinge braucht. Mit der Gewährung der Hilfe in besonderen Lebenslagen ist erstmals in diesem steirischen Sozialhilfegesetz gesetzlich verankert, daß die öffentliche Wohlfahrt auch jenen Personen helfen kann, die aufgrund ihrer besonderen persönlichen, familiären oder wirtschaftlichen Verhältnisse oder infolge außergewöhnlicher Ereignisse einer sozialen Gefährdung ausgesetzt sind. Mit der Einführung der sozialen Dienste und der besonderen Hilfe für betagte Menschen ist ebenfalls erstmals im Gesetz jene Hilfeleistung ver-

ankert, die den Menschen helfen soll, die nicht in finanzieller Not sind, sondern deren Not es ist, z. B. Kontaktarmut oder die Gefahr der Vereinsamung, die Gesundheitsberatung, der Alterssport, Essenzustelldienst, es ist ein ganzer Katalog im Gesetz aufgezählt, wo man diesen Menschen helfen kann.

Meine Damen und Herren, die Altenbetreuung ist keine lästige Verpflichtung, sondern der selbstverständliche Dank an jene, die das Fundament geschaffen haben, an dem wir weiterbauen. Ich bin froh, daß ich diesen Satz von dieser Stelle aus all denjenigen zusprechen kann. Ich möchte hier noch einmal stellvertretend für alle Hilfen, die in diesem Gesetz vorgesehen sind nur eine einzige erwähnen, sie ist nämlich auch sehr umfangreich und daher bin ich der Meinung, daß es Wert ist, das hier stellvertretend zu nennen, und zwar ist es die Altenurlaubsaktion. Über die Altenurlaubsaktion wurde jedes Jahr berichtet, und wenn ich heuer wieder gerade diese Altenurlaubsaktion stellvertretend für alle anderen Leistungen herausgreife so deshalb, weil wir wieder feststellen konnten, daß auch in diesem Jahr ein reger Zuspruch vorhanden war, und ich möchte sagen, daß von Jahr zu Jahr mehr betagte steirische Frauen und Männer diese Altenurlaubsaktion in Anspruch nehmen. Ich darf noch einmal wiederholen, meine Damen und Herren, daß es seit dem Jahre 1965 diese Aktion gibt, und ich darf auch dazu sagen, erfreulicherweise, wer sie eingeführt hat, es war der Herr Landesrat Gruber. (Abg. Dr. Eichtinger: „Ich rieche den Weihrauch!“) Was heißt Weihrauch. Aber Kollege Eichtinger, ich würde dir empfehlen, besuche einmal eine solche Veranstaltung und sag den Leuten dann dort, das was veranstaltet wurde ist ein Weihrauch. Dann möchte ich die Reaktion hören. So, lieber Freund, kann man das nicht machen.

Aber noch etwas zur Altenurlaubsaktion. Es war — ich wiederhole in diesem Zusammenhang, etwas, was die Kollegin Bischof gesagt hat, ich kann mir vorstellen, was ich als Antwort bekomme, aber das macht nichts — schon seit sehr sehr langer Zeit war es immer wieder eine Forderung der Sozialdemokraten in diesem Hause, daß auch die Altenurlaubsaktion gesetzlich verankert wird und mit Inkrafttreten des Sozialhilfegesetzes ist nun auch die Altenurlaubsaktion gesetzlich verankert. (Abg. Dr. Eichtinger: „Gemeinsam!“) Natürlich, Herr Kollege Eichtinger. Und damit, meine Damen und Herren, möchte ich zur Altenurlaubsaktion eigentlich nur mehr einen Satz anschließen, nämlich den, daß es erfreulich ist, daß auch im kommenden Jahr wieder Millionenbeträge für diese Altenurlaubsaktion vorgesehen sind, aber nicht nur von der zuständigen Abteilung oder vom zuständigen Referenten, sondern in gleicher Höhe auch von den Sozialhilfverbänden unseres Landes. Damit, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Eichtinger: „Mit Steuergeldern!“ — Abg. Ing. Turek: „Vom Steuerzahler!“), natürlich, alles sind Steuergelder. (Abg. Ing. Turek: „Das muß man dazusagen! Es hat geheißen vom Steuerzahler!“) Aber nur, Kollege Turek, dann muß ich eines dazu sagen, dann müssen wir bei jeder Budgetpost, die wir jetzt, gestern, heute und auch morgen

behandeln werden, dazusagen, das sind alles Steuergelder. Aber ich bin überzeugt, wenn wir nur den Satz dazusagen: Das sind alles Steuergelder, dann wird sich die Budgetdebatte sicherlich um einige Stunden verlängern, um das aber zu verkürzen, begnüge ich mich, das hier zu sagen.

Es ist auch im kommenden Jahr wieder gesichert, daß viele Tausende Steirerinnen und Steirer, betagte Landsleute, kostenlos einen solchen Urlaub genießen können. Eines ist sicherlich nicht uninteressant, meine Damen und Herren, diese Aktion wirkt sich natürlich auch auf unseren Fremdenverkehr aus, und zwar in der Weise, daß diese tausende Menschen nicht zu einer Zeit ihren Urlaub verbringen, wo ohnehin die Urlaubssaison läuft, wo diejenigen, die gebunden sind, ihren Urlaub nehmen müssen, sondern daß diese betagten Menschen zu einer Zeit unsere Fremdenverkehrswirtschaft auslasten, wo es eben nicht möglich wäre, andere Gäste zu beherbergen bzw. zu versorgen. Meine Damen und Herren, ich darf nochmals sagen, daß es doch Millionen Schilling sind, die auf diese Art und Weise auch der Fremdenverkehrswirtschaft zugeführt werden.

Seit Inkrafttreten des steirischen Sozialhilfegesetzes ist es nun gelungen allen Menschen unseres Landes, für welche das Sozialhilfegesetz Anwendung findet, die Freude am Dasein zu beleben und die Qualität des Lebens zu verbessern. Aber was noch dazugesagt werden muß, was eben so erfreulich ist, ist das — das ist jetzt zum Unterschied von einer Zeit wie sie vorher war —, daß auf alle diese Leistungen ein Rechtsanspruch besteht. (Abg. Ing. Turek: „Auf welche Leistungen? Nicht auf alle!“ — Abg. Brandl: „Auf die meisten!“) Auf die meisten, jedenfalls auf die Leistungen, die ich hier aufgezählt habe, meine Damen und Herren, und noch um einiges erweitert, so habe ich das gemeint. Darauf besteht ein Rechtsanspruch und das war bis zu dem Zeitpunkt, bevor dieses Gesetz in Kraft getreten ist, nicht der Fall und daher bin ich der Meinung, daß man das besonders betonen soll.

Vielleicht darf ich an den Kollegen Stepantschitz anschließen, der als erster Redner hier einiges kritisiert hat, meine Damen und Herren. Und zwar eine seiner ersten Bemerkungen war die, daß es sehr lange gedauert hat, bis dieses Sozialhilfegesetz in Kraft getreten ist und es hat auch der Abgeordnete Dr. Heidinger gestern gesagt, wäre nicht der Initiativantrag der ÖVP ins Haus gekommen, hätten wir wahrscheinlich heute noch kein funktionierendes Sozialhilfegesetz. Meine Damen und Herren, dazu muß ich folgendes klarstellen und berichtigen. Erstens darf ich hier feststellen, daß der Initiativantrag der ÖVP keinem Begutachtungsverfahren unterzogen wurde und (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Obwohl wir es verlangt haben!“) zweitens die Ursache, warum es so lange gedauert hat, oder wenn Sie sagen der Initiativantrag war die Ursache, daß es gekommen ist, dann muß ich Ihnen eines sagen, die Ursache war eine andere.

Sie, meine Damen und Herren von der Volkspartei, wissen es sehr genau. Vielleicht wissen Sie es noch besser als ich. Die Damen und Herren, die

vor 1970 schon im Landtag waren, die wissen es. (Abg. Dr. Eichinger: „1969 war der Anfang!“) Da war ich noch nicht da. Dann gilt es auch für Sie, Herr Kollege Eichinger. Sie kennen die Ursache, warum es so lange gedauert hat. Ich möchte Ihnen nun die Ursache sagen. Die Ursache war die, daß im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz der 3. Abschnitt — Organisation des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes —, der jetzige 3. Abschnitt, um es präzise zu sagen, immer der Streitpunkt war zwischen SPO und ÖVP. (Abg. Dr. Eichinger: „Weil es notwendig war! Das ist eine schlechte Kurve!“) Das ist keine schlechte Kurve, das ist die Tatsache, daß der Inhalt dieses Abschnittes 3 immer der Streitpunkt gewesen ist. (Abg. Dr. Eichinger: „Dadurch hat es acht Jahre gedauert!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Sie haben das Gesetz verzögert!“) Ich möchte für meine Fraktion sagen, daß es auch uns schon längst lieber gewesen wäre, daß dieses Sozialhilfegesetz wesentlich früher in Kraft getreten wäre, weil man dann eben schon früher vielen steirischen Landsleuten helfen hätte können. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Eichinger: „Die klatschen, die alles versäumt haben!“ — Abg. Lind: „Herr Kollege, was steht im Paragraph 3?“) Ich verstehe nichts, der Eichinger schreit so laut. (Abg. Ritzinger: „Sagen Sie es sofort!“) Den werde ich schon noch zitieren, darauf komme ich schon noch zurück. Nur nicht dudeln, ein bißchen Geduld, Herr Kollege Ritzinger. Alles muß seine Richtigkeit und Ordnung haben. So auch meine Ausführungen, sonst heißt es wieder ich sei unpräzise oder sonst etwas. Wenn du ein bißchen Geduld hast, werde ich es schon sagen. (Abg. Ritzinger: „Sagen Sie es sofort!“) Das ist wieder meine Angelegenheit. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist das schlechte Gewissen!“ — Abg. Schrammel: „Schade um die Zeit!“) Wenn du müde bist, kannst du inzwischen schlafen gehen.

Wie die Leistungen dieses Gesetzes für Menschen wichtig sind, vor allem für die Betroffenen, so ist der organisatorische Teil dieses Gesetzes für die demokratische Handlungsweise wichtig. Leider muß ich feststellen, daß sich hier unsere Geister scheiden, und zwar zwischen der SPO und der ÖVP. (Abg. Dr. Eichinger: „Gott sei Dank!“) Wenn Sie sagen, Gott sei Dank, dann nehmen wir das zur Kenntnis — nämlich in der Frage der demokratischen Verantwortlichkeit. Wenn Sie sagen, Gott sei Dank, dann ist das Ihr Problem und Ihre Angelegenheit. Damit haben Sie wieder etwas gesagt und wieder etwas bewiesen, wogegen wir uns wehren, in der Vergangenheit gewehrt haben und uns auch in der Zukunft wehren werden. (Abg. Ritzinger: „Was steht im Paragraph 3 drinnen?“)

Meine Damen und Herren, der Kollege Nigl hat gestern versucht, dem Herrn Kollegen Dr. Strenitz eine Aufklärung oder Rüge zu erteilen, indem er von hier aus festgestellt hat, daß es zwischen der SPO und der ÖVP in dieser Frage eine so gute Zusammenarbeit gäbe (Abg. Ritzinger: „Was steht im Paragraph 3?“) und daß gemeinsame Beschlüsse gefaßt werden usw. und er daher nicht verstanden hat, warum der Kollege Dr. Strenitz solche Aussagen als Generalredner machen konnte. So muß ich sagen und feststellen, daß die Abgeordneten der Öster-

reichischen Volkspartei in diesem Land und Haus nur dann bereit sind zu einer guten Zusammenarbeit und zu gemeinsamen Beschlüssen, wenn es in ihr politisches Konzept paßt, sie aber sofort davon abweichen, wenn es um einen Beschluß geht, wo sie vielleicht auch nur einen Zentimeter abweichen müßten. Als Beispiel möchte ich anführen das Kinderspielplatzgesetz, das in ihr politisches Konzept nicht gepaßt hat, daher haben Sie diesem Gesetz auch nicht zugestimmt. Das zweite Beispiel — und ich beschränke mich nur auf Beispiele — ist die Frage der Organisation des Steirischen Sozialhilfegesetzes. Auch hier hat Ihnen das politisch nicht gepaßt, obwohl wir in allen anderen Punkten einig waren. Gerade die Organisation ist nicht unwichtig und uninteressant. Einer solchen Organisation stimmen Sie selbstverständlich nur dann zu, wenn es in Ihr politisches Konzept paßt. Sie sind sogar bereit, auf Dinge, die sonst immer gepriesen und gelobt werden, zu verzichten. (Abg. Ritzinger: „Was steht im Paragraph 3? Das möchten wir doch gerne wissen!“) Kommt schon, kommt schon, kommt schon! (Abg. Dr. Eichinger: „Was steht im Abschnitt 3?“) Es ist so. In der Demokratie gibt es verschiedene Möglichkeiten. Es gibt auch Instrumente und man könnte sagen, warum regt ihr euch auf, in allen anderen Punkten waren wir uns einig, in einem Punkt waren wir uns nicht einig, die Mehrheit hat beschlossen — die Mehrheit sind in diesem Fall Sie — und das ist doch demokratisch (Abg. Dr. Eichinger: „Zum Wohle aller!“) Natürlich, meine Damen und Herren. Aber ich muß dazu sagen, ein Niederstimmen oder Überstimmen — Sie können sich das auswählen, wie Sie wollen — ist ein demokratisches Instrument. Aber die Einstellung zur Demokratie ist etwas anderes. Darum geht es. Im konkreten Fall geht es nicht um das Instrument, sondern um die Einstellung und hier haben Sie bewiesen, daß Sie hier keine demokratische Einstellung haben. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist hart!“)

Jetzt komme ich zu dem, was der Kollege Ritzinger hören will, nämlich, was steht da drinnen im Abschnitt 3. (Abg. Dr. Heidinger: „Seien Sie froh, daß wir nicht das Maß von der Bundesregierung nehmen!“) Das ist jetzt wirklich kein Vergleich. Wenn Sie das Maß nehmen wollen, Herr Kollege Dr. Heidinger, dann nehmen Sie es sehr wohl, aber Sie werden merken, daß Sie bald danebenstehen. (Abg. Nigl: „Das steht aber nicht im Abschnitt 3!“)

Welche Einrichtungen gibt es? Es gibt die Sozialhilfverbände. Diese setzen sich aus der Verbandsversammlung und dem Verbandsausschuß zusammen. (Abg. Ritzinger: „Wo ist der Unterschied?“) Kollege Ritzinger, jetzt muß ich wirklich annehmen, daß du das Gesetz noch nie angeschaut hast. Obwohl du immer davon redest, hast du es nicht angeschaut, daß du weißt, was in diesem Abschnitt 3 steht. Das ist meine Begründung, daß ich sagen werde, worum es geht. (Abg. Ritzinger: „Sag' den Unterschied!“)

Die Damen und Herren, die im Sozialhilfverband in dieser Versammlung und in den Verbandsausschüssen sind, sind frei gewählte Gemeinderäte. (Abg. Aichhofer: „Auch Bürgermeister!“) Nicht nur

die Bürgermeister. Schon wieder eine falsche Information. Natürlich auch, aber nicht nur.

Das nächste, das festgestellt wird und was ja auch zutrifft, ist, daß die Aufbringung der finanziellen Mittel durch die Gemeinden erfolgt. (Abg. Dr. Eichinger: „Plus Land!“) Natürlich plus Land. Ich sage es sehr gerne noch einmal wenn Sie wollen. Ich wollte mir das ersparen, um das nicht in die Länge zu ziehen. Aber einmal wollt ihr gar nichts hören, dann wollt ihr es wieder dreimal hören. Man weiß wirklich nicht, wie man es euch machen soll. (Abg. Dr. Eichinger: „Du warst nur ungenau!“) Das ist die zweite Feststellung. Zum dritten möchte ich sagen und jetzt geht es um die Zusammensetzung: Hätte die Österreichische Volkspartei in diesem Land und in dieser Frage ein echtes demokratisches Verständnis (Abg. Dr. Eichinger: „Das haben wir!“), so müßte die Zusammensetzung der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses nach dem Stimmenergebnis der Gemeinderatswahlen 1975 sein, aber nicht wie zur Zeit die Verbandsversammlung im § 21 geregelt wird und die Zusammensetzung des Verbandsausschusses nach dem Stärkeverhältnis der Verbandsversammlung erfolgt.

Wie sich das auswirkt und warum ich gesagt habe, daß unserer Meinung nach das nicht demokratisch ist, möchte ich Ihnen an Hand eines Bezirkes demonstrieren. Ich nehme, nachdem ich aus dem Bezirk Judenburg komme, den Bezirk Judenburg als Beispiel. Ich möchte vorausschicken, daß die Aufbringung der finanziellen Mittel für den Sozialhilfeverband in Judenburg zu 80 Prozent, das ist nachweisbar, von den sozialistischen Gemeinden geleistet wird. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Es gibt nur steirische Gemeinden! Sozialistische Gemeinden gibt es nur in Rußland!“) Und wenn ich sage, zu 80 Prozent, meine Damen und Herren — Kollege Ritzinger, das weißt du nicht — 80 Prozent der Geldmittel werden von Gemeinden im Bezirk Judenburg geleistet, wo aufgrund des Gemeinderatswahlergebnisses 1975 die Sozialisten in diesen Gemeinden die Mehrheit haben. Wenn ich vorher gesagt habe, daß es unserer Meinung nach demokratisch und richtig wäre, daß sich die Verbandsversammlung aufgrund des Stimmenergebnisses der Wahl zusammensetzen würde, so aus folgendem Grund, und zwar im Bezirk Judenburg — es werden nicht viele Zahlen sein, jedoch werden sie das zeigen und wiederlegen, warum es so geht — (Abg. Ritzinger: „Im Verband geht es um die Mehrheit!“) hat bei den Gemeinderatswahlen im Jahre 1975 die Österreichische Volkspartei 11.445 Stimmen bekommen, die Sozialistische Partei 19.063 Stimmen und die Freiheitliche Partei 1214. (Abg. Nigl: „Wie kommt ihr auf 80 Prozent?“)

Meine Damen und Herren, wenn jetzt aufgrund des Wahlergebnisses die Verbandsversammlung zusammengesetzt worden wäre, dann hätte es so ausgesehen, daß zwölf Vertreter der ÖVP in diese Verbandsversammlung gekommen wären, 20 Vertreter der SPÖ und ein Vertreter der Freiheitlichen. Aber aufgrund der Umdrehung und willkürlichen Besetzung, als was anderes kann ich das nicht bezeichnen, ich werde schon noch auf die Verfassung zu reden kommen, sieht die Situation noch so aus,

wie es derzeit geregelt wird, daß nicht zwölf Vertreter der ÖVP, sondern 17 Vertreter der ÖVP in der Verbandsversammlung vertreten sind (Abg. Ritzinger: „Fragen Sie die kleinen Gemeinden!“) und daß nicht, wie es gerecht und demokratisch wäre, 20 Vertreter der SPÖ, sondern nur 15 Vertreter der SPÖ vertreten sind. Sehen Sie, meine Damen und Herren, dieser Widerspruch ist es, wo wir der Meinung sind, und auch zur Zeit eine Klage beim Verfassungsgerichtshof anhängig ist, daß hier nicht nach demokratischen Grundsätzen gehandelt wird und nicht mit den Maßen gemessen wird, wie sie einer demokratischen Einstellung entsprechen würden. (Abg. Ileschitz: „Das ist undemokratisch!“) Ich darf noch einmal sagen und das Gesetz zitieren. (Abg. Ing. Turek: „So wie in Graz! Da haben Sie sich über die Volkspartei hinweggesetzt!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Was ist undemokratisch in Graz?“) Meine Damen und Herren, wenn Sie mit Ihren Zwiegesprächen fertig wären, dann könnte ich weiterfahren.

Ich möchte noch ein zweites Beispiel bringen und damit versuchen zu beweisen, daß es in den Sozialhilfeverbänden nicht demokratisch zugeht, und zwar beginnt es ja wieder bei den Vorsitzenden. Der jeweilige Bezirkshauptmann — ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich nichts gegen die Herren Bezirkshauptleute habe, aber diese Herren können ja nichts dafür, daß sie eingesetzt wurden, sondern das liegt auf einer anderen Ebene, aber zur Feststellung möchte ich sagen — oder dessen Stellvertreter der Vorsitzende der Verbandsversammlung ist und daß ebenfalls der jeweilige Bezirkshauptmann oder dessen Stellvertreter auch der Obmann des Verbandsausschusses ist. Meine Damen und Herren, dazu möchte ich nur folgendes sagen: Der Bezirkshauptmann hat bei der Gemeinde weder eine Verantwortlichkeit, noch kann er von einer Gemeinde bestellt oder abberufen werden. Er ist ein weisungsgebundener Beamter, und es besteht auch keine organisatorische Brücke zwischen Gemeinde und dem Vorsitzenden, sprich also Bezirkshauptmann. Diese Feststellung widerspricht dem Artikel 116 Abs. 4 des Bundesverfassungsgesetzes. (Abg. Ritzinger: „Das gibt es nicht!“) Natürlich gibt es das, dann schauen Sie sich die Bundesverfassung an, Herr Kollege, wenn Sie glauben, das gibt es nicht. (Abg. Ing. Turek: „Aber stören würde es dich nicht!“)

Es kommt mir so vor, wenn wir dieses Hohe Haus vergleichen, als wenn nicht der Herr Präsident, der vom Hohen Landtag gewählt wurde, sondern wenn von der Bundesregierung irgendein Sekretär vom Kanzler als Präsident fungieren würde. Genauso kommt mir dieser Vergleich vor. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der Sekretär des Bundeskanzlers wird Landtagspräsident!“)

Ich habe mir noch ein paar Sachen vom Kollegen Stepantschitz notiert. (Abg. Ing. Turek: „Warum?“) Weil ich ja ein demokratisches Empfinden habe, lieber Freund Turek. Vielleicht ist es das, was uns unterscheidet.

Meine Damen und Herren, der Kollege Stepantschitz hat heute gemeint, auch in seiner Begründung zu dieser Sache, er ist nur nicht so genau einge-

gangen, er hat das mehr gestreift, aber als Vergleich hat er gesagt: Was wollt ihr denn, bei der Krankenkasse ist es auch nicht anders. Das kann ich auch nicht im Raum stehen lassen. Ich nehme an, daß der Kollege Stepantschitz nicht weiß, wie es dort gehandhabt wird (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Er weiß das ganz genau!“), aber bei den Krankenkassen ist es so, — das war nämlich seine Antwort, daß er gesagt hat: Na ja, da ist ja auch nichts anderes. Die Bezirkshauptmannschaften sind nichts anderes als die Außenstellen der Krankenkassen, weil ich gesagt habe, die Außenstellen sind ja die Zentralen in Graz. Der Vergleich stimmt ja deshalb nicht, weil die Aufbringung der finanziellen Mittel im Bezirk erfolgt und nicht hier in Graz. (Abg. Dr. Stepantschitz: „Aber aufgrund eines Landesgesetzes!“) Das ist nämlich der Unterschied und das dürfte er wahrscheinlich übersehen haben. Daher ist dieser Vergleich auf keinen Fall möglich. (Landesrat Bammer: „Weil ihr den Gemeinden das Geld wegnehmt!“) Ich darf noch einmal sagen, daß das überhaupt keine Vergleichsbasis ist, aber wenn ich das jetzt erklären würde, würde es zu lange dauern. Wenn es jemand interessiert, ich habe dann Zeit, könnt dann zu mir kommen. Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ich wiederhole noch einmal, daß von Gemeinden aus dem Bezirk Judenburg eine Klage gegen diesen Abschnitt 3 des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes beim Verfassungsgerichtshof eingebracht wurde (Abg. Ritzinger: „Das haben wir schon gehört!“), das zur Zeit läuft. Aber eine Möglichkeit gäbe es, meine Damen und Herren, um vielleicht das Verfahren abzukürzen, ich würde Sie ersuchen, daß Sie unter Umständen doch noch, bevor es zu einer Entscheidung kommt und das Gesetz vielleicht doch auf Weisung von höherer Stelle geändert oder novelliert werden muß (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wer weiß, wie der Verfassungsgerichtshof entscheiden wird!“), daß Sie vielleicht ihre konservative Haltung, meine Damen und Herren, ändern und mit uns gemeinsam diesen dritten Abschnitt des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes novellieren. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile es ihr.

**Abg. Jamnegg:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Kollegen Sponer veranlaßt mich, zu seinem Diskussionsbeitrag Stellung zu nehmen. Der Herr Kollege Sponer hat zunächst einmal eine nachträgliche Korrektur der geschichtlichen Entwicklung des Sozialhilfegesetzes versucht. Nun, jeder weiß hier in diesem Haus — ich brauche nicht einmal auf die stenographischen Protokolle hinzuweisen —, daß es die ÖVP-Abgeordneten gewesen sind und hier die Initiative zu diesem Gesetz ergriffen haben. Ich räume gerne ein, daß wir nach langen Parteiverhandlungen, und ich freue mich noch heute darüber, im materiell-rechtlichen Teil — und das ist ja wohl der wesentliche Teil der Sozialhilfe — eine Parteienübereinstimmung gefunden haben. Ich bedaure es noch heute, meine Damen

und Herren, daß wir für die Organisation diese Übereinstimmung nicht gefunden haben. Aber, ich weise, Herr Kollege Sponer, mit aller Entschiedenheit Ihre Unterstellung und Ihren Vorwurf zurück, daß wir als Österreichische Volkspartei keine demokratische Einstellung hätten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen auch eines, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion. (Abg. Zinkanell: „In bezug auf Organisation war diese Einstellung nicht hervorragend!“)

Es berührt eigenartig im Zusammenhang mit den verfassungsrechtlichen Klagen bezüglich der Organe der Sozialhilfe, daß diese nur aus jenen Bereichen und Bezirken kommen, wo die Sozialisten im Verbandsausschuß in der Minderheit sind. Keine Klagen gibt es in jenen Bereichen, wo Sie die parteipolitische Mehrheit haben. Hier kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es Ihnen hier weniger um die Sozialhilfe selbst geht, sondern viel mehr um den parteipolitischen Einfluß. Ich möchte Ihnen noch eines in Erinnerung rufen, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion. Im Erstentwurf der SPO zum Sozialhilfegesetz haben Sie für die Verwaltung der Sozialhilfe eigene bezirksunabhängige Verwaltungen vorgesehen gehabt. Sie wollten in jedem Bezirk ein eigenes Verwaltungsorgan, mit eigenen Beamten, mit eigenen Schreibtischen ausgestattet, schaffen, um hier die Sozialhilfe unter dem Vorsitz eines Bürgermeisters in der Organisation verwalten lassen.

Uns ist es darum gegangen, die Sozialhilfe und das Geld, das dafür zur Verfügung steht, unmittelbar den Menschen zugute kommen zu lassen. Wir haben uns mit aller Entschiedenheit dagegen gewehrt, daß dieses Geld in den Verwaltungsbereich fließt.

Nun, meine Damen und Herren, Sie haben diesen Erstentwurf selbst zurückgezogen, weil Sie gewußt haben, wie unpopulär die Realisierung in der Öffentlichkeit wäre. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Dumm werden sie sein!“) Aber Sie haben daran festgehalten und Sie halten offenbar auch heute noch daran fest, daß nicht der Bezirkshauptmann, sondern ein Bürgermeister Vorsitzender der Verbandsorgane sein sollte. Sie sind aber auch damit einverstanden, daß der Bezirkshauptmann als geschäftsführender Obmann fungiert. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Johanna, du bist sehr gut!“)

Stellen Sie sich diese Konstruktion in der Praxis vor. (Abg. Zinkanell: „Das wäre der erste Schritt zur Demokratisierung!“ — Abg. Brandl: „Das ist richtig!“ — Präsident: „Das Wort hat die Frau Abgeordnete Jamnegg!“ — Abg. Brandl: „Kümmert sich auch der Bezirkshauptmann um jeden einzelnen?“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Bitte keine künstliche Erregung!“ — Abg. Zinkanell: „Dich würden wir als Obmann akzeptieren!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf wiederholen. Sie haben die Vorstellung, den Bezirkshauptmann als geschäftsführenden Obmann und einen Bürgermeister als Obmann des Verbandes. Stellen Sie sich das in der Praxis der Durchführung der Organisation vor. Ganz abgesehen davon, daß ein Bürgermeister gar nicht den Zeitaufwand auf-



bringen kann, der notwendig ist, um sich um jeden einzelnen Fall zu kümmern, ist es ja auch undenkbar, daß ein Bürgermeister von außen in das Personal der Bezirkshauptmannschaft eingreift und dort Anweisungen erteilt. In der Praxis wäre diese Konstruktion, wie Sie sich das vorstellen, undurchführbar.

Ich möchte zum Schluß folgendes sagen. Wir waren als OVP primär daran interessiert, den Menschen in diesem Land eine moderne und zeitgemäße Sozialhilfe zu bringen. Ihnen geht es aber offenbar primär darum, hier auch eine parteipolitische Macht zu erreichen. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Gruber. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Gruber:** Hohes Haus!

Der Herr Berichterstatter hat bei der Einleitung zum Kapitel Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung die Summe genannt, wonach dieses Kapitel 2938 Millionen Schilling ausweist. Damit die richtigen Relationen wieder hergestellt werden, darf ich eine Unterteilung vornehmen und feststellen, daß das Kapitel Soziale Wohlfahrt abgesetzt von der Wohnbauförderung im ordentlichen Haushalt 667.000.000 Schilling umfaßt und im außerordentlichen 104 Millionen Schilling. Es ist also hier ohne Zweifel der kleinere Teil, während den weitaus größeren Teil der Herr Landeshauptmann zu verwalten hat. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Intensiver ist Ihrer!“) Intensiver, ich weiß nicht.

Ganz allgemein, danke ich für alle Anregungen, die in der Debatte gemacht wurden. Sie sind alle überlegenswert und ich werde im Laufe meiner möglichst kurzen Ausführungen dazu Stellung nehmen. (Beifall Abg. Ing. Turek. — Abg. Ing. Turek: „Der Beifall war nicht auf die Kürze bezogen!“) Ich weiß schon. Ich habe Ihre Reden zu genau in Erinnerung, daß ich nicht wüßte, daß Sie mir nur im Hinblick auf die zu erwartende Kürze applaudieren können. (Abg. Ing. Turek: „Nein, das ist Ihre Auffassung!“) Ich glaube aber trotzdem, daß ich einige Bemerkungen auch grundsätzlicher Natur machen kann. Ich glaube, wir können ganz allgemein feststellen, daß das Netz der sozialen Sicherheit in Österreich und damit auch bei uns in der Steiermark immer wieder wesentlich verbessert wird und daß dieses Netz immer wieder verdichtet wird. Es ist auch zweifelsohne eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Wohlfahrt jene Bereiche auszufüllen, die von der Bundespolitik und von den Sozialversicherungsinstituten nicht betreut werden können. Ich stehe auch nicht an festzustellen, daß gerade bei uns in der Steiermark die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen und der privaten Wohlfahrt eine ganz ausgezeichnete ist. Die private Wohlfahrt ist eine wichtige Ergänzungsleistung, um das Netz unserer sozialen Sicherheit zu verdichten. Trotzdem muß ich die Feststellung treffen, daß die öffentliche Wohlfahrt das Schwergewicht der Sozialarbeit leistet in diesem Land und auch auf Grund der finanziellen Verhältnisse natürlich einzig und allein dazu in der Lage ist. Auch die Vergleiche, wenn wir sie

anstellen, im Hinblick auf die verschiedensten Einrichtungen, die von der öffentlichen und privaten Wohlfahrt geführt werden, zeigen, daß hier durchaus Konkurrenzfähigkeit zwischen der öffentlichen und der privaten Wohlfahrt gegeben ist.

Ich verweise hier nur auf einige der Verpflegskostensätze in den verschiedensten Anstalten der Sozialhilfe:

Das Odilienblindeninstitut hat zum Beispiel einen Verpflegskostensatz von 300 Schilling täglich, Jugend am Werk von 220 Schilling, das Piusinstitut von 200 Schilling, das Behindertenheim Sonnenwald von 280 Schilling, das Wohnheim Söding Lebenshilfe von 293 Schilling und der Verein für behinderte Kinder im Morreschlössl von 440 Schilling. Nun kann man durchaus einwenden, daß bei den Einrichtungen der öffentlichen Sozialhilfe nicht die vollen Verpflegskostensätze angewandt werden, weil der Abgang zum Teil aus Steuermitteln getragen wird. Im Landesbehindertenzentrum beträgt eben der Verpflegskostensatz derzeit 255 Schilling. Ich kann Ihnen jedenfalls sagen, daß wir diese Verpflegskostensätze in den letzten Jahren sehr stark angehoben haben in allen Anstalten der öffentlichen Sozialhilfe, und daß wir im Schnitt 75 Prozent des Aufwandes decken. Also es ist hier schon eine wesentliche Einnahme geschaffen worden und es ist nicht so, daß bei den Einrichtungen der öffentlichen Sozialhilfe alles einfach über das Budget abgedeckt wird.

Meine Damen und Herren, zur Legende über das Sozialhilfegesetz muß ich auch noch einmal Stellung nehmen, denn ich kann die Darstellung, wie sie von der OVP gerne immer wieder gebracht wird, nicht unwidersprochen hinnehmen. (Abg. Doktor Eichtinger: „Das würde nichts nützen!“) Ich möchte mich sehr höflich ausdrücken, meine Damen und Herren, und dabei nur folgendes einmal feststellen: Die OVP hat einen Initiativantrag im Februar 1974 (Abg. Jamnegg: „Am 5. Februar 1974!“) am 5. Februar 1974 eingebracht. (Abg. Jamnegg: „Und Sie am 5. März!“) Ja, Frau Abgeordnete, das ist richtig, aber wir hatten im Klub der sozialistischen Abgeordneten keinen Grund, überhaupt einen Initiativantrag einzubringen und Sie haben ja auch in Wirklichkeit keinen Grund gehabt, außer den, den Sie jetzt ununterbrochen propagieren, daß Sie die Erfinderin des Sozialhilfegesetzes sind. (Abg. Doktor Eichtinger: „Schlechte Entschuldigung!“) Das ist, glaube ich, nicht richtig. Ich sage das ganz mit Bestimmtheit, denn Sie wissen, daß das Sozialhilfegesetz seit Jahren in Verhandlung war, daß es damals bereits dem Begutachtungsverfahren unterzogen war. (Abg. Schrammel: „Die Mutter, nicht die Erfinderin!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt ist die Jamnegg Mutter geworden!“)

Ich hätte es gerne bei dem bewenden lassen, was heute der Herr Abgeordnete Stepantschitz gesagt hat, aber es wird immer wieder aufgeführt (Abg. Jamnegg: „Der Abgeordnete Spöner hätte sich seine Wortmeldung erspart!“), daher muß ich dazu sagen: Dieser Initiativantrag der OVP ist im Landtag nicht behandelt worden. Warum bitte? (Abg. Jamnegg: „Herr Landesrat, Sie haben die Einleitung des

Begutachtungsverfahrens zugesagt, dann haben Sie es nicht getan!") Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete, Sie haben am 19. November 1974 denselben Initiativantrag wiederholt und am 18. November habe ich die Regierungsvorlage in die Steiermärkische Landesregierung eingebracht. (Abg. Jamnegg: „Sie haben bis Juli 1974 die Einleitung des Begutachtungsverfahrens zugesagt, die wir im Ausschuß urgiert haben! Nur haben Sie es nicht getan!") Frau Abgeordnete, ich will mich nicht immer wieder auf diese Sache zurückbegeben, die der Vergangenheit angehört. Ich muß mich aber gegen die Feststellung wehren, wenn in einer bestimmten Art gesagt wird — nicht Sie haben das heute gesagt, aber ich höre es immer wieder — da müssen wir erst den Sozialreferenten, den Landesrat Gruber, zur Arbeit schupfen, weil der schläft ja, der hat ja nichts getan. Dagegen muß ich mich wehren. Oder wenn Sie sagen, in den verschiedensten Bereichen muß man erst durch bestimmte Initiativanträge darauf aufmerksam gemacht werden, daß etwas zu geschehen hat. Das ist falsch, das ist nicht richtig und daher bitte ich das in aller Form zurückweisen zu dürfen.

Im allgemeinen, meine Damen und Herren, darf ich aber noch sagen, daß wir zwar im Hinblick auf die sozialen Leistungen für immer weniger Menschen zu sorgen haben, daß wir aber andererseits für diese wenigen Menschen mehr leisten müssen. So können wir z. B. feststellen, daß wir im Jahre 1970 noch 6200 Bezieher der Sozialhilfe oder der damaligen Fürsorge gehabt haben, während es im Jahre 1976 nur mehr 5200 Personen sind. In der gestrigen Sitzung hat die Steiermärkische Landesregierung die Richtsätze für das Jahr 1978 beschlossen für die Sozialhilfe. Diese Richtsätze sind die Grundlage für jene 5200 Menschen, die ausschließlich als Dauerunterstützte von der Sozialhilfe leben. Bei der Festsetzung dieser Richtsätze ist im Hinblick darauf, daß eine wesentliche Erhöhung der Familien- und Kinderbeihilfe im nächsten Jahr eintritt, darauf besonders Bedacht zu nehmen gewesen. Somit wurden die Richtsätze in der Höhe festgesetzt, daß ein Alleinunterstützter 2550 Schilling erhält, ein Hauptunterstützter 2270 Schilling, Mitunterstützte ohne Familienbeihilfekarte 1300 Schilling, Familienbeihilfenkartenbezieher 332 Schilling und für Pflegekinder 1860 Schilling. In diesem Betrag ist nicht der Aufwand für die Miete enthalten. Es ist das ausschließlich der Aufwand, der für die Sicherung des Lebensbedarfes verankert ist. Im Sozialhilfegesetz haben wir aber auch eine Reihe anderer Maßnahmen vorgesehen, so unter anderem vor allem jene Maßnahmen, die als Hilfe in besonderen Lebenslagen bezeichnet werden und die allen Menschen zur Verfügung stehen sollen, wenn sie durch eine bestimmte Situation in eine Notlage geraten. In diesem Jahr haben von dieser Möglichkeit noch wenige Gebrauch gemacht. Zweifelsohne wird das aber eine Sache sein, die künftig mehr und mehr in Anspruch genommen werden wird.

Ein Schwerpunkt der Sozialhilfe sind die Pflegegebühren in den eigenen und fremden Anstalten. Der Aufwand von 135 Millionen Schilling für Pflegegebühren in fremden Anstalten, von 30,5 Millionen

Schilling in den eigenen ist ein beachtlicher Schwerpunkt. Im außerordentlichen Haushalt ist für den Ausbau unserer Landesaltenpflegeheime ein Betrag von 41,4 Millionen Schilling vorgesehen, wohl wissend, daß dieser Betrag nur zu einem Teil — wie der Herr Finanzreferent eben sagt — von 30 bis 40 Prozent bedeckt werden wird. Das bedeutet, daß wahrscheinlich nur mit größter Konzentration der Mittel die laufenden Bauvorhaben weitergeführt werden können. Daß aber neue Bauvorhaben unabdingbar notwendig sind, möchte ich auch hier vor dem Hohen Landtag neuerlich aussprechen. Wir verfügen derzeit über etwa 700 Pflegebetten. Nach Abschluß der Baumaßnahmen in Kindberg, Knittelfeld, Mautern und Radkersburg werden wir über 1100 verfügen und vor allem eine wesentlich höhere Qualität unserer Landesaltenpflegeheime anbieten können. Ganz allgemein darf ich aber auch sagen, daß unsere Landesaltenpflegeheime einen guten Ruf haben, daß sie die Betreuung der ihnen anvertrauten Menschen vorzüglich durchführen und daß die Plätze, die immer wieder gesucht werden, in diesen Heimen oft erst nach fünf und sechs Monaten zugewiesen werden können, das bedeutet eine empfindliche Belastung. Es wird sicherlich notwendig sein, zu diesen jetzt in Fertigstellung befindlichen Bauvorhaben noch zwei weitere Pflegeheime zu errichten, etwa eines in der Weststeiermark und eines in der Oststeiermark, um einigermaßen den Bedarf decken zu können.

Die Bezirksaltenheime haben sich ebenso sehr bemüht, durch die Einrichtungen von Pflegeabteilungen uns, dem Land, eine Last abzunehmen und mehr Betten anzubieten. So verfügen eine Vielzahl von Bezirksaltenheimen heute schon über gut eingerichtete und ausgestattete Pflegeabteilungen. Im Bereich der Förderungsaufgaben der freien Förderungsposten, die im Budget des Kapitels „Soziale Wohlfahrt“ verankert sind, ist natürlich wie bei allen Förderungsposten im Landesbudget die Kürzung empfindlich zu vermerken, die gegenüber dem heurigen Jahr festgesetzt wurde. Es wird zweifelsohne für mich eine schwierige Aufgabe sein, in diesem an sich sehr eng bemessenen Budget einzusparen, um bestimmte Schwerpunkte dort zu bilden, wo es unabdingbare finanzielle Erfordernisse gibt, wie z. B. bei den Bauvorhaben des Odilienblindeninstitutes, bei der Lebenshilfe, bei Jugend am Werk und bei anderen Einrichtungen. Diese Bauvorhaben müssen meiner Auffassung nach ohne Zweifel den Vorzug bei den Förderungsmaßnahmen erhalten. Insgesamt sind auch für Wohnraumbeschaffung für Familien mit vielen Kindern weniger Mittel als es in diesem Jahr im Budget veranschlagt war, vorhanden. Es heißt einfach überall in diesen Einrichtungen entsprechend zu sparen. Ziel unserer Behindertenhilfe, meine Damen und Herren, ist ohne Zweifel die Eingliederung des Behinderten in die menschliche Gesellschaft als vollwertiges und anerkanntes Mitglied, um vor allem auch für den Behinderten sein Selbstwertgefühl zu heben. Mit der Novelle zum Behindertengesetz haben wir eine wesentliche Verbesserung erreicht und wir sind damit in der Lage mehr an Behindertenhilfe als jemals zuvor anzubieten.

Wichtig wird vor allem sein, meine Damen und Herren, daß wir Einrichtungen für Behinderte schaffen. Wir haben mit der Novelle zum Behindertengesetz eine Reihe von gesetzlichen Verbesserungen geschaffen. Es ist das zweistufige Pflegegeld, es ist die Herabsetzung der Anspruchsberechtigung, es sind die Aufwendungen und Möglichkeiten der geschützten Arbeit verbessert worden, aber uns fehlt es an bestimmten Einrichtungen, so daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um Einrichtungen für Behinderte und zwar Schulen, Kindergärten und Heime in bestimmten Gebieten zu schaffen. Es gilt auch zu prüfen, wie diese Einrichtungen gebaut und wo sie situiert werden sollen. Ich halte es für notwendig, daß ganz gründlich geprüft wird, wenn man in einen alten Bau geht, was die Umbaumaßnahmen kosten und daß man die Kosten für einen Neubau dazu ins Verhältnis setzt. Ich weiß, daß die Diskussion um die Verwendung des Hirtenklosters läuft. Es gibt bestimmte Vorstellungen, was damit geschehen soll. Es hat die Landesregierung ein Verhandlungskomitee eingesetzt, das diese Frage prüft. Wir stehen im Gespräch darüber. Nur eines kann ich doch auch heute schon sagen, daß es sich hier um ein altes Gebäude handelt, das in mehrere Stockwerke gegliedert ist und daß das für Behinderte, wenn es dafür adaptiert werden sollte, zweifelsohne auch dann bestimmte Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Die Gefahr bei Feuer oder Unfällen, wie die Behinderten dann aus den verschiedenen Stockwerken herauskommen können, ist ohne Zweifel eine Gefahr, die nicht irgendwie auf die Wand gemalt ist, sondern die durchaus realistisch ist. Heute geht man längst dazu über, daß man bei Einrichtungen für Behinderte nur in ebenerdiger Bauweise jene Einrichtungen schafft, die dazu notwendig sind. Wir werden ja Gelegenheit haben, diese Frage genau zu prüfen.

Vor einigen Wochen war eine Delegation aus Oberösterreich bei uns in Graz. Es war der Sozialreferent mit dem Sozialhilfebeirat und einigen Bezirkshauptleuten. Wir haben bei uns die Einrichtungen der geschützten Arbeitsplätze studiert, weil sie meinten, daß das beispielgebend sein könnte für das Land Oberösterreich. Sie waren außerordentlich erstaunt, daß wir schon über 900 geschützte Arbeitsplätze haben, auf denen Behinderte untergebracht sind. Die Oberösterreicher waren der Meinung, das muß auch in Oberösterreich geschehen. Damit glaube ich feststellen zu können, daß wir in der Steiermark ein Beispiel geliefert haben, das es noch in den anderen Bundesländern nicht gibt und das noch in manchen Bundesländern nachgeahmt werden wird.

Nicht nur die Körperbehinderten und die geistig Behinderten, auch die Blinden gehören zu unserem Betreuungsbereich. Hier ist nach dem Beschluß der Landesregierung vorgesehen, daß für Vollblinde im nächsten Jahr 2550 Schilling an Blindenbeihilfe gezahlt wird, für praktisch Blinde 1700 Schilling. Etwa 880 Vollblinde und 1000 praktisch Blinde werden diese Hilfe in Anspruch nehmen. Ich weiß, daß es immer wieder eine lange Diskussion gibt, ob die Zivilblinden mit den Kriegsblinden gleichgestellt werden können. Aufgrund der bereits jetzt fest-

gesetzten Aufwendungen von 61 Millionen Schilling glaube ich, wird eine solche Angleichung nicht möglich sein.

Zum Schluß kommend, meine Damen und Herren, möchte ich feststellen, daß ich als Sozialreferent drei Schwerpunkte für die Sozialhilfe sehe, die wir in den nächsten Jahren zu bewältigen haben werden. Einmal den Aufbau der sozialen Dienste, wie sie als freiwillige soziale Leistungen im Sozialhilfegesetz vorgesehen sind. Hier können sich durchaus auch private Organisationen bewähren, experimentieren und zeigen, wie man das einfach organisieren und kostengünstig gestalten kann. Das steirische Altenhilfswerk, das heute schon erwähnt wurde, ist ebenfalls beispielhaft in dieser Beziehung, und wir betreuen im Augenblick 230 alleinstehende alte Menschen in der Steiermark mit 26 Altenhelferinnen. Es läßt sich leicht ausrechnen, wenn diese 230 in einem Altenheim wären oder in einem Pflegeheim, daß das mehr kosten würde als die Förderungspost, die im Landesbudget für das steirische Altenhilfswerk vorgesehen ist. Es wird auch, wie die Landesregierung beschlossen hat, im Einvernehmen mit dem Roten Kreuz die Hauskrankenpflege organisiert werden. Ich hoffe, daß auch der Aufbau der Hauskrankenpflege sich erfolgreich vollziehen wird. Der Aufbau jedenfalls aller dieser sozialen Dienste ist eine echte Notwendigkeit.

Der zweite Schwerpunkt, den ich sehe, sind die Baumaßnahmen in den Pflegeheimen und bei den Behinderteneinrichtungen. Vor zwei Jahren, als der Auftrag erging, für einen Landeshochbauplan die Forderungen der Rechtsabteilung 9 zu fixieren, haben wir errechnet, daß wir für Behinderteneinrichtungen etwa 1 Milliarde Schilling brauchen würden. Wir haben das auch begründet. Es steht aber in der Zwischenzeit nicht mehr zur Diskussion. Ganz allgemein möchte ich aber doch sagen, wenn es bei dem System der Budgetierung und der Bedeckung des außerordentlichen Haushalts bleibt, wie es jetzt in den letzten Jahren zur Praxis geworden ist, — ich will nicht kritisieren, sondern feststellen — dann werden wir jedenfalls nicht in der Lage sein, die Einrichtungen für die Behinderten zu planen und zu bauen. Denn mit dem jetzt mir jeweils zur Verfügung gestellten Jahresbudget können gerade die notwendigsten Fertigstellungsarbeiten gemacht werden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wie bei den Vereinigten Bühnen! Den laufenden Aufwand kann man decken! Nur Ihres ist wichtiger, das gebe ich schon zu!“) Es gibt halt einen bestimmten Nachholbedarf. Die Behindertenhilfe hat sich besonders erst in den letzten Jahren entwickelt. Hier muß ohne Zweifel etwas geschehen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich bin dafür, daß wir gemeinsam mit den Finanzreferenten reden!“ — Landesrat Bamer: „Bitte, darf ich mitgehen?“)

Ich kann vielleicht noch etwas anderes dazu sagen. Wenn man 20 Kilometer Straße weniger bauen würde, dann hätten wir zweifelsohne jenes Geld, das wir brauchen würden, um diese Einrichtungen zu schaffen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Landesrat, bitte sagen Sie gleich, wo!“ — Abg. Zinkanell: „In Niederösterreich!“) — Abg. Dipl.-Ing.

Fuchs: „In Kapfenberg!“ — Abg. Bischof: „Nein, nicht in der Obersteiermark!“)

Zum Schluß kommend, meine Damen und Herren, glaube ich, noch eine Feststellung treffen zu dürfen. Daß es uns ohne Zweifel in der heutigen Wohlstandsgesellschaft eine echte Verpflichtung ist für jene zu sorgen, die doch gewissermaßen im Schatten dieses Wohlstands leben, ist selbstverständlich. Es ist zweifelsohne auch ein grundlegendes Erfordernis von sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit. Ich möchte auch gerne die Gelegenheit wahrnehmen, allen zu danken, die in der freien Wohlfahrt tätig sind und die uns in der öffentlichen Wohlfahrt sehr wesentlich unterstützen. Ich danke auch dem Vorstand der Rechtsabteilung 9, Herrn Hofrat Dr. Strametz, für die Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr und meinen Mitarbeitern im Sekretariat. Ich glaube insgesamt können wir feststellen, trotz aller Mängel gibt es im nächsten Jahr mehr Geld und mehr Rechte für die sozial Bedürftigen in der Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung. Als erster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Präsident Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort.

**Präsident Feldgrill:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Wenn wir hier heute das Kapitel Wohnbauförderung besprechen, möchte ich meinen Beitrag einerseits als Bilanz, andererseits als Vorausschau sehen. Im Jahre 1977 konnten bisher 3079 Eigenheime, 2716 Geschoßbauwohnungen und drei Heime gefördert werden. Im Rahmen der Hausstandsgründung wurden 1643 Anträge positiv erledigt. Eigenmitteler-satzdarlehen wurden 2386 und an Wohnbeihilfen 8952 Fälle bewilligt. Nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz konnten bisher 1564 Begehren erledigt und mit der Althausanierung 1158 Wohneinheiten mit Förderungsmitteln instandgesetzt werden. In allen Sparten der Förderung ist eine leicht steigende Tendenz gegenüber dem Vorjahr zu bemerken. Aufgrund der vorliegenden Budgetziffern für 1978 können wir feststellen, daß sicherlich die Einzelförderungen wie Eigenheime, Hausstandsgründung, Wohnungsverbesserung und Althausinstandsetzung auch im nächsten Jahr zumindest im Ausmaß des heurigen Jahres durchgeführt werden können. Auch die Budgetansätze nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, aus dem die Geschoßbauförderung finanziert wird, hat einen höheren Ansatz als im Vorjahr. Allerdings ist hier folgendes zu bemerken: Der ursprünglich vom Bautenministerium bekanntgegebene Überweisungsbetrag des Bundes zum Zeitpunkt der Erstellung des Landtagsbudgets wurde nach Vorliegen des Bundesvoranschlages von 1.451.958.000,— Schilling auf 1.387.855.000,— Schilling reduziert. Dementsprechend verringert sich auch der gesetzlich vorgeschriebene Landesanteil, das heißt der tatsächliche Gesamtausgabenrahmen verringert sich insgesamt gegenüber den aufscheinenden Ansätzen im Landesbudget 1978 um rund 75 Millionen Schilling. Dies außerdem noch unter der

Annahme, daß die präliminierten zweckgebundenen Bundesausgaben auch tatsächlich einlangen. Bekanntlich setzen sich diese zweckgebundenen Beiträge aus Anteilen der Lohn- und Einkommenssteuer sowie aus dem Wohnbauförderungsbeitrag zusammen.

Es wurde ja schon mehrfach bekanntgegeben, daß durch verschiedene Ursachen, wie bewußt gemachte Vorgriffe in Zeiten der Rezession, Einführung der Mehrwertsteuer im sozialen Wohnbau, Einführung des obligatorischen Annuitätzuschusses und Erhöhung der Subjektförderung die Wohnbauförderungsmittel für den Geschoßbau nicht mehr in dem Ausmaß gewährt werden können wie bisher. Das heißt, daß in den nächsten Jahren diese Vorgriffe auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt werden müssen. Dieses Verlangen stellten übrigens auch das Bautenministerium und der Rechnungshof. Ich will nicht verhehlen, daß dies Probleme in der Bauwirtschaft, die im Land eine Schlüsselstellung einnimmt, mit sich bringen wird. Allerdings glaube ich, daß im Jahre 1978 sicherlich noch keine großen Schwierigkeiten auftreten werden, soweit es den sozialen Wohnbau anbelangt. Außer den für das Jahr 1978 vorgesehenen rund 2300 Wohneinheiten auf dem Geschoßsektor sind derzeit nämlich noch folgende geförderte Geschoßbauvorhaben in Bau. Noch nicht begonnen, aber bewilligt: 1914 Wohneinheiten; zu 25 Prozent fertiggestellt: 1916 Wohneinheiten; zu 50 Prozent fertiggestellt: 2170 Wohneinheiten; zu 75 Prozent fertiggestellt: 1506 Wohneinheiten; zu 90 Prozent fertiggestellt: 2830 Wohneinheiten, das sind in Summe 10.336 Wohneinheiten. Also sind außer den 2300 Wohneinheiten noch 10.300 Wohnungen in Bau. Im übrigen darf dabei nicht vergessen werden, daß natürlich auch 1978 wieder zusätzlich über 3000 Eigenheime gefördert werden. Wenn sich dies auch nicht immer zur Gänze auf die Baumeisterbetriebe auswirkt, so doch jedenfalls auf die Baustoffwirtschaft und die übrigen Professionisten. Dies gilt natürlich auch im Rahmen der Althausanierung und der Wohnungsverbesserung. Man kann daher, glaube ich, sagen, daß die Bauwirtschaft, wenn sie auch andere Aufträge als geförderte Wohnbauten im genügenden Maße bekommt, auch 1978 über die Runden kommen wird.

Es ist vielleicht nicht uninteressant einmal festzuhalten, was in letzter Zeit beschlossen wurde, das wesentlichen Einfluß auf die Wohnbautätigkeit und die Wohnbauförderung haben wird. Neben der Bauordnungsnovelle, dem Altstadterhaltungsgesetz, dem Raumordnungsgesetz und dem Landesentwicklungsprogramm sind es vor allem auch die neuen Wohnbauförderungsrichtlinien, die von der Landesregierung am 11. Juni 1977 beschlossen wurden. Darin wurden nunmehr Vorkehrungen getroffen, daß Wohnbauten nur mehr dort gefördert werden sollen, wo die Qualität der Wohnwelt dies rechtfertigt. In die Beurteilung der Wohnwelt werden nunmehr die Lärmbelästigung, die Luftverunreinigung, die Infrastruktur usw. einbezogen. Weiters wurde mit dieser Änderung der Richtlinien ein bereits eingeschlagener, erfolgreich beschrittener Weg weiterverfolgt: die Anhebung der Anforderungen an den Schallschutz. Während heute noch

das Image des sozialen Wohnbaues wesentlich vom schlechten Schallschutz geprägt ist, konnte in der letzten Zeit durch Aufklärungen, Schulungen und vor allem durch verschärfte Kontrollen eine entscheidende Änderung herbeigeführt werden. Bei den nunmehr errichteten Wohnungen gehört der ungenügende Trittschallschutz zum Großteil der Vergangenheit an. An der Verbesserung des sonstigen Schallschutzes, das ist der Luftschallschutz, wird zügig gearbeitet. Ähnliches ist in naher Zukunft auch für den Wärmeschutz, dem infolge der Energieproblematik hohe Bedeutung zukommt, zu erwarten. Die Festlegung dieser Mindestnormen in den Richtlinien wird auch diese Situation in Zukunft entscheidend verbessern.

Ein weiteres wichtiges Anliegen, nämlich die Förderung des verdichteten Flachbaues hat in seiner modifizierten Art ebenfalls Aufnahme in die neuen Richtlinien gefunden. Eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung der Raumordnung. Es ist bei dieser Gelegenheit die erfreuliche Tatsache festzuhalten, daß es gelungen ist, 15 solcher geschlossener Siedlungen mit zusammen 302 Wohneinheiten bereits im Programm 1978 unterzubringen. Wie wir alle wissen, ist die Nachfrage nach dieser Art des Bauens mit optimaler Förderung im ganzen Land sehr groß. Es wird nämlich Bauland erspart, die Anschließungskosten werden ermäßigt und damit das Bauen und Wohnen billiger. Neu ist auch die Regelung in der Eigenheimförderung, die von der Landesregierung am 10. Oktober 1977 beschlossen wurde, wonach nachweislich im Haushalt des Förderungswerbers mitwohnende Eltern bei der Berechnung der Förderungshöhe gleich zu behandeln sind wie Kinder. Je Elternteil werden 30.000 Schilling zugeschlagen. Damit konnte einem, vor allem von der Landwirtschaft gehegten Wunsch entsprochen werden. Es wurde auch die vielfach zum Zweck der Erlangung einer höheren Förderung geplante zweite Wohneinheit nicht beansprucht.

Alles in allem gesehen, war es im Rahmen der Wohnbauförderung ein erfolgreiches Jahr. Die Budgetansätze des Jahres 1978 werden, trotz ernster Vorzeichen, sicherlich dazu beitragen, daß unserer Bevölkerung auch im nächsten Jahr die entsprechenden Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Loidl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Meinen Bemerkungen zum Wohnbau möchte ich vorausschicken — weil es einigermaßen beruhigend ist —, daß wir vom Bund für 1978 an zweckgebundenen Wohnbaumitteln rund 1,5 Milliarden Schilling zu erwarten haben. Dazu kommen die Mittel des Landes, so daß eine finanzielle Grundlage für die Weiterführung des Wohnbaus in unserem Land gegeben ist. Unsere gemeinsame Sorge reduziert sich im wesentlichen darauf, wie wir das am besten bewerkstelligen.

Wir wissen, daß trotz der unbestreitbaren großen Leistungen auf dem Wohnbausektor, welche durch die immer wieder verbesserten Wohnbauförderungsmaßnahmen ermöglicht, sehr viel erreicht wurde, aber weder der qualitative noch der quantitative Wohnungsfehlbestand beseitigt wurde. Es sind nicht zuletzt die subjektfördernden Maßnahmen, welche es schlechter verdienenden Bevölkerungsgruppen überhaupt erst ermöglichen, sich mit dem Gedanken einer Durchführung der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zu beschäftigen. Wenn ein junges Ehepaar vorerst bei den Eltern oder in einer der noch vielfach vorhandenen Zimmer-Küche-Wohnungen ohne Bad untergekommen ist, kann es sich bei den gegebenen Möglichkeiten bei einigermaßen gesichertem Einkommen leisten, das finanzielle Wagnis einer Wohnungsbeschaffung einzugehen. Es ist statistisch wahrscheinlich nur schwer zu erfassen, wo es sich um einen quantitativen und wo es sich um einen qualitativen Wohnungsfehlbestand handelt. Ganz sicher dürfte sein und das hat der Präsident Feldgrill auch schon gesagt, daß der Bedarf an besseren, schöneren und gesünderen Wohnungen noch unendlich groß ist, daß aber diese Bedürfnisbefriedigung, wie überall von der Finanzierbarkeit abhängt.

Ich möchte ganz entschieden den da und dort geäußerten Meinungen entgegentreten, daß der Wohnungsbau nicht mehr in jenen Größenordnungen durchgeführt werden braucht wie in den vergangenen Jahren, weil eine gewisse Sättigung eingetreten ist. Das ist bestimmt falsch. Die Tatsache, daß frei finanzierte Wohnungen manchmal leer stehen, ist doch kein Beweis dafür, daß der Wohnungsfehlbestand gedeckt ist, sondern ein Beweis dafür, daß sich die Menschen solche Wohnungen einfach nicht leisten können. Man könnte über den Preis einer Wohnung nach Belieben Bevölkerungsschichten von dieser Nachfrage ausschließen und dann behaupten, nachdem keine Nachfrage vorhanden ist, der Bedarf sei gedeckt. Umgekehrt wieder könnte man durch eine weitere Verbesserung der Wohnungsförderungsbestimmungen und zwar insbesondere jene der Subjektförderung die Nachfrage noch steigern und damit hätte man den Bedarf bewiesen.

Persönlich glaube ich, daß mit der Zahl und dem Umfang der bestehenden Wohnbauförderungsmaßnahmen, die ich im einzelnen nicht aufzählen will, weil sie bekannt sind, zunächst ein Maximum erreicht ist, weil wir uns ansonst in einen Teufelskreis begeben. Ich möchte durch ein paar Fragen an den Herrn Landeshauptmann sogar herausfinden, ob oder wie weit wir uns nicht schon in diesem Teufelskreis befinden. Ich meine folgendes: Wie schon erwähnt, können sich viele Menschen aufgrund ihres niedrigen Einkommens den Traum einer größeren Wohnung nur deswegen erfüllen, weil sie wissen, daß ihre Wohnungskosten, welche über das zumutbare Ausmaß hinausgehen, in Form von Wohnbeihilfen ersetzt bekommen. Ziel und Absicht dieser Maßnahme ist natürlich, daß möglichst viele Menschen davon Gebrauch machen und wohnversorgt werden. Wenn aber andererseits die Zahl der Bezieher von Wohnbeihilfen von Jahr zu Jahr

steigt und größer wird, so muß das zunächst ein Grund zur Genugtuung und zur Freude sein, aus den angegebenen Gründen. Der Teufelskreis, den ich trotz dieser an sich erfreulichen Tatsachen befürchte, liegt einzig und allein darin begründet, daß die logischerweise von Jahr zu Jahr größer werdenden Mittel für die Wohnbeihilfen aus dem Topf der Wohnbauförderung genommen werden und dorthin nichts mehr zurückfließt, wie das sonst bei den Darlehen und anderen Maßnahmen der Fall ist. Das bedeutet zwangsläufig, daß die zur Verfügung stehenden Mittel für die Förderung des Bauens unaufhaltsam kleiner werden. Bei gleichbleibenden Förderungsmethoden bedeutet dies unausweichlich, daß die Nachfrage unverändert bleibt und das Angebot aber absinkt. Das ist der Grund, warum wir uns mit dem Antrag der Österreichischen Volkspartei auf Verstärkung der Subjektförderung nicht befreunden können. Es fällt mir auf, daß dieser Antrag auch vom Herrn Präsidenten Feldgrill nicht unterschrieben ist. (Abg. Dr. Heidinger: „Das kann er nicht laut Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Loidl! Nur Mitglieder des Finanzausschusses!“) Dann muß ich mich verbessern. Ich bin überzeugt, daß er ihn nicht unterschrieben hätte, wenn er ihn unterschreiben hätte können, weil er die Zusammenhänge genau kennt. Die Verstärkung der Subjektförderung würde diesen Effekt haben, den ich jetzt geschildert habe.

Der Punkt 2 dieses Antrages, die Einbeziehung des Vermögens bei der Beurteilung der Förderungswürdigkeit ist an sich zu begrüßen. Aber er ist nicht zielführend, weil wir überzeugt sind, daß die Festsetzung des Vermögens nur dort möglich ist, wo das im Grundbuch eingetragen ist und ansonst hier ungeheuer bürokratischer Aufwand erforderlich wäre, um dies zu bewerkstelligen. Was die Verkürzung der Laufzeit betrifft in diesem Antrag von 30 auf 25 Jahre, würde das eine sehr starke Verteuerung, Erhöhung der Rückzahlungsraten betragen, was sich dann wieder in erhöhten Wohnbeihilfen ausdrücken müßte. Wenn etwa — wie es hier verlangt wird — auf die Annuitätzuschüsse verzichtet wird und gleichzeitig die Laufzeit auf 30 Jahre verkürzt wird, so würde das bei einem Limit bei einer Wohnung von 6200 Schilling plus Mehrwertsteuer eine monatliche Rückzahlungsrate, die sich von 14 auf 34 Schilling per Quadratmeter erhöht, ergeben und das müßte selbstverständlich die größten Auswirkungen auf die Mittel der Wohnbeihilfen nach sich ziehen. Man könnte dem ausweichen, in dem man die Bestimmungen über die Gewährung der Mietbeihilfen eben ändert. Aber dem steht wieder entgegen, daß wir dadurch den Bau von Wohnungen selbst verhindern.

Meine Damen und Herren, es ist, glaube ich, auch entscheidend, um aber eine der Zeit angemessene Wohnversorgung der Bevölkerung zu erreichen, müßten auf Jahre hinaus weiterhin 7500 bis 8000 Wohnungen fertiggestellt werden.

Daher meine erste Frage an den Herrn Landeshauptmann: Wie schätzen Sie, Herr Landeshauptmann, diese aufgezeigte Entwicklung ein und welche Perspektiven zeichnen sich im Zusammenhang damit für die Zukunft ab? Ich gebe zu, daß ich bei dieser

Frage nicht nur an die Wohnungssuchenden denke, sondern auch auf die Auswirkungen auf die Bauwirtschaft und alles was damit zusammenhängt. Ich habe es hier schon oft gesagt. Eine ganze Kette von Rückwirkungen in praktisch alle Wirtschaftszweige übertrifft das um Vielfaches, was das Bauvolumen an sich ausmacht. Es ist einfach errechnet und bewiesen, daß jeder Bauarbeiter, der auf einer Wohnbaustelle beschäftigt ist, in Folge dieses Multiplikationseffektes die Arbeitsplätze von weiteren vier Beschäftigten sichert. Es gibt keine bessere Mittelstandsförderung als sich um den Wohnbau anzunehmen. Lassen Sie sich eine Liste geben, wer am Bau, an der Ausstattung und Einrichtung einer Wohnung beteiligt ist. Sie werden feststellen, daß es sich bei dieser langen Liste um mindestens 80 Prozent sogenannter gewerblicher Mittelstandsbetriebe handelt. Nicht weniger als 966 Betriebe des Bauhaupt- und Baunebengewerbes mit 24.000 Beschäftigten sind mit ihrer vorhandenen Kapazität infolge einer jahrelangen Entwicklung eben darauf eingerichtet, daß in unserem Land diese 7000 bis 8000 Wohnungen kontinuierlich gebaut werden. Sicher wird die Bauwirtschaft elastisch genug sein müssen, die Schwankungen, wie sie sich bei der Einbringung der getätigten Vorgriffe zwangsläufig ergeben, auch auszuhalten. Aber eine gewisse Bandbreite, meine Damen und Herren, muß erhalten bleiben, wenn verhindert werden soll, daß in dieser ohnehin kritischen Zeit nicht von der Bauwirtschaft ausgehende schmerzliche Rückschläge in vielen anderen Bereichen kommen.

Daher meine zweite Frage an den Herrn Landeshauptmann: Die Wohnbauprogramme für die Jahre 1977/1978 sind, soviel man hört, zumindest in ihren Grundzügen bereits festgelegt. Welche Auslastung kann sich die steirische Bauwirtschaft von diesen Programmen erwarten, was soll in diesem Zeitraum von den getätigten Vorgriffen hereingebracht werden? Mit einem Wort, wie groß wird das bauwirksame — und nur das ist interessant in diesem Zusammenhang — Bauvolumen in den Jahren sein?

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich doch noch sagen, daß für die steirische Bauwirtschaft bis zur Stunde im allgemeinen kein Grund für eine Krisenstimmung besteht. Wir hatten das ganze Jahr über in allen Bereichen der Bauwirtschaft, von kleineren regionalen Problemen abgesehen, eine absolute Vollbeschäftigung, teilweise sogar spürbaren Mangel an Facharbeitern und immerhin nahezu 3000 Gastarbeiter. Die Ertragslage ist allerdings infolge der verschärften Konkurrenz wesentlich schlechter geworden und ich muß sagen, daß im Jahre 1977 sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter weniger verdient haben als in den Jahren vorher.

Meine Damen und Herren, der Wohnbau wird zwar betrieben, das sehen wir ohne weiteres ein, um eines der wichtigsten Anliegen der Menschen zu befriedigen, sie nämlich mit Wohnraum zu versorgen. Er ist aber daneben einer der wirksamsten beschäftigungspolitischen Faktoren und ich glaube, wenn zwei für uns alle so bedeutende Gegebenheiten zusammenwirken, ist es geradezu ein Gebot